

Zur Kritik bürgerlicher Innovationstheorien

Akademie-Verlag Berlin 1979

Reihe: Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie. Hrsg. v. Manfred Buhr, Nr. 92

## 1. Funktionen und weltanschauliche Grundlagen bürgerlicher Innovationstheorien

Es gehört zu den typischen Kennzeichen der tiefgreifenden Krise der gesamten bürgerlichen Ideologie, immer dann „neue“ theoretische Ansätze und Begriffe zu entwickeln, wenn die gängigen Konzepte und althergebrachten Argumente zur Apologetik der herrschenden Gesellschaftsverhältnisse nicht mehr ausreichen und in pragmatischer Hinsicht die Enttäuschungen über die Unwirksamkeit daraus abgeleiteter Antikrisenrezepte unübersehbar sind.

Gegenwärtig trifft das in besonderem Maße auf eine Fülle überall und allenthalben im bürgerlichen Lager diskutierter Ansätze zu, die allgemein als „Innovationstheorien“ bezeichnet werden. Durch die Nutzung des Innovationsbegriffs in der bürgerlichen Theorie und Praxis für jeglichen „Wandel“ bzw. jedwede „Neuerung“ *und* für die derartigen Entwicklungen zugrunde liegenden objektiven Neuerungsprozesse sind eine Sinnentleerung und inflationärer Gebrauch des Modewortes unvermeidlich. Zu dieser Einschätzung kommen selbst bürgerliche Theoretiker, indem sie feststellen: „Innovationen, Innovatoren und Innovationsforschung sind in den gegenwärtigen wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Abhandlungen und Diskussionen als Termini außergewöhnlich ‚en vogue‘, ohne daß deshalb schon immer mit ihnen konkrete wissenschaftliche Vorstellungen von den Begriffsinhalten, Konzeptionen, Hauptproblemen, Theorien und Methoden der Innovationsforschung verbunden wären.“<sup>1</sup>

In der Tat wird der Innovationsbegriff in der bürgerlichen Literatur sowohl für Veränderungen, Modifikationen, Neuerungen und die damit verbundenen Prozeßabläufe in der Biologie, Ökonomie, Sozial- und Politikwissenschaft, Organisationssoziologie, Kulturtheorie usw. gleichermaßen verwendet, wenn auch mit unterschiedlichem Bedeutungsinhalt, besonders hinsichtlich wissenschaftlich-technischer Neuerungen und der theoretischen Grundlagen ihrer beschleunigten Nutzung für die Kapitalverwertung.

[8] So wird ursprünglich unter einer Innovation in der Botanik das Hervorsprießen neuer Zweige aus älteren Ästen verstanden, die entweder adventiv [wild wachsend, nachtreibend] durch Neubildung von Knospen oder durch nachträgliche Entfaltung ruhender Arillarknospen entstehen.

Diese Bedeutung des Innovationsbegriffes wurde vor allem infolge der Übernahme von Anglizismen in den bürgerlichen deutschsprachigen Raum nahezu völlig vergessen. Das führt manchmal dazu, daß die etymologische Ableitung des Begriffes fälschlicherweise vom englischen Wort „innovation“ (Neuheit, Neuerung) statt vom lateinischen Wort „novare“ (erneuern) vorgenommen wird.<sup>2</sup>

Im ABC des Marxismus-Leninismus ausgedrückt, handelt es sich bei Innovationsprozessen im heute verstandenen Sinne um all jene Prozesse bzw. Ergebnisse der Veränderung oder Neuerung, in deren Verlauf sich ein Übergang von niederen zu höheren Qualitäten, vom Alten zum Neuen – kurzum, eine Entwicklung vollzieht.

Nun wäre es sicher zu einfach, wollte man die umfangreichen bürgerlichen innovationstheoretischen Anstrengungen lediglich damit abtun, daß es sich nur um ein neues Gewand für die alten idealistischen Entwicklungstheorien handle, die bereits einer umfassenden Kritik seitens der Klassiker des Marxismus-Leninismus unterzogen wurden.

---

<sup>1</sup> D. Walz, Grundlagen und Richtungen der Innovationsforschung, in: Innovationsforschung als multidisziplinäre Aufgabe, Studien zum Wandel von Gesellschaft und Bildung im neunzehnten Jahrhundert, hrsg. v. O. Neuloh und W. Rüegg, Bd. 14, Göttingen 1975, S. 25.

<sup>2</sup> Es ist deshalb auch unverständlich, wenn manchmal in marxistischer Auseinandersetzung mit bürgerlichen Innovationsproblemen der Begriff „Innovation“ allzu offensichtlich umgangen wird und statt dessen umständlichere Wortkombinationen gebildet werden. Barnett und zahlreiche andere bürgerliche Theoretiker beziehen den Innovationsbegriff auf all jene Neuerungen, die im weitesten Sinne als „neues kulturelles Element“ in einer Gesellschaft bzw. in Teilsystemen eingeführt werden, sei es im engeren kulturellen oder sozialen, politischen oder technisch-ökonomischen Bereich. Vgl. dazu: H. G. Barnett, Innovation, The Basis of Cultural Change, New York 1953. H. M. Kallen, „Innovation“, in: International Encyclopedia of the Social Sciences, New York 1936.

Unter den Bedingungen der gegenwärtigen wissenschaftlich-technischen Revolution, der Konfrontation mit den Erfolgen der sozialistischen Gesellschaftsordnung und der sich zuspitzenden Widersprüche im eigenen Lager erfahren die bürgerlichen Innovationstheorien eine Funktionsausweitung, deren marxistische Analyse wachsende Bedeutung gewinnt. Ausgehend von den objektiven Prozessen der Produktivkraftentwicklung, insbesondere den Möglichkeiten und Grenzen des kapitalistischen Weges der Entfaltung und Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, rücken innovationstheoretische wie praktische Fragestellungen immer mehr in den Brennpunkt der politisch-ideologischen Auseinandersetzung sowie des internationalen Konkurrenzkampfes.

Das weltanschauliche Fundament aller innovationstheoretischen Ansätze beruht auf einer mehr oder weniger offenen oder getarnten Verteidigung des privaten Unternehmertums sowie den bekannten unproduktiven bürgerlich-technizistischen Ideen der Wandlungsfähigkeit des heutigen Kapitalismus zu moderneren „Industriegesellschaften“ oder einer „postindustriellen Gesellschaftsordnung“.

In der vorliegenden Arbeit wird besonderes Gewicht auf die kritische Analyse derjenigen theoretischen Konzeptionen und Ideen gelegt, [9] die im Prozeß der Realisierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in den kapitalistischen Industriestaaten von unmittelbarer Bedeutung sind. Technizistische Theorien, wie sie von W. Rostow, J. K. Galbraith, Z. Brzeziński, D. Beil, P. Drucker und einer Reihe anderer Apologeten des Kapitals entwickelt wurden, bilden hierfür zweifellos eine wesentliche weltanschauliche Basis. Sie wurden in ihrer Haltlosigkeit vom marxistischen Standpunkt aus bereits überzeugend widerlegt, während die Krise der bürgerlichen Ideologie speziell unter innovationstheoretischem Aspekt bisher noch zu wenig im Zentrum der Aufmerksamkeit lag.

Die heutige bürgerliche Gesellschaftswissenschaft übernimmt mit der Innovationstheorie neben der Schaffung pragmatisch ausgerichteter Konzeptionen den Versuch der Verteidigung des Unternehmers als des angeblich entscheidenden Trägers des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Gegenwart. Damit einher gehen die altbekannten Bemühungen einer möglichst wirkungsvollen Apologetik des Privateigentums an Produktionsmitteln als unabdingbarer Voraussagung einer weiteren beschleunigten Entwicklung von Wissenschaft und Technik, um auf diesem Wege eine Erneuerung des kapitalistischen Systems zur Wiedererlangung seiner ursprünglichen Prosperität gegenüber der vorangegangenen Gesellschaftsordnung theoretisch wie praktisch zu „beweisen“. Objektiv erforderlich werden derartige Theorien in den Augen des Kapitals infolge der sich verschlechternden Verwertungsbedingungen, des Bedarfs an Systemstabilität versprechender „Antikrisenrezepte“. Bemerkenswert bei dieser Verteidigung und Neuorientierung, insbesondere der sogenannten „unternehmerischen Tätigkeit“, ist die Tatsache, daß nahezu die gesamte gegenwärtige Argumentation, die den Nachweis der historischen und zukünftigen Berechtigung des Kapitalismus zu erbringen versucht, auf den ersten Innovationsauffassungen von Sombart und insbesondere von Schumpeter aufbaut, weshalb eine Analyse und Kritik der heutigen Innovationskonzepte die Untersuchung dieser ersten innovationstheoretischen Wurzeln erfordert.

Von den bürgerlichen Innovationstheoretikern werden mit besonderer Vorliebe die einstigen Neuerungen im Produktionsprozeß, wie sie zu Beginn dieses Jahrhunderts zum Beispiel von Frederick W. Taylor oder Henry Ford eingeführt wurden, oder Veränderungen im Verkaufssystem durch Einführung von Versandkatalogen oder Gründung von Warenhäusern (Sears Roebuck, Marks & Spencer) als nachahmenswerte Pionierleistungen hervorgehoben. Das bezieht sich auf die Einführung von Neuerungen zur Mobilisierung von Kauf-[10]kraft, wie beispielsweise die Bank- oder Abzahlungskredite oder das Leasing-Geschäft (Mietkäufe), gleichermaßen wie auf „die Bereitstellung anderer, neuer wirtschaftlicher Befriedigungen“, was immer auch darunter subsumiert wird. Einer der führenden Vertreter der Unternehmerideologie, langjähriger Firmenberater und Autor zahlreicher Managementschriften, Peter F. Drucker, umreißt die Funktionsausweitung des Innovationsbegriffs demgemäß mit apologetischem Anstrich folgendermaßen: „Innovation kann definiert werden als die Aufgabe menschliche und materielle Ressourcen zu neuer und größerer wohlstandsproduzierender Kapazität zusammenzubringen.“<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup> P. F. Drucker, Neue Management-Praxis, Düsseldorf/Wien 1974, S. 116.

Die Apologetik Druckers ist so offensichtlich, daß allein das Wort „Wohlstand“ durch „Profit“ ersetzt zu werden braucht, um den wirklich gemeinten Sachverhalt offenzulegen. Gerade die von der bürgerlichen Innovationsforschung mit Eifer betriebene Analyse der Vorbereitung, Realisierung und Durchsetzung einzelner technisch ökonomischer Neuerungen offenbart immer wieder, welche widersprüchlichen Konsequenzen der wissenschaftlich-technische Fortschritt unter kapitalistischen Verhältnissen und insbesondere im Monopolkapitalismus nach sich zieht.

Nur aus der gegenwärtigen krisenhaften Gesamtsituation des kapitalistischen Systems heraus und den ernst zu nehmenden Anstrengungen des Kapitals, der Herausforderung des realen Sozialismus durch eine verstärkte Beschleunigung und Ökonomisierung von Wissenschaft und Technik zu entsprechen, sind demzufolge auch die einzelnen innovationstheoretischen Strömungen in ihren übergreifenden allgemeinen Funktionsausweitungen zu verstehen. Es wäre ein grober Fehler, dem bürgerlichen Herangehen bei der Entwicklung und Verbreitung differenzierter innovationstheoretischer Ansätze analytisch-kritisch zu folgen, ohne die Rolle und Funktion der Gesamtheit der theoretischen Anstrengungen im Kontext der übergreifenden Zusammenhänge und strategischen Zielstellungen des Imperialismus zu begreifen und zu entlarven.

Es darf keinen Augenblick übersehen werden daß die bürgerliche ideologische Beschränktheit jeder wissenschaftlichen Analyse von Entwicklungsprozessen vom ganzen Charakter der Ideologie und der ökonomischen Gesetze des Systems her immer nur so viele neue Einsichten und Veränderungen gewähren kann, wie das zur Aufrechterhaltung, Stabilisierung und Ausweitung der Verwertung des Kapitals damit der Profitsicherung objektiv erforderlich ist. Von daher besteht eine ganz allgemeine und vom bürgerlichen Standpunkt [11] aus betrachtet äußerst geschickt getarnte wichtige Aufgabe aller modernen innovationstheoretischen Ansätze paradoxerweise in der Stabilisierungsfunktion für das kapitalistische System als Ganzes. Dieser tiefgreifende Widerspruch offenbart sich in dem Anliegen einzelner innovationstheoretischer Ansätze, die objektiven Voraussetzungen, Bedingungen, Wege, Formen und Methoden zur Vorbereitung, industriellen und ökonomischen Realisierung sowie Verbreitung von Neuerungen näher zu erhellen – und dem gleichzeitigen Bemühen, das kapitalistische Verwertungssystem als Ganzes im Interesse des Privateigentums und insbesondere des Monopolprofits zu erhalten und durch neue Ansätze der staatsmonopolistischen Regulierung weniger krisenanfällig zu gestalten.

Das Paradoxon besteht darin, daß mit Hilfe eines durchaus im Detail brauchbaren Ansatzes zur besseren praktischen Beherrschung von Innovationsprozessen im Interesse des Profits die gesellschaftliche Höherentwicklung der Produktivkräfte insgesamt und die Überwindung gravierender Widersprüche zwischen dem erreichten technisch-ökonomischen und dem sozialökonomischen Niveau unter monopolistischen Verhältnissen der Kapitalverwertung zwangsläufig verhindert werden muß.

Die systemstabilisierende Funktion innovationstheoretischer Ansätze wird dabei gerade dadurch gewahrt, daß Neuerungen in dem jeweilig zugebilligten Rahmen, jedoch unter Beachtung ihrer politisch-ideologischen Paßfähigkeit und ökonomischen Profitabilität durchgesetzt werden. Die von Marx entdeckte allgemeingültige Gesetzmäßigkeit der dialektischen Wechselwirkung zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und der durch ihre Entfaltung veränderten Produktionsverhältnisse wird, falls erkannt, nicht genutzt, sondern bewußt ignoriert. Das historisch mannigfaltig bewiesene Gesetz der notwendigen Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte bewirkt folglich, daß durch die auf Teilgebieten erfolgten Innovationen die unlösbaren Widersprüche des kapitalistischen Systems als Ganzes verschärft werden, was Beschleunigungen in der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf bestimmten, im Verwertungsinteresse des Kapitals liegenden Bereichen und damit auch partielle und in sich widersprüchliche Höherentwicklungen der Produktivkräfte durchaus einschließt.

Im Rahmen dieser übergreifenden systemstabilisierenden Funktion haben die einzelnen innovationstheoretischen Ansätze eine Reihe pragmatischer Funktionen, vor allem bei der profitablen Vorbereitung, Realisierung und Verbreitung technisch-ökonomischer, aber [12] auch organisatorischer, soziologischer und sogar politischer Neuerungen, wie beispielsweise bei „Reformen“ des Wahlrechts, der Arbeitsweise bürgerlicher Parlamente usw.

Bei der Analyse dieser pragmatischen Funktionen bürgerlicher Innovationstheorien darf nicht übersehen werden, daß damit stets politisch-ideologische *und* apologetische Funktionen verknüpft sind, die mit besonderer Vorliebe in ein „klassenneutrales“ und „gesellschaftlich indifferentes“ Gewand gehüllt werden. Das zeigt sich besonders deutlich daran, daß die abgegriffene These vom „Dämon Technik“ oder von sogenannten „Kontraproduktivitäten“ neuer Technologien immer wieder strapaziert wird, wenn die Schadwirkungen kapitalistischer Wachstums- und Technologiepolitik erörtert werden.

Schon Marx hat drastisch auf diesen Erbfehler bürgerlichen Denkens hingewiesen: „Die Maschine ist ebensowenig eine ökonomische Kategorie wie der Ochse, der den Pflug zieht. Die gegenwärtige *Anwendung* der Maschinen gehört zu den Verhältnissen unseres gegenwärtigen Wirtschaftssystems, doch die Art, wie die Maschinen ausgenutzt werden, ist etwas völlig anderes als die Maschine selbst.“<sup>4</sup> Die Produktionsverhältnisse und die dadurch bestimmten Ziele der Produktion (und damit auch der Neuerungspolitik) bestimmen das Verhältnis des Menschen zur Technik – nicht umgekehrt, lehrt der Marxismus schon beinahe als eine Binsenwahrheit. Warum verschließen sich bürgerliche Theoretiker dieser naheliegenden Einsicht so hartnäckig und flüchten statt dessen in tiefgehende und vom Faktenmaterial her beachtliche Analysen technischer Neuerungen in den einzelnen Epochen?

Es gibt nur eine Erklärung dafür: die objektive Analyse der *ganzen* Dialektik der Wechselbeziehungen zwischen den Produktivkräften und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen muß zwangsläufig zur Erkenntnis der Fäulnis des imperialistischen Systems führen.

Weil im Kapitalismus diese Einsicht gleichbedeutend wäre mit dem Eingeständnis der Notwendigkeit revolutionärer Veränderungen der Gesellschaftsordnung, andererseits zur Stabilisierung des Systems ein tiefergehendes Verständnis der Genesis und Zukunft der Produktivkraftentwicklung unumgänglich notwendig ist, muß zwangsläufig eine Ersatztheorie der Entfaltung der Produktivkräfte geschaffen werden. Hierfür sind die innovationstheoretischen Konzepte eine willkommene Prothese. Sie gestatten geradezu bilderbuchmäßig tiefere Erkenntnisse über die objektiv ablaufenden Neuerungsprozesse, vor allem im technisch-ökonomischen und organisatorischen Bereich, die [13] für die Beherrschung der wissenschaftlich-technischen Revolution unumgänglich notwendig sind, und ermöglichen gleichzeitig die dringend notwendige Apologetik der herrschenden Verhältnisse, insbesondere des Mechanismus der sogenannten „freien Marktwirtschaft“, der Konkurrenz und nicht zuletzt damit der herrschenden privatkapitalistischen Eigentumsverhältnisse. Dieser Dualismus der Funktionen bürgerlicher Innovationstheorien ist durchgängig nachweisbar.

Ihre Einsichten gewinnen zahlreiche bürgerliche Innovationstheoretiker primär auf dem Weg der mehr oder weniger enzyklopädischen Analyse historischer Neuerungen auf allen Gebieten. Als typisches Beispiel sei hier nur auf die Fallsammlung von Rogers und Shoemaker verwiesen, die ca. 1200 Neuerungen auf den Gebieten Anthropologie, Landwirtschaft, Kommunikation, Medizin, Geographie, Erziehungswesen, Ökonomie, Technik, Journalismus, Psychologie, Verwaltung, Statistik und Sprache zusammengestellt haben mit dem Ziel, daraus Verallgemeinerungen abzuleiten.<sup>5</sup> Ähnliche, primär technisch-historische Studien zum Innovationsaufkommen und zur Verbreitung von Neuerungen wurden vor allem in den USA bei der Suche nach profitablen Möglichkeiten der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts nach dem zweiten Weltkrieg durchgeführt. Sie haben, neben einer Fülle von Fakten, die auch für die marxistische Forschung auf diesem wichtigen Gebiet bedeutsam sind, vor allem praktisch bedeutsame Einsichten für die Vervollkommnung der Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik auf Unternehmensebene einschließlich der dazu erforderlichen flankierenden Maßnahmen des Staates erbracht. Insofern wurde und wird die pragmatische Funktion erfüllt, da nicht zuletzt Hemmnisse und Barrieren für das schnelle und profitable Durchsetzen von Neuerungen unter den sich qualitativ verändernden Bedingungen erkannt und teilweise sogar erfolgreiche Anstrengungen zum Abbau von Hemmnissen unternommen wurden. Gleichzeitig wird jedoch immer offensichtlicher, daß die ausschließliche Analyse der Genesis

---

<sup>4</sup> Marx an Pawel Wassiljewitsch Annenkow. 28. Dezember 1846, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 27, Berlin 1963, S. 456.

<sup>5</sup> Vgl. E. M. Rogers/E. F. Shoemaker, *Communication of Innovations*, New York 1971.

einzelner Innovationen auf den verschiedensten Gebieten zu wenig neue Einsichten für die gezielte Apologetik gegenüber der Entwicklung im realen Sozialismus liefert. Zu sehr wird deutlich, daß die tiefgreifenden und langanhaltenden zyklischen und strukturellen Krisenerscheinungen stets nur auf gleiche – auf Schumpeter zurückgehende – Weise erklärt werden können. Allzu häufig zeigen derartige Studien auch die Mängel und Versäumnisse bei der Entwicklung und Forcierung von Neuerungen auf solchen Gebieten wie dem Umweltschutz, der vorbeugenden medizinischen Betreuung, der sozialen Sicherheit, der Überwindung [14] des kapitalistischen Städte- und Verkehrschaos, der mangelnden Geschlossenheit von Kreisläufen neuer Technologien (z. B. im Falle der Entsorgung von Kernkraftwerken) usw.

So mehren sich die Stimmen im eigenen Lager, die eine Veränderung in der Orientierung der vorrangig militärisch und machtpolitisch sanktionierten kapitalistischen Zielsetzungen für Wissenschaft und Technik zugunsten einer stärker „sozial“ orientierten Neuerungs- und damit Investitionspolitik verlangen. Gleichzeitig werden immer offener Zweifel darüber laut, inwiefern die bisher entwickelten Formen und Methoden der staatlichen „Innovationshilfen und -förderungen“ überhaupt ausreichen, den wachsenden Anforderungen zu entsprechen.

Hier zeigt sich deutlich, daß pragmatische Gründe die bürgerlichen Innovationstheoretiker zwingen, für die sich verschärfenden objektiven sozialen Widersprüche auch eine Reihe neuer Lösungsansätze vorzuschlagen, bis hin zu einer stärker sozialökonomisch orientierten Ausrichtung der Innovationspolitik. Derartige Veränderungen sind sorgfältig auszuloten, um die Möglichkeiten und Grenzen der kapitalistischen Innovationstheorie und -praxis unter den sich qualitativ verändernden Bedingungen realistisch beurteilen zu können. Vom imperialistischen Monopol, von der staatsmonopolistischen Regulierung und den Veränderungen kapitalistischer Unternehmensstrategien gehen weitreichende Wirkungen auf die Entfaltung und Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts aus, die sichtbar gemacht werden müssen. Sie werden durch die Konfrontation mit der sozialistischen Sozial-, Wirtschafts-, Wissenschafts- und Technologiepolitik noch wesentlich verschärft.

In diesem Zusammenhang gebührt denjenigen innovationstheoretischen Ansätzen besonderes Augenmerk, die neue Konzeptionen vorschlagen und so die einseitige Verteidigung der „positiven Rolle“ des Unternehmers als Innovator und die Rechtfertigung der Innovationspolitik der großen Monopole zu erweitern suchen und sich teilweise sogar eine gesellschaftskritische Couleur geben, indem sie z. B. Stimmungen und Bewußtseinsveränderungen jener wachsenden sozialen Gruppe aufgreifen, die unmittelbar in Wissenschaft und Technik tätig ist und zu den eifrigsten Verteidigern einer technizistischen Ideologie zählt.

Während man die vor allem auf die Rolle des Unternehmers als Innovator und damit „Pionier des Fortschritts“ abzielenden bürgerlichen Ideologen als Vertreter einer „klassischen“ Schule oder Richtung der modernen bürgerlichen Innovationsforschung ansehen kann, zählen wir die stärker reformistisch orientierten Theoretiker, die sich [15] primär um Lösungen für die anhaltende Konjunkturflaute durch veränderte Technologien, neue Produkte und neue Regulierungsmaßnahmen des Staates usw. bemühen, zu den Vertretern einer Neoschumpeterschen Schule. Die Vertreter dieser Richtung fetischisieren gemäß ihrer ideologischen Heimat die „technologischen Imperative“, d. h., sie gehen von der Allmacht neuer Technologien für die Lösung sämtlicher Konflikte, folglich auch der Klassenwidersprüche und sozialen Folgen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, aus.

Zur „klassischen“ Schule gehören vor allem Schumpeter, Sombart und Mitscherlich, während im Sinne einer konzentrierten Auseinandersetzung mit Auffassungen bürgerlicher Theoretiker der BRD im Rahmen der zweiten Schule vor allem die Thesen des Westberliner Innovationsforschers G. Mensch analysiert werden, der sich in vielen Punkten auf umfangreiche empirische Analysen amerikanischer Theoretiker wie Mansfield, Peck, Scherer, Hamberg, Marquis und Myers, Jewkes, Sawers und Stillerman, Schmookler u. a. stützt. Indem sich die Vertreter dieser zweiten, technizistischen und konjunkturorientierten Schule bewußt auf die gesamtsituativen Bedingungen für technische Produkt- und Prozeßinnovationen zur Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts konzentrieren, unterstreichen sie plastisch, daß dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt und seiner

wirtschaftlichen Nutzung zur Systemstabilisierung, zum Erschließen von Reserven aller Art und zum Ausbau vorhandener Spitzenpositionen auf technologischem Gebiet der überragende Rang beigemessen wird. Hier wird der Funktionsdualismus in pragmatischer wie ideologischer Hinsicht in geradezu perfekter Weise als ernst zu nehmendes innovationstheoretisches Konzept entwickelt.

Zum Hauptproblem, von dem ausgehend alle anderen Fragen entwickelt werden, erwächst so die rationelle Entwicklung und effektive Beherrschung der neuen Technik und Technologie im weitesten Sinne. Galbraith hat diese ideologische Position klar formuliert: „Die Imperative der Technologie und Organisation und nicht die Vorbilder der Ideologie – das ist es, was die Form der ökonomischen Gesellschaft determiniert.“<sup>6</sup>

Wenn die bürgerlichen Theoretiker ihr besonderes Interesse den technisch-ökonomischen Innovationen widmen, entspricht das voll und ganz dem von Marx und Engels bereits im „Manifest der kommunistischen Partei“ formulierten Fakt: „Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren.“<sup>7</sup>

[16] Unter den gegenwärtigen Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution ist die Beherrschung der hiermit zwangsläufig verbundenen quantitativen und qualitativen Veränderungen zur alles entscheidenden Lebensfrage des kapitalistischen Systems herangereift. Alternativlos muß das Kapital sich bei Strafe des Untergangs mit Antikrisenmechanismen auseinandersetzen und nach Konzepten und Methoden suchen, die im Rahmen der objektiv wirkenden ökonomischen Gesetze des Kapitalismus praktikabel sind und zugleich die ideologischen Stützen des Systems nicht völlig zum Einsturz bringen. Hieraus erwachsen Rang und Funktion bürgerlicher innovationstheoretischer Konzeptionen im gegenwärtigen Klassenkampf. Da sich das Kapital der Zuspitzung des Konfliktpotentials auch im eigenen Lager durchaus bewußt ist und sich zugleich der Dienste einer hochspezialisierten „technokratischen Elite“ bedienen muß, wurden und werden ständig neue innovationstheoretische Konzepte entwickelt, die sich speziell aus sozialpsychologischer bzw. organisationssoziologischer Sicht mit der Genesis, Realisierung und Verbreitung von Innovationen sowie ihren Trägern auseinandersetzen.

Unter diesem Aspekt ist eine dritte Schule bürgerlicher innovationstheoretischer Forschungen zu erkennen, die sich nahezu ausschließlich auf sozialpsychologische und organisationssoziologische Probleme der Genesis und Realisierung von Innovationen konzentriert. Mit dieser sozialpsychologischen und organisationssoziologischen Ausrichtung wird bewußt das vereinzelte Individuum oder die Gruppe, die Innovationen vorbereitet, realisiert und verbreitet, in den Mittelpunkt der Betrachtung gestellt. Diese Konzeption folgt ganz und gar dem auf privatkapitalistischem Eigentum beruhenden Grundsatz der entscheidenden Rolle des vereinzelten Individuums, postuliert den wachsenden Wert des Fachwissens und analysiert zahlreiche Barrieren und Widersprüche im Innovationsprozeß, ohne zum eigentlichen Kernproblem vorzustoßen, daß eine immer größer werdende Anzahl von Spezialisten, Experten und hochqualifizierten Facharbeitern an der Vorbereitung und Ausführung technisch-ökonomischer Entscheidungen sowie der industriellen Realisierung von Innovationen beteiligt ist, jedoch nicht an der Bestimmung und Bewertung der Grundziele der wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Entwicklung.

Die Hauptfunktion dieser Schule besteht daher darin, Argumente dafür zu liefern, daß die Vertiefung und Verschärfung der Widersprüche, die Neuerungen hervorrufen, ihre Ursache nicht in der ökonomischen Basis bzw. dem alles überragenden Profitstreben des Kapitalismus hat, sondern in sozialorganisatorischen und psychologischen [17] Aspekten der Arbeitsweise, in subjektiven Schwächen der Handlungsträger usw. Deshalb empfehlen die Theoretiker dieser Schule, vor allem Barnett, Hagen, Rogers und Kiefer, alle Innovationsprobleme unter dem Aspekt der menschlichen Beziehungen und sozialen Gruppen, unter Berücksichtigung sozialorganisatorischer und psychologischer Faktoren usw. zu betrachten, um, wo immer möglich, vom Kapital erkannte und zu berücksichtigende „Innovationsbarrieren“ und Widerstände auszuräumen. Diese Entschärfung von unübersehbar gewordenen

---

<sup>6</sup> J. Galbraith, in: The New Industrial State, Boston 1967, S. 7.

<sup>7</sup> K. Marx/F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1962, S. 465.

Spannungen und Konflikten im Innovationsprozeß wird objektiv erzwungen und entspringt keinerlei philanthropischen Zügen des Kapitals. Je exakter die organisatorischen, psychologischen, soziologischen und ideologischen Widersprüche vom Kapital erkannt werden, um so zielstrebigere kann manipulierend eingegriffen werden im Interesse der Sicherung der Verwertungsbedingungen und der Erhöhung der Rationalität. Zwangsläufig dienen derartige Konzeptionen sowohl pragmatischen Zielen zur Erhöhung der Innovationsrate und des Neuerungstempos als auch zur Erklärung dafür, daß selbst bei gutwilligem Augenzudrücken längst nicht alle wesentlichen Neuerungen im Kapitalismus durch die beiden voran erläuterten theoretischen Ansätze erklärbar werden. Nichts ist daher genehmer, als objektiv bedingte rationellere Lösungen für die Organisation von Innovationsprozessen soziologisch wie psychologisch zu erklären oder Neuerungen sogenannten Heroen zuzuschreiben, wenn sie schon nicht auf das Konto der „wahren Pioniere“, der Unternehmer, zu setzen sind.

So gesehen, verfolgen alle innovationstheoretischen Strömungen im Grunde genommen ein und dasselbe Ziel: Verteidigung und Reform der bestehenden Gesellschaftsordnung, um den objektiv notwendig werdenden Anforderungen der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts gerecht und der anhaltenden Krisenerscheinungen Herr zu werden. Gerade das objektiv wachsende Gewicht der Qualität und Wertigkeit von Innovationen für die Profitsicherung erzwingt neue Anstrengungen zur theoretischen Fundierung. Verstärkt werden diese objektiven Erfordernisse einer Neuorientierung durch allorts sichtbare Mängel der monopolistischen Innovationspolitik und der partiellen Unwirksamkeit staatlicher Regulierungsversuche. Daß dabei zweifellos auch eine Reihe brauchbarer Erkenntnisse für die praktische Realisierung von Innovationen, vor allem auf Unternehmensebene, gewonnen wird, wird nicht übersehen und ist keineswegs in Abrede zu stellen. Es wird im weiteren auch noch gezeigt werden, wie die hier gewonnenen Einsichten das Wesen kapitalistischer Unternehmenspolitik und im weiteren Sinne [18] die Erarbeitung und Realisierung von Wachstumsstrategien prägen. Für den Marxisten bleibt hierbei die von Karl Marx bereits im „Kapital“ herausgearbeitete Erkenntnis der realen Triebkräfte einer proportionalen, dynamischen Entwicklung der Produktivkräfte in ihren Wechselbeziehungen das entscheidende Kettenglied: „Die Umwälzung der Produktionsweise in einer Sphäre der Industrie bedingt ihre Umwälzung in der andren. Es gilt dies zunächst für solche Industriezweige, welche zwar durch die gesellschaftliche Teilung der Arbeit isoliert sind, so daß jeder derselben eine selbständige Ware produziert, sich aber dennoch als Phasen eines Gesamtprozesses verschlingen. So machte die Maschinenspinnerei Maschinenweberei nötig und beide zusammen die mechanisch-chemische Revolution in der Bleicherei, Druckerei und Färberei. So rief andererseits die Revolution in der Baumwollspinnerei die Erfindung des gin\* zur Trennung der Baumwollfaser vom Samen hervor, womit erst die Baumwollproduktion auf dem nun erheischten großen Maßstab möglich ward“.<sup>8</sup>

[19]

---

\* Das Wort gin steht „Engine“, also Maschine

<sup>8</sup> K. Marx, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1964, S. 404.

## 2. Möglichkeiten und Grenzen bürgerlicher Innovationstheorien

Die gegenwärtig vorherrschenden bürgerlichen Innovationstheorien müssen als Versuch gewertet werden, eine Ersatztheorie der Produktivkraftentwicklung zu schaffen, um den objektiven Entwicklungstendenzen einer hochvergesellschafteten Produktion im Rahmen kapitalistischer Produktionsverhältnisse Rechnung zu tragen. Indem Wissenschaft und Technik einen wachsenden Stellenwert in den antagonistischen Gesellschaftssystemen von Sozialismus und Kapitalismus erlangen, gewinnt ihre planmäßige industrielle Entwicklung und Nutzung erstrangiges politisch-ökonomisches Gewicht. „Man kann ohne Übertreibung sagen, daß heute gerade auf diesem Gebiet, auf dem Gebiet des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, eine der Hauptfronten des so außerordentlich bedeutsamen Wettstreits der beiden Systeme verläuft.“<sup>9</sup>

Zweifellos sind sich die Länder des Kapitals dieser Herausforderung seitens der sozialistischen Staaten voll bewußt und unternehmen nicht zu unterschätzende Anstrengungen, eine Vorwärtsstrategie einzuschlagen, um den Machtanspruch des Monopolkapitals auszubauen. Welche Anstrengungen die führenden kapitalistischen Konzerne hierbei zur Forcierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts unternehmen, kann anhand wesentlicher Veränderungen der traditionellen F/E-Politik (F/E = Forschung und Entwicklung) auf staatlicher und Unternehmensebene nachgewiesen werden.

Der Wandlungsprozeß der kapitalistischen F/E- und Strukturpolitik, der, von den USA und den multinationalen Konzernen ausgehend, Westeuropa und Japan in differenzierter Weise erfaßt und bis zu unmittelbaren Konsequenzen der Ökonomisierung der Außenpolitik im Rahmen des Technologietransfers reicht, ist durch einige objektive Entwicklungen der unmittelbaren Nutzung der Produktivkraft Wissenschaft unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen gekennzeichnet, die es noch stärker und systematisch hinsichtlich ihrer politökonomischen und sozialen Konsequenzen zu analysieren gilt.

[20] Die „klassische“ F/E-Politik wird gegenwärtig in den hochentwickelten kapitalistischen Staaten zu einer weitgefaßten „Technologie-“ und „Innovationspolitik“ ausgebaut. Hierbei steht pragmatisch die zweckgerichtete profitorientierte Auswertung und Anwendung von Forschungsergebnissen und Erfahrungen – auch anderer Konzerne und Wissenschaftsbereiche – im Mittelpunkt, um zu industriell und vor allem kommerziell erfolgreichen Neuheiten zu gelangen.

Als Innovation wird hierbei sowohl der komplexe Prozeß als auch das Ergebnis der erstmaligen industriellen Realisierung und erfolgreichen (profitablen!) Vermarktung einer *neuen* wissenschaftlichen oder technischen Idee, Problemlösung bzw. Marktlücke verstanden. Das zunehmende Interesse des Kapitals an einer wissenschaftlich fundierten Innovationspolitik resultiert besonders daraus, daß der Innovations- oder Neuerungsprozeß die eigentliche Anwendungs- und Nutzungsphase von Wissenschaft und Technik und damit die unmittelbaren Verwertungsinteressen des Kapitals betrifft. Diesem objektiven Problem kann sich das Kapital nicht entziehen und entwickelt dementsprechende innovationstheoretische Forschungsansätze. Derartige bürgerliche Analysen der objektiven Entwicklung der Produktivkräfte beginnen mit dem Erfassen des Zeitpunktes von Entdeckungen oder Erfindungen, auf denen die eingeführten Innovationen beruhen. Dieser als „Inventionsphase“ charakterisierte Prozeß wird kaum hinsichtlich der sozialökonomischen Ursachen und wissenschaftlich-technischen wie materiellen Voraussetzungen und Bedingungen erforscht, sondern in der Regel metaphysisch als Eingangsgröße aufgefaßt, wobei die Triebkraft der Neuentwicklung in den subjektiven Bereich verschoben wird, wie gerade an den „klassischen“ Konzeptionen deutlich nachgewiesen werden kann. Eine dialektische Analyse der im Wechselspiel der widersprüchlichen Entwicklung von Bedürfnissen, Wissenschaft und Technik sowie Ressourcen erfolgenden Erfindungen fehlt. Statt dessen werden im Detail durchaus beachtenswerte und oftmals mit Akribie geführte Analysen über den Zeitpunkt und Zeitraum von Erfindungen vorgelegt und in diesem Zusammenhang empirisch fundierte Studien über die Gründe einer beschleunigten oder zählebigen industriellen Nutzung entwickelt.

Dieser Prozeß, auch oft als „Reifezeit von Innovationen“ charakterisiert, umfaßt in den bürgerlichen Innovationsforschungen den gesamten Zeitraum, in dem Erfindungen verbessert und für die kapitalistische

---

<sup>9</sup> L. I. Breschnew, Auf dem Wege Lenins, Bd. 2, Berlin 1971, S. 363.

Verwertung oder „Vermarktung“ nutzbar gemacht werden. Diese Phase wird auch als Innovationsprozeß im engeren Sinne bezeichnet, wenn die erstmalige industrielle Realisierung neuer Ideen [21] oder Erfindungen bis zu Markterfolgen (sprich: Profit) gemeint ist. Der Beginn der wirtschaftlichen Entwicklung ist naturgemäß schwieriger exakt abzugrenzen als das Entdeckungs- oder Erfindungsjahr, für das oft schon rein statistisch gesehen wesentlich mehr und verlässlichere Daten zur Verfügung stehen. Das gilt auch für die sogenannte „Diffusionsperiode“ von Neuerungen, unter der die bürgerliche Innovationsforschung den Zeitraum von der ersten praktischen Nutzenanwendung einer Innovation bis zu jenem Zeitpunkt versteht, bei dem die Ausbreitung oder Diffusion einer Innovation stagniert bzw. zurückgeht, weil die jeweiligen Märkte gesättigt sind bzw. als relativ gesättigt betrachtet werden im Sinne des kapitalistischen Verwertungsinteresses. Zweifellos ist diese Neuorientierung der kapitalistischen F/E-Politik auf die eigentliche Phase der Verwertung von erheblicher praktischer Bedeutung und hat die bürgerliche Innovationsforschung hier neue Möglichkeiten zum Ausbau bzw. zur Sicherung von Profit aufgezeigt.

Welche prinzipiellen Einsichten ermöglicht eine derartige Innovationsforschung dem Kapital, und wo liegen die Grenzen?

Zu den wichtigsten neuen, praxiswirksamen Einsichten über die Erfordernisse und Bedingungen der Anpassung des Reproduktionsprozesses an Innovationen unter dem Druck der antiimperialistischen Kräfte im kapitalistischen Weltsystem, unter dem wachsenden internationalen Konkurrenzkampf sowie nicht zuletzt der erfolgreichen Verbindung der Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution mit den Vorzügen der sozialistischen Gesellschaftsordnung zählen in der bürgerlichen Innovationstheorie:

1. die begrenzte Anerkennung der Notwendigkeit einer weitergehenden staatsmonopolistischen Hilfe und Regulierung bei der Beherrschung der wachsenden Komplexität und Vergesellschaftung des Reproduktionsprozesses, die über privatmonopolistische Möglichkeiten hinausgehen und grundlegende Fragen der nationalen wie internationalen Sozial- und Strukturpolitik, der Energiepolitik, der Rohstoffpolitik, der Technologiepolitik usw. betreffen. Besonders die Tiefe, Größenordnung und volkswirtschaftliche Bedeutung struktureller Umwälzungen des Reproduktionsprozesses infolge grundlegender Innovationen, wie der Kernenergiegewinnung, Kosmosforschung und Weltraumfahrt, Mikroelektronik zur Automatisierung usw., erzwingen objektiv eine wesentlich weitergehende Anerkennung der gesellschaftspolitischen Konsequenzen derartig einschneidender Veränderungen und damit eine kapitalistisch begrenzte Einsicht in den gesellschaftlichen Charakter der Produktivkraftentwicklung; [22]

2. die analytisch fundierten Einsichten über das wachsende Tempo der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und die zunehmende Dynamik der Veränderung in allen Bereichen, die den Zeitfaktor und Neuheitsgrad zu erstrangigen Kriterien der Wertigkeit von Innovationen erheben. Vor allem die Analyse des Tempos und der Kontinuität im Innovationsaufkommen in Verbindung mit einer qualitativen Wertung der Bedeutung von Innovationen für die Sicherung des kapitalistischen Wachstums- und Verwertungsprozesses hat hier zu einer Reihe praktischer Versuche zur Überwindung aktueller Krisenerscheinungen geführt.

3. die Veränderung inhaltlicher Schwerpunkte der Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik unter dem Druck quantitativer und qualitativer Neubewertungen der allgemeinen Bedingungen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, was Probleme der Rohstoffsicherung, der Infrastruktur, der Umweltgefährdung usw. zu erstrangig zu berücksichtigenden Faktoren kapitalistischer Unternehmen und damit Innovationsstrategien werden ließ. Da die Reproduktion der entscheidenden Produktivkraft, der Leistungsfähigkeit und des Schöpferturns der Menschen, heute teilweise bereits unmittelbar von diesen Faktoren des Vergesellschaftungsprozesses abhängt, muß ihr zwangsläufig in immer stärkerem Maße Rechnung getragen werden. –

Über diese entscheidenden, politökonomisch und sozialpolitisch bedeutenden Einsichten hinaus ermöglicht der zweifellos besonders in jüngster Zeit forcierte Fortschritt in der Entwicklung bürgerlicher Innovationstheorien eine Fülle neuer volkswirtschaftlicher und unternehmenspolitisch außerordentlich

wirksamer Erkenntnisse zur Erhöhung der Qualität und Konkurrenzfähigkeit der Produktion. Das betrifft insbesondere Probleme

- der Entwicklung und optimalen Gestaltung des Innovationspotentials, einschließlich einer beginnenden Neuformierung des staatlichen Regulierungsprozesses, der über partielle Regulierungsversuche hinausgehend Probleme der Komplexität der Wirkungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß zu erfassen versucht;
- der Ermittlung und marktspezifischen Aufgliederung des Innovationsbedarfes;
- der Neubewertung des Ranges der Grundlagenforschung für erfolgreiche Basisinnovationen und des raschen und unkomplizierten Informationsaustausches;
- der Entwicklung eines Aus- und Weiterbildungssystems für die [23] Innovationsförderung, vor allem hinsichtlich der Herausbildung leistungsfähiger, schöpferischer Fachkader;
- der Bedeutung von Klein- und Mittelunternehmen für die Realisierung erfolgreicher Innovationen und begrenzte Versuche zur Überwindung der einseitigen Bevorzugung der Großunternehmen;
- der optimalen Gestaltung der Innovationskosten und die Berücksichtigung der entscheidenden Bedeutung von Qualität und Zeitfaktor bei der Realisierung von Innovationen auf Unternehmensebene.

Besonders hinsichtlich dieser Probleme werden seitens des Kapitals die objektiven Prozesse der Entwicklung einer rationellen Innovationspolitik im kapitalistischen Sinne realistisch analysiert und in zahlreichen praktischen Managementkonzepten, -methoden und -instrumentarien reflektiert und effektiv genutzt.

Jegliche Unterschätzung der hier erkannten und vom Kapital mit aller Konsequenz genutzten Möglichkeiten wäre ein schwerwiegender Fehler und mit einer Ignoranz objektiv vor sich gehender, differenziert zu bewertender Fortschritte und Fehlentwicklungen der Produktivkräfte verbunden.

Der Springpunkt der Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen der Einsicht in die objektiven Erfordernisse der Produktivkraftentwicklung seitens des Kapitals ist immer wieder die relative Losgelöstheit vom politökonomischen Hintergrund und die Verquickung mit apologetischen Zielstellungen, ist die objektive Unmöglichkeit, aus vulgärökonomischer Sicht die Dialektik zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen zu begreifen und zu beherrschen.

Das heißt natürlich nicht, daß reale und objektive Vergleiche der im sozialökonomischen Interesse der sozialistischen Gesellschaft liegenden Neuerungsprozesse nicht zu interessieren brauchen. Im Gegenteil wird seitens der Regierungen und Parteiführungen der sozialistischen Staaten immer wieder auf die aktuelle politische, ökonomische und nicht zuletzt ideologische Bedeutung objektiver Niveauvergleiche und der Entwicklungstendenzen hingewiesen.

Das kann und darf nicht dazu führen, in der sozialistischen Wirtschaft *jede* im Interesse kapitalistischer Profitsicherung notwendige Neuerung mitzumachen oder gar nachzuvollziehen. Eine entscheidende Aufgabe besteht nach wie vor in der organischen Vereinigung der Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution mit den Vorzügen des Sozialismus in den der sozialistischen Gesellschaftsformation immanenten Formen.

[24] Hierzu sind die mannigfaltigen Aufgaben der weiteren theoretischen und praktischen Erforschung des Zyklus Wissenschaft-Technik-Produktion-Bedarfsdeckung unter Auswertung sowjetischer Erfahrungen, wie z. B. der Zielprogrammplanung, von größter Bedeutung, leistet aber auch die Analyse bürgerlicher innovationstheoretischer Ansätze einen Beitrag zur konstruktiven Auswertung internationaler Erfahrungen für die allseitige sozialistische Entwicklung der Produktivkräfte gemäß den gesellschaftlichen Zielstellungen der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik unter den Bedingungen der konsequenten Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zum Wohle und im Interesse der ganzen Gesellschaft.

Je treffender hierbei die marxistische Kritik bürgerlicher Theoriengebäude sein soll, um so schärfer müssen dafür die Argumente sein. Jedes Vertuschen von Unklarheiten in der eigenen Position nutzt

nur dem Gegner und räumt Boden ein, der historisch gesehen spätestens mit den Leninschen Imperialismus-Analysen den bürgerlichen Theoretikern verloren ging. Jedoch offenbart sich bei einer Durchsicht der marxistischen gesellschaftswissenschaftlichen Literatur eine unübersehbare Lücke in der Auseinandersetzung mit dem ganzen bürgerlichen innovationstheoretischen Dschungel, wurden die Möglichkeiten und Grenzen dieser bürgerlichen Ansätze noch längst nicht allseitig kritisch beleuchtet. Die Analyse von Innovationen nach dem sachlichen Inhalt oder betreffenden Objektbereich, dem Komplexitätsgrad oder der Genesis und ökonomischen Bedeutung erweist sich für eine marxistische Innovationsforschung, die weitergefaßt als eine Theorie der Entwicklung der Produktivkräfte in dialektischer Wechselwirkung zu den Produktionsverhältnissen zu verstehen ist, nur als erster Schritt. Die Bedeutung derartiger Forschungen liegt vor allem in der Ermittlung der objektiven Entwicklungsgesetze der Produktivkraftentfaltung sowie auf dem Gebiet der Prognose und Planung wissenschaftlich-technischer Durchbrüche auf einzelnen Gebieten; hier haben sie ihre wichtigste Funktion. Entscheidendes Kriterium für die Bewertung einer Innovation innerhalb einer sozialökonomischen Gesellschaftsformation *aus marxistischer politökonomischer Sicht* ist daher die dialektische Ermittlung der entscheidenden, charakteristischen Veränderungen hinsichtlich der Funktionen der Hauptproduktivkraft Mensch im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß gemessen an der Ökonomie der Zeit im umfassenden Sinne, also der Arbeits- und Freizeit.

Demzufolge bildet das Marxsche Herangehen an die Analyse der grundlegenden Neuerungen der industriellen Revolution die unbe-[25]stehliche methodologische Leitlinie für die politökonomische Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Innovationsforschung. Fehlt das Marxsche Herangehen bei der Analyse revolutionär wirkender Neuerungen, so wird einer subjektiven Erhebung aller möglichen Innovationen in den Rang sogenannter „Basisinnovationen“ Tür und Tor geöffnet. Das widerspiegelt sich allzu deutlich anhand dessen, was die bürgerliche Innovationsforschung ganz allgemein unter einer Innovation und speziell einer Basisinnovation versteht. Während unter ersterem jegliches „Neu-“ oder „Andersmachen“ verstanden wird, zählen sämtliche technisch-ökonomischen Innovationen, die z. B. neue Industriezweige ins Leben rufen, zu letzterer Gruppe. Wie unterschiedlich dabei das Gewicht einzelner sogenannter Basisinnovationen ist, verdeutlicht ein Blick auf entsprechende bürgerliche Statistiken.<sup>10</sup>

Vom Helikopter und Radar, Radio und Fernsehen bis zum knitterfreien Stoff aus Synthesefaser, Kugelschreiber und Reißverschluß, Raketen und Penizillin ist nahezu alles vertreten. Wie differenziert demzufolge die Recherchen derartiger moderner Basisinnovationen je nach Auffassung und wissenschaftlich-technischem Sachverstand ausfallen, braucht kaum betont zu werden.<sup>11</sup> Man könnte dazu neigen, derartige Differenzierungen und Klassifizierungen bürgerlicher Innovationsforscher als unwesentlich zu übergehen, ginge nicht ein Gutteil der gegenwärtigen bürgerlichen Innovationstheorien gerade von derartigen subjektiven Unterscheidungen ohne Anlage dialektischer Kriterien aus und gäbe es nicht immer neue Versuche, gerade die Rolle des privatkapitalistischen Unternehmers als Initiator revolutionärer Neuerungen herauszustellen. Nicht verschwiegen werden soll in diesem Zusammenhang, daß natürlich eine dialektische Bewertung des Neuheitsgrades, z. B. technologischer Innovationen, auch seitens der marxistischen Wissenschaften noch keineswegs befriedigend gelöst ist. Selbstverständlich stellt sich diese Gewichtung auch ganz andere Ziele, z. B. zur Erhöhung des Neuerungstempos der Produktion, und hat nichts mit der bürgerlichen Apologetik hinsichtlich der Nutzung der Bewertungsergebnisse zur Entschuldigung systembedingter Schwächen gemein.

Politökonomische Wertungen bürgerlicher innovationstheoretischer Ansätze müssen daher berücksichtigen, daß die inhaltliche Abgrenzung der Innovationen auf einer ausgesprochen technizistischen, subjektivistischen Grundlage beruht, ganz unabhängig davon, welche Ziele und Ansprüche mit den

<sup>10</sup> Vgl. dazu z. B.: E. Mansfield, *Industrial Research and Technological Innovation*, New York 1968; G. Mensch, *Zur Dynamik des technischen Fortschritts*, in: *Zeitschrift für Betriebswirtschaft*, 41/1971, S. 295 ff.; J. Schmookler, *Invention and Economic Growth*, Cambridge/Mass. 1966; J. Jewkes/D. Sawers/K. Stillerman, *The Sources of Invention*, London 1966; M. Lahner/E. Ulrich, *Analysen und Entwicklungsphasen technischer Neuerungen*, Mitteilungen des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Erlangen 1969.

<sup>11</sup> Mensch stellt z. B. 40 Basisinnovationen im Zeitraum von 1900 bis 1960, Schmookler dagegen 332, Lahner und Ulrich dagegen bescheiden nur 20 heraus. Vgl. dazu: G. Mensch, *Gemischtwirtschaftliche Innovationspraxis*, Göttingen 1976.

davon abgeleiteten Verallgemeinerungen angestrebt werden. Die tiefergehende theoretische Misere dieser [26] bürgerlichen Empirie in der Auswahl und Analyse von Neuerungen liegt darin, daß sie auf Grund der fehlenden dialektischen Vorgehensweise nicht davon ausgehen kann, die objektiven gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten und Bedingungen der Entwicklung der Produktivkräfte zum eigentlichen Ausgangspunkt der Auswahl und Abgrenzung zu wählen. Von daher bleiben fundierte Einsichten in die Quellen der Entwicklung, der Art und Weise der Entstehung neuer Qualitäten und der künftigen Entwicklungsrichtung von Innovationen unaufgedeckt. So erklärt sich auch, daß die größten Erfolge der bürgerlichen Innovationsforschung bisher auf Gebieten der retrospektiven Analyse abgelaufener Neuerungsprozesse erzielt wurden, während hinsichtlich der prognostischen Funktion erst in jüngster Zeit ernst zu nehmende Versuche zur Voraussage von neuen Basisinnovationen vorgenommen wurden.

Der fundamentale Unterschied im marxistischen Herangehen an die Bewertung von Innovationen gegenüber dem bürgerlichen Ansatz besteht demzufolge darin, daß Veränderungen der Ökonomie der Zeit im umfassenden Sinne, bezogen auf den gesamten Reproduktionsprozeß *und* die Persönlichkeit, den Bezugspunkt bilden. Damit wird sowohl die notwendige Bewertung der Produktivitätsfortschritte als auch der sozialökonomischen Fortschritte im Interesse der Entwicklung der Persönlichkeit gesichert und jene dialektische Verbindung erreicht, die der bürgerlichen Theorie wie Praxis nicht gelingen kann, da der Profit – nicht die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik – im Mittelpunkt innovationstheoretischer wie praktischer Aktivitäten steht.

Die Einseitigkeit der bürgerlichen Erforschung von Innovationsprozessen unter primär quantitativ-historischem Aspekt verhindert zwangsläufig das tiefere Eindringen ihrer Theoretiker in die Wechselbeziehungen der Entwicklung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Von daher erweisen sich die Erkenntnisse der bürgerlichen Innovationsforschung, sobald sie, über den unmittelbaren Bereich der Vorbereitung, Realisierung und Verbreitung einzelner Innovationen hinausgehend, politökonomische Verallgemeinerungen betreffen, als vordergründige Apologetik des kapitalistischen Systems. So nützlich also die Einzeleinsichten zur Genesis und Verbreitung einzelner technologischer Neuerungen hinsichtlich der Erkenntnis von Innovationshemmnissen auf dem betreffenden Gebiet sein können, so wenig brauchbar sind die bürgerlichen Verallgemeinerungen aus politökonomischer Sicht zur Behebung der gesellschaftlichen Krise.

[27] Aus marxistischer Sicht kommt es vor allem darauf an:

- die Triebkräfte jeder Bewegung, Entwicklung oder allgemein Neuerungen aufzudecken, d. h. die den Innovationsprozessen innewohnenden dialektischen Widersprüche zu erfassen und in ihrer Entwicklung zu prognostizieren;
- das Umschlagen quantitativer Veränderungen in qualitative Veränderungen und umgekehrt zu durchleuchten, wobei insbesondere die Einheit von quantitativer und qualitativer, evolutionärer und revolutionärer, kontinuierlicher und diskontinuierlicher Entwicklung zu erfassen ist, sowie
- die Entwicklung von Neuerungen planmäßig als Höherentwicklungen, als Neuerungen, denen die Zukunft gehört (und keine scheinbaren Innovationen!) voranzutreiben, wobei in dialektischer Negation keine einfache Vernichtung des Alten erfolgt, sondern die positiven und entwicklungsfähigen Seiten, z. B. der bisherigen Technik, erhalten bleiben.

Naturgemäß sind die *objektiven Schwierigkeiten* der Bestimmung derartiger qualitativer Umschwünge in der materiellen Produktion groß, worauf seitens der bürgerlichen Innovationsforschung oft nur in unzureichendem Maße bezüglich abgeleiteter Verallgemeinerungen hingewiesen wird. Auf diese Weise ist es in der Tat leichter möglich, evolutionäre und revolutionäre Umschwünge, kontinuierliche und diskontinuierliche Entwicklungen nach Bedarf zu interpretieren und darauf Konzeptionen aufzubauen. Bei der tabellarischen Gegenüberstellung von Erfindungszeitpunkt und Innovationszeitpunkt im engeren Sinne gelingt es dann natürlich, nicht leicht zu entkräftende empirische Fundierungen innovationstheoretischer Thesen der Produktivkraftentwicklung vorzutragen. Daß es sich hierbei im Grunde genommen um herausgelöste, rein quantitative Vergleiche ohne genügende Berücksichtigung qualitativer Momente der Entwicklung handelt, kann leicht in Vergessenheit geraten.

Charakteristisch für derartige bürgerliche innovationstheoretische Beweisführung ist dementsprechend ihr tautologischer Charakter: indem die kapitalistischen Verhältnisse, die bestimmte Produktivkraftentwicklungen im Interesse der Sicherung der Verwertungsbedingungen bremsen oder unkontrolliert auswuchern lassen, bei rein quantitativen Prozeßanalysen ausgespart bleiben, werden zugleich mit eben diesen quantitativen Beweisen qualitative Schlußfolgerungen für jene Verhältnisse gezogen, die bewußt aus der Analyse ausgeklammert wurden. Mit anderen Worten: Wenn man Innovationen verschiedenster Art, die zeitlich zusammenfallen, als „Innovationsschub“ [28] (G. Mensch) bezeichnet, so hat man damit noch lange keine Erklärung der Krise des Kapitalismus! Lenin hat auf die unerläßliche Konkretheit der Analyse hingewiesen und betont: „... jede allgemeine historische Erwägung, die auf einen Einzelfall ohne besondere Analyse der Bedingungen gerade des gegebenen Falls angewandt wird, verwandelt sich in eine Phrase.“<sup>12</sup>

Die dialektische Analyse von Neuerungsprozessen schließt die Bewertung des notwendigen und real eingesetzten Potentials für die wissenschaftliche Vorbereitung, technisch-ökonomische Realisierung und Verbreitung von Innovationen ein. Zweifellos ist die dialektische Analyse des so komplex aufgefaßten Innovationspotentials bisher Stiefkind bürgerlicher innovationstheoretischer Bemühungen und auch in der sozialistischen Fachliteratur noch unzureichend diskutiert worden. Eine Hauptursache dafür liegt in einer Verselbständigung einzelner Phasen und Abschnitte des Neuerungsprozesses im Zuge der Entfaltung eines höheren Grades der Vergesellschaftung der Produktion, insbesondere hinsichtlich der Forschung und Entwicklung. Die damit untrennbar verbundene Tendenz der immer tiefergehenden „Verwissenschaftlichung“ der Produktion hat diesen Widerspruch nicht abgebaut, sondern eher verschärft durch die in vielen Fällen nachweisbaren schnelleren Fortschritte in der Spezialisierung gegenüber der Integration.

Die unzureichende theoretische Analyse des Hauptproblems der wissenschaftlich-technischen Revolution zur Erhöhung ihrer Wirksamkeit und Effektivität im Reproduktionsprozeß, die Verbesserung der Anpassungsfähigkeit des Reproduktionsprozesses an komplexe Neuerungen, führt dazu, daß im internationalen Maßstab historisch bedingt Disproportionen und Fehlentwicklungen großer Teile des Innovationspotentials nachweisbar sind.

Im Sozialismus besteht erstmalig die Möglichkeit, auf der Grundlage der Einheit von zentraler staatlicher und dezentraler eigenverantwortlicher gesellschaftlicher Planung des Innovationspotentials diese historisch bedingten Fehlentwicklungen zu überwinden.

Die bürgerliche Innovationsforschung kann auf Grund der der kapitalistischen Gesellschaftsordnung immanenten Anarchie und Konkurrenz nicht zur wissenschaftlich fundierten planmäßigen Entwicklung eines dem gesellschaftlichen Bedarf entsprechenden Innovationspotentials gelangen. Zwangsläufig führt dies zum destruktiven Einsatz eines großen Potentials, z. B. für den Militär-Industrie-Komplex oder zur sogenannten „Forschung auf Halde“, zur Absicherung der eigenen Position gegenüber der Konkurrenz durch Sperrpatente usw.

[29] Das fehlstrukturierte kapitalistische Innovationspotential wirkt damit zwangsläufig auf die Ausrichtung und Intensität verwertungsgerechter Innovationen ein und verschärft die objektiven Widersprüche des kapitalistischen Systems. Dieses Wolfsgesetz des kapitalistischen Kreislaufs führt ungeachtet der Fortschritte auf einzelnen Gebieten in der historischen Perspektive ausweglos in die Sackgasse kapitalistischer Kassandrarufer und widerspiegelt sich nachdrücklich bereits an den gegenwärtigen Schadwirkungen neuer, einst gefeierter Wachstumstechnologien.

So gehört es auch zu den offenen Geheimnissen, daß viele technologisch durchaus mögliche Innovationen – so z. B. zur Eindämmung des Benzinverbrauchs durch Entwicklung prinzipiell neuer Antriebssysteme für Autos – gegen den Widerstand der marktbeherrschenden Monopole nahezu unmöglich durchzusetzen sind.

Das entwickelte und bestehende Innovationspotential in Verbindung mit existierender Marktmacht der großen Konzerne hat daher entscheidenden Einfluß auf die Richtung und Intensität von

---

<sup>12</sup> W. I. Lenin, Werke, Bd. 27, S. 32 f.

Innovationen, auch wenn diese Zusammenhänge keineswegs immer offen zutage treten. Die bürgerliche Innovationsforschung verschleiert bewußt oder unbewußt diese Zusammenhänge durch einseitige Konzentration der Aufmerksamkeit auf den sogenannten „Innovator“ und die Analyse seiner subjektiven Fähigkeiten unter dem Stichwort „innovativeness“ anstelle einer komplexen Analyse des Gesamtpotentials.

Diese Prämissen müssen dementsprechend bei der im weiteren dargestellten Analyse der Genesis, Hauptthesen und Funktionen einzelner bürgerlicher innovationstheoretischer Ansätze beachtet werden.

[30]

### 3. Genesis innovationstheoretischer Ansätze und ihre aktuelle Bedeutung

#### 3.1. „Klassische“ bürgerliche Innovationstheorien

Die ersten innovationstheoretischen Ansätze sind mit dem Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus im damaligen „Deutschen Reich“ entstanden. Das war, wie bei allen ökonomischen Theorien und Auffassungen, keineswegs Zufall, sondern entsprang der besonderen ökonomischen Situation des Ursprungslandes. Bekanntermaßen ergab sich mit dem Übergang zum Imperialismus für die bürgerliche politische Ökonomie die Notwendigkeit einer verstärkten Beschäftigung mit pragmatischen Fragen, d. h., ihre wirtschaftspolitische Funktion gewann an Bedeutung, ohne daß dabei die bestimmende Rolle der politisch-ideologischen Funktion neuer Theorien in Frage gestellt wurde.

In Deutschland hatte sich der Kapitalismus im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts rasch entwickelt, und die deutsche Bourgeoisie nahm infolge dieser Entwicklung um die Jahrhundertwende international in vielen Bereichen der Wirtschaft eine führende Stellung ein. Die mit der Konzentration der Produktion verbundene enorme Erhöhung des Produktionsausstoßes bedingte die Gewinnung von neuen Rohstoffquellen und Absatzmärkten, um die Kapitalverwertung zu sichern. Während andere führende Industrieländer wie die USA, Frankreich und Großbritannien in bestimmtem Umfang dieses Problem zunächst noch über die vollständige Erschließung des nationalen Marktes (USA) bzw. über ihr Kolonialreich (Frankreich, Großbritannien) lösten, stand vor der deutschen Bourgeoisie mit größerer Schärfe die Frage der Neuaufteilung der Welt. Das Gesetz der ungleichmäßigen politischen und ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus verlangte objektiv, wie Lenin nachwies, eine Machtprobe zwischen den führenden kapitalistischen Ländern. Die Mehrzahl der Ideologen des Bürgertums orientierte dabei auf den Versuch der gewaltsamen Neuaufteilung der Welt. Nur wenige, weiterdenkende und deshalb aus der Masse der bürgerlichen Vulgärökonomien herausragende Apologeten erkannten, daß diese generell vor allen entwickelten kapitalistischen Industrieländern stehende Aufgabe auf militärische Art – wenn überhaupt – nur unvollkommen gelöst werden konnte. Sie orientierten auf eine Neuaufteilung der Märkte mittels breitester Durchsetzung des technischen Fortschritts, mittels Innovationen, und damit vor allem auf Expansion mit Hilfe der ökonomischen Aggression.

Die ersten bürgerlichen Theoretiker, die diesen Standpunkt vertraten, waren Werner Sombart, Waldeemar Mitscherlich und Joseph Alois Schumpeter, die, und das verdeutlicht die herangereifte Notwendigkeit einer Neuorientierung des bürgerlichen ökonomischen Denkens, aus den verschiedensten „theoretischen“ Schulen kamen. Während Sombart zu dieser Zeit der „jungen historischen Schule“ angehörte und Mitscherlich Wirtschaftshistoriker war, hatte Schumpeter enge Bindungen zur „Grenznutzenschule“.<sup>13</sup>

Kennzeichnend für ihre Gedanken war, daß sie diese im Rahmen von Entwicklungstheorien des Kapitalismus formulierten, d. h. in begrenztem Maße versuchten, aus ihrer bürgerlichen Sicht die Dialektik zwischen den Produktivkräften und Produktionsverhältnissen zu reflektieren, und somit wesentlich am Übergang des bürgerlichen ökonomischen Denkens von der statischen Betrachtungsweise zur dynamischen Anteil hatten. Dieser Übergang muß offensichtlich breiter gesehen werden, als dies z. B. bei den Autoren der ausgezeichneten marxistischen Kritik bürgerlicher Theorien „Bürgerliche Ökonomie ohne Perspektive“ zum Ausdruck kommt, wenn sie feststellen: „Schumpeter hat die bürgerliche Ökonomie auf die Entwicklung, auf das Wachsen der kapitalistischen Wirtschaft orientiert. Er erklärt diese Veränderung durch die Tätigkeit des dynamischen Unternehmers, der Neuerungen (sogenannte Innovationen) auf mehreren Ebenen einführt, neue Märkte und neue Rohstoffquellen erschließt und ganze Industrien und Strukturen neu organisiert.“<sup>14</sup>

Wesentliche Gedanken, die Schumpeter äußerte, tauchten bereits bei Sombart und Mitscherlich auf. Es ist unbestritten, daß diese bürgerlichen Theoretiker mit ihren Betrachtungen zur „Entwicklung“ und „Innovation“ im Rahmen der bürgerlichen politischen Ökonomie eine gewisse Pionierleistung

<sup>13</sup> Vgl. zu einzelnen theoretischen Schulen ausführlicher bei H. Meißner (Hrsg.), Geschichte der politischen Ökonomie, Grundriß, Berlin 1978.

<sup>14</sup> Autorenkollektiv, Bürgerliche Ökonomie ohne Perspektive, Berlin 1976, S. 27.

vollbracht haben, die zweifellos Beachtung verdient. Dabei muß jedoch mit Nachdruck hervorgehoben werden, daß bereits Karl Marx und Friedrich Engels sechzig Jahre zuvor grundsätzliche Erkenntnisse zum technischen Fortschritt und zur Dynamik der kapitalistischen Entwicklung (einschließlich der daraus folgenden Konsequenzen) auf Grund ihrer materialistisch-dialektischen Herangehensweise formuliert hatten und das Verdienst von [32] Sombart, Mitscherlich und Schumpeter sich darauf beschränkt, die bürgerliche Ökonomie auf eine bereits seit langem bekannte und analysierte Problematik aufmerksam gemacht zu haben.

Kennzeichnend für die Orientierungen, die Sombart, Mitscherlich und Schumpeter der Bourgeoisie gaben, ist die Verbindung von pragmatischen Hinweisen mit einer gezielten Apologetik des Unternehmers. Für sie stellt sich der Unternehmer als der Träger des technischen Fortschritts dar.

Wie aber sah die Rolle des Unternehmers zu Beginn des 20. Jahrhunderts in bezug auf den technischen Fortschritt tatsächlich aus?

Das Wesen des Unternehmers charakterisierte Marx, indem er ihn als „produktiven“ oder „fungierenden“ Kapitalisten kennzeichnet, der „Operationen oder Funktionen“ mit dem Kapital im Reproduktionsprozeß, d. h. spezielle Funktionen als Unternehmer in der Industrie oder dem Handel<sup>15</sup> ausführt, die auf die Leitung des Arbeitsprozesses sowie des Verwertungsprozesses gerichtet sind. Der Unternehmer kann dabei sowohl Kapitaleigentum und Kapitalfunktion in seiner Person vereinen als auch Nichteigentümer des Kapitals sein. Im letzteren Fall ist das „Eigentum am Kapital .. .. ihm gegenüber vertreten durch den Verleiher, den Geldkapitalisten“.<sup>16</sup> Wichtig für die Bestimmung des Unternehmers ist nicht, daß er Kapitaleigentümer ist, sondern Kapitalbesitzer, d. h., daß er das Kapital erst als solches wirken läßt, es im Reproduktionsprozeß einsetzt. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, ist es erforderlich, daß der Unternehmer in seiner Person eine Reihe von Eigenschaften, wie Geschick, Initiative, Rücksichtslosigkeit, Brutalität usw., verkörpert.<sup>17</sup>

Nach einer Periode relativ großer Bedeutung, die ihren Höhepunkt in der industriellen Revolution erreichte,<sup>18</sup> sank die Bedeutung des Unternehmers im Prozeß des technischen Fortschritts. Ausschlaggebend für diese Veränderung der Rolle des Unternehmers war die neue Rolle und Organisation von Wissenschaft, Forschung und Technologie im Reproduktionsprozeß. Erst der mit der Entwicklung der Produktivkräfte objektiv notwendige Umschlag der freien Konkurrenz in das Monopol ermöglichte und erzwang die systematische F/E-Tätigkeit als eine wesentliche Voraussetzung zur Befriedigung der Verwertungsinteressen der Monopole. Dieser Prozeß führte folgerichtig zur Herausbildung industrieller Forschungslaboratorien und zu einer wesentlichen Erhöhung des Vergesellschaftungsgrades der Produktion.

Lenin arbeitete diesen objektiven Prozeß als ein Charakteristikum des monopolkapitalistisch betriebenen wissenschaftlich-technischen [33] Fortschritts heraus, indem er feststellte, daß mit dem Übergang zum Monopol „ein gigantischer Fortschritt in der Vergesellschaftung der Produktion (erfolgt). Im besonderen wird auch der Prozeß der technischen Erfindungen und Vervollkommnungen vergesellschaftet“.<sup>19</sup>

Während im Kapitalismus der freien Konkurrenz der Unternehmer zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit seines Unternehmens den technischen Fortschritt unbedingt nutzen mußte, kann er als Monopolist den technischen Fortschritt bremsen und bremst ihn auch tatsächlich, wenn dies seinen Kapitalverwertungsinteressen entspricht. „In dem Maße, wie Monopolpreise, sei es auch nur vorübergehend, eingeführt werden, verschwindet bis zu einem gewissen Grade der Antrieb zum technischen und folglich auch zu jedem anderen Fortschritt, zur Vorwärtsbewegung; und insofern entsteht die

---

<sup>15</sup> K. Marx, Das Kapital, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1973, S. 387.

<sup>16</sup> Ebenda.

<sup>17</sup> Eine aufschlußreiche Typologie der Eigenschaften von Unternehmern der Gegenwart enthält die empirisch auf Umfragen unter 2444 Managern beruhende Analyse von A. Theobald: „Die Macher“, München 1977.

<sup>18</sup> Vgl.: J. Kuczynski, Wissenschaft und Gesellschaft, Berlin 1972, H. Mottek, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 2, Berlin 1969.

<sup>19</sup> W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 209.

ökonomische Möglichkeit, den technischen Fortschritt künstlich aufzuhalten.“<sup>20</sup> Diese dem Monopolkapitalismus eigene Tendenz zu Stagnation und Fäulnis bedeutet jedoch nicht, daß dieser zu wesentlichen Neuerungen nicht mehr in der Lage ist,<sup>21</sup> wie zahlreiche Beispiele auch in der Gegenwart erneut unter Beweis stellen.

Die von den Klassikern des Marxismus-Leninismus vorgenommene Analyse des kapitalistisch betriebenen technischen Fortschritts stellt daher in ihrer Allseitigkeit den Ausgangspunkt für die kritische Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Innovationstheorien dar.

Sombarts Auffassungen zur Innovation schlugen sich, wenn auch in sehr allgemeiner Form, zum ersten Male in dem Artikel „Der kapitalistische Unternehmer“<sup>22</sup> nieder. Ausgangspunkt jeder Entwicklung ist hierin für ihn die Tätigkeit des kapitalistischen Unternehmers. „Die Zelle des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist die kapitalistische Unternehmung. Von ihr geht alles Leben aus, weil in ihr die treibende Kraft kapitalistischer Wirtschaft zur Betätigung gelangt: Der kapitalistische Unternehmer.“<sup>23</sup>

Sombart nimmt diese Auffassung als Grundlage seiner Innovationsgedanken, indem er sie präzisiert bzw. die sogenannte Betätigung näher beschreibt. „Worin besteht denn das Werk, dem der Unternehmer sein Leben widmen will? Nicht in der Erfindung etwa eines bestimmten Verfahrens, sondern in dessen Verbreitung. Das ist es ja gerade, was dem kapitalistischen Unternehmer als solches am Herzen liegt und was ihn etwa vom reinen Erfinder oder vom Künstler unterscheidet.“<sup>24</sup> Auf diese Argumentation Sombarts wird noch zurückzukommen sein, wenn die gegenwärtige Unternehmerapologetik analysiert wird. An dieser Stelle bleibt zu vermerken, daß Sombart unter „dem Werk“ des Unternehmers nichts anderes versteht, als [34] das, was die bürgerliche Ökonomie heute mit dem Begriff „Innovation“ zum Ausdruck bringt. Wengleich die gegenwärtigen Innovationsauffassungen weit detaillierter und pragmatischer orientieren, so liegt doch in Sombarts Auffassung eine der theoriegeschichtlichen Wurzeln aller heutigen Innovationstheorien. Mit diesem Ausgangspunkt hat Sombart in pragmatischer Hinsicht trotz der Allgemeinheit der Orientierung einen beachtlichen Beitrag zur Entwicklung der bürgerlichen ökonomischen Theorie geleistet.

Damit erschöpft sich Sombarts pragmatischer Beitrag jedoch nicht. Mit einer gewissen, für bürgerliche Ideologen durchaus nicht typischen Offenheit beantwortet er die selbst gestellte Frage, woran ein kapitalistisches Wirtschaftssystem gemessen wird: „An der Qualität der Leistungen doch sicher nicht: ebensowenig an der naturalen Quantität. Vielmehr doch wohl einzig und allein daran, ob am Ende einer Wirtschaftsperiode die vorgeschossene Geldsumme (ohne die unserer Definition der kapitalistischen Wirtschaftsverfassung gemäß überhaupt kein produktiver Akt zustande kommt) wieder da ist und außerdem einen Überschuß gebracht hat, den wir Profit nennen ... – wenn die kapitalistische Unternehmung wachsen und blühen soll, muß sie Profit abwerfen: Prosperieren heißt rentieren.“<sup>25</sup>

Dieses Profitstreben ist für Sombart ein Prozeß, ohne den es keinen Kapitalismus geben kann<sup>26</sup>, womit er – wenn auch subjektiv-idealistisch – alle Versuche der bürgerlichen Apologetik zurückgewiesen hat, die behauptet, daß das Ziel kapitalistischen Wirtschaftens der Wohlstand des Volkes sei, indem er die „Plusmacherei“ als oberstes Gesetz des Kapitalismus hervorhob.

Eine tragende Rolle für dieses Profitstreben kommt dem technischen Fortschritt, insbesondere den Innovationen zu. Sombart verdeutlicht dies, indem er sich mit folgender Auffassung identifiziert: „Immer hoffen wir, daß wir uns nicht noch weiter auszudehnen brauchen, stets aber finden wir, daß ein Aufschub weiterer Ausdehnung einen Rückschritt bedeuten würde, und noch heute lösen sich die

---

<sup>20</sup> Ebenda, S. 281.

<sup>21</sup> Vgl. dazu: Lenins Einschätzung in: Werke, Bd. 22, a. a. O., S. 305.

<sup>22</sup> W. Sombart, Der kapitalistische Unternehmer, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Jg. XXIX, S. 689-758.

<sup>23</sup> Ebenda, S. 698.

<sup>24</sup> Ebenda, S. 703.

<sup>25</sup> Ebenda, S. 707.

<sup>26</sup> An dieser Stelle muß darauf hingewiesen werden, daß Sombart unter Profit einen Aufschlag versteht und nicht ein Resultat der Ausbeutung der Lohnarbeiter. Hier zeigt sich ebenso wie an einigen anderen Stellen seiner Ausführungen das „böse Gewissen und die schlechte Absicht der Apologetik“ (Marx).

aufeinanderfolgenden Verbesserungen und Erfindungen so schnell ab, daß für uns noch ebensoviel zu tun bleibt wie je.“<sup>27</sup>

Abschließender Höhepunkt der ersten Innovationsgedanken und zugleich wesentlicher Ausgangspunkt für die Unternehmerapologetik ist die Auffassung Sombarts, daß es das Ziel des Innovationsprozesses ist, das Produkt auf dem Markt zu verbreiten, und die Aufgabe des Unternehmers (Innovator), diesen Diffusionsprozeß durchzuführen: „Also – das ist die wichtige Schlußfolgerung – entscheidet der Unternehmer, ob eine Erfindung gut ist, das heißt ... daß sie Gewinn [35] abwirft. Also werden nur solche Erfindungen gemacht (bzw. genutzt), die diese Aussicht gewähren.“<sup>28</sup>

Damit hat Sombart zunächst seine Gedanken zur Innovation in bezug auf eine wirtschaftspolitische Orientierung der Bourgeoisie beendet. Trotzdem wird bei aller vorhandenen Allgemeinheit deutlich, daß er die Innovation bereits als Prozeß betrachtet hat, der sich von der Invention über die Innovation im engeren Sinne bis zur Diffusion erstreckt.

Bereits die einzelnen pragmatischen Äußerungen Sombarts zeigten, daß er diese mit einer gezielten Verteidigung und Rechtfertigung der Bourgeoisie verbunden hat. Insgesamt betrachtet, kommt im Rahmen der Innovationsauffassung damit seiner Unternehmerapologetik die entscheidende Rolle zu.

Sombart hat, an Says Unternehmerauffassung anknüpfend, einen Unternehmertyp geschaffen, der als Träger des technischen Fortschritts für jegliche Entwicklung verantwortlich zeichnet. Eine Unternehmercharakteristik Sombartscher Prägung entbehrt jedoch unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus jeder objektiven Grundlage, und es ist zugleich bezeichnend für Sombarts Methode, daß er seine Auffassung dadurch beweisen will, daß er einige Unternehmer aus der Frühgeschichte des Monopolkapitalismus (W. Siemens) herausgreift und deren Charakteristik als allgemeingültig für den Unternehmertyp des beginnenden 20. Jahrhunderts auszugeben versucht. Der Unternehmer war jedoch zu dieser Zeit, wenn überhaupt, nur ein Glied in der langen Kette von Ingenieuren, Arbeitern, Forschern usw., die jetzt für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt verantwortlich zeichneten.

Etwa im gleichen Zeitraum erarbeitete Mitscherlich seine Auffassungen zur wirtschaftlichen Entwicklung und darin eingeschlossen zur Innovation.<sup>29</sup> Mitscherlichs innovationstheoretische Gedanken sind dabei noch allgemeiner gehalten als die Sombarts. Wenn er trotzdem zu den Begründern der gegenwärtig so aktuellen bürgerlichen Innovationstheorie gezählt werden muß, dann vor allem deshalb, weil er in seiner Auffassung zur wirtschaftlichen Entwicklung teilweise einen realeren Standpunkt bezieht als Sombart und Schumpeter. Dies hatte unmittelbare Auswirkungen auf seine Unternehmerapologetik.

Ausgangspunkt der Auffassungen Mitscherlichs ist die These, daß der wirtschaftliche Fortschritt das Ergebnis der vielgestaltigen und schöpferischen Tätigkeit der Menschen ist. „Die wirtschaftliche Entwicklung tritt uns daher als eine Massenerscheinung, als Produkt der [36] Tätigkeit einer Menge von Menschen ... entgegen.“<sup>30</sup> Davon ausgehend, formuliert Mitscherlich seine theoretische Grundposition zur dynamischen Betrachtungsweise des Kapitalismus. Es sind für ihn die dem Wirtschaftssystem innewohnenden Kräfte, die für die Entwicklung verantwortlich zeichnen. Damit hat er sich einen Rahmen geschaffen, der ein Eindringen in die Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Wirtschaftssystems ermöglicht. „1. Wirtschaftlicher Fortschritt wirkt als Förderer wirtschaftlicher Entwicklung, oder kürzer ausgedrückt: Fortschritt gibt Anstoß zu neuem Fortschritt. 2. Der Weg des wirtschaftlichen Fortschritts ist kein willkürlicher, sondern durch die Natur des Wirtschaftslebens bedingt.“<sup>31</sup>

Mitscherlich ist jedoch viel zu sehr „Professor der politischen Ökonomie“, um diesen Rahmen zu einer echten und tiefgründigen Analyse des Kapitalismus um Neunzehnhundert zu nutzen. Er bremst seine „Forschheit“ sofort ab und bringt den Unternehmer ins Spiel, der Träger des wirtschaftlichen Fortschritts sei. Für Mitscherlich ist diese Betrachtungsweise notwendiger Bestandteil seiner

<sup>27</sup> W. Sombart, *Der kapitalistische Unternehmer*, a. a. O., S. 709 f.

<sup>28</sup> W. Sombart, *Der moderne Kapitalismus*, Bd. 3, München und Leipzig 1928, S. 95.

<sup>29</sup> W. Mitscherlich, *Der wirtschaftliche Fortschritt*, Leipzig 1910.

<sup>30</sup> Ebenda, S. 11.

<sup>31</sup> Ebenda, S. 178.

Innovationsauffassung, denn die Erfindung als Ausgangspunkt einer Innovation ist nach seiner Theorie ein exogener Faktor, eine Größe, die von außen kommend in die Wirtschaft hineingetragen werden muß. Dabei verhehlt er nicht, daß der Erfindung eine wesentliche Bedeutung zukommt. Bei der Analyse der von außen auf das Wirtschaftssystem einwirkenden Faktoren kommt er zu der Feststellung: „Eine nicht geringe Förderung erfährt der wirtschaftliche Fortschritt dadurch, daß ihm Mittel und Werkzeuge ... vor allen Dingen die technische Erfindung ...“<sup>32</sup> zur Verfügung gestellt werden. Diese technische Erfindung – in das Wirtschaftssystem integriert – führt infolge gesteigerter Arbeitsproduktivität zu einer wirtschaftlichen Überlegenheit. Dabei verweist er auf die Notwendigkeit, daß die infolge der Neuerung hergestellten Produkte „auf dem Markt ihre Absatzfähigkeit erweisen“ müssen. Im Grunde genommen betrachtete Mitscherlich hier den gesamten Innovationsprozeß ähnlich wie Sombart.

Nun läßt Mitscherlich den Unternehmer eingreifen, indem er diesem die Aufgabe zuteilt, die technische Erfindung in das Wirtschaftssystem einzuführen und ihre Resultate auf den Markt zu bringen, d. h., um mit dem heutigen bürgerlichen Vokabular zu sprechen, als „Innovator“ tätig zu sein. „Für das Zustandekommen des wirtschaftlichen Fortschritts ist das Wirken genialer und talentvoller Menschen gradeso charakteristisch wie für den Fortschritt in Kunst und Wissenschaft.“<sup>33</sup>

Seine Argumentation in bezug auf den Unternehmer als Träger des [37] technischen Fortschritts ist dabei weniger absolut zu verstehen als etwa bei Sombart. Mitscherlich schränkt ein, indem er seinen „genialen Unternehmer“ im Rahmen bestimmter objektiver, dem Wirtschaftssystem innewohnender Prozesse wirken läßt. „Und wenn auch die hervorragendsten Vertreter des Unternehmertums als die Leiter und Beherrscher des Wirtschaftslebens, als die Träger des Fortschritts anzusprechen sind, so haben auch sie sich der – dem Wirtschaftsleben innewohnenden – Notwendigkeit unterzuordnen.“<sup>34</sup>

Ungeachtet aller Einschränkungen jedoch, die Mitscherlich vornimmt, bringt seine Auffassung letzten Endes die Situation in der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu Beginn des 20. Jahrhunderts genausowenig zum Ausdruck wie Sombarts oder Schumpeters Argumentation. Mitscherlichs Unternehmertyp ist, wenn auch in abgeschwächter Form, ein weiterer Versuch der bürgerlichen Ideologie, über die Schaffung einer Elitetheorie das Image der Unternehmer aufzuwerten.

Es sei aber vermerkt, daß Mitscherlich bei einer Reihe von grundlegenden Aussagen zum wirtschaftlichen Fortschritt eine realistischere Position einnimmt als seine vulgärökonomischen Kollegen, die in wesentlich direkterer Form den Unternehmer verherrlicht haben. Was allerdings die innovations-theoretischen Wurzeln bürgerlichen ökonomischen Denkens angeht, so hat Mitscherlich kaum neue Erkenntnisse gewonnen und ist in dieser Hinsicht über Sombart nicht hinausgegangen.

Dieser Schritt gelang erst Schumpeter mit seinen Auffassungen zur Innovation in seiner Arbeit „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“.<sup>35</sup>

Ausgangspunkt seiner Betrachtungen ist, wie bei den vorangegangenen Vertretern, die dynamische Entwicklung des Kapitalismus. „Entwicklung in unserem Sinn ... ist eine besonders praktisch und gedanklich unterscheidbare Erscheinung, die nicht vorkommt unter den Erscheinungen des Kreislaufs oder der Gleichgewichtstendenz, sondern nur wie eine äußere Macht in sie hineinwirkt. Sie ist die Veränderung der Bahn, in welcher sich der Kreislauf erfüllt, im Gegensatz zur Kreislaufbewegung, die Verschiebung des Gleichgewichtszustands im Gegensatz zum Vorgang der Bewegung nach einem Gleichgewichtszustand.“<sup>36</sup>

Der Hauptinhalt der Schumpeterschen dynamischen Entwicklungstheorie sind die ständigen „Konjunkturschwankungen“, die nach seiner Auffassung durch den „dynamischen Unternehmer“ hervorgerufen werden. Schumpeter wollte seine Thesen zur Entwicklung des [38] Kapitalismus in erster Linie als Ergänzung der Gleichgewichtstheorie verstanden wissen. Die Konjunkturschwankungen faßt er als Störungen des Gleichgewichts auf.

---

<sup>32</sup> Ebenda.

<sup>33</sup> Ebenda, S. 172.

<sup>34</sup> Ebenda, S. 165.

<sup>35</sup> J. A. Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Berlin(West) 1952.

<sup>36</sup> Ebenda, S. 98.

Sein Ausgangspunkt war dabei das Krisenproblem, das die meisten bürgerlichen Theoretiker, die sich mit der wirtschaftlichen Entwicklung und Wachstumsfragen in der Zeit bis zum zweiten Weltkrieg beschäftigten, zwangsweise fesseln mußte. Schumpeter beantwortete die Frage nach den Konjunkturschwankungen, indem er sie als Folge der „Durchsetzung neuer Kombinationen“ der Produktionsfaktoren charakterisiert. Für ihn sind dabei fünf Fälle zu unterscheiden, in denen die neuen Kombinationen Realität werden:<sup>37</sup>

1. Herstellen eines neuen Gutes oder Herstellen eines bekannten Gutes in neuer Qualität;
2. Einführung einer neuen, in dem betreffenden Industriezweig noch nicht bekannten Produktionsmethode;
3. Erschließung eines neuen Absatzmarktes, egal ob dieser vorher bekannt war oder nicht;
4. Eroberung einer neuen Bezugsquelle von Rohstoffen oder Halbfabrikaten;
5. Durchführung einer Neuorganisation, etwa die Schaffung oder Durchbrechung eines Monopols.

So unterschiedlich diese Fälle ihrem Inhalt nach sind, gemeinsam ist ihnen, daß sie den Gesichtspunkt der Neuheit enthalten. Für Schumpeter war die Neuheit das entscheidende Kriterium zur Bestimmung der Innovation. Mit dieser Klassifikation hat er als erster bürgerlicher Ökonom versucht, die Möglichkeiten der Realisierung von Innovationen zu erfassen. Das Primat in dieser Klassifikation kommt dabei nach Schumpeter der Einführung neuer Güter und neuer Produktionsmethoden zu. Er ist damit auch der erste bürgerliche Theoretiker, der eine klare Unterteilung in Produktinnovationen (Fall 1) und Prozeßinnovationen (Fall 2) vorgenommen hat. Doch auch die anderen Fälle werden unter Zugrundelegung Schumpeterschen Gedankengutes auf Wirkungen des technischen Fortschritts bzw. der Innovationen zurückgeführt.

Für den Fall der Erschließung eines neuen Marktes gibt es nur zwei Möglichkeiten zur Realisierung. Die Aggressivität mit militärischen Mitteln schließt Schumpeter aus und orientiert damit die Bourgeoisie auf die Eroberung neuer Märkte durch Zurückdrängen der den Markt beherrschenden Kräfte, also auf ökonomische Aggression und Expansion. Dies ist im wesentlichen nur durch neue Erzeugnisse möglich bzw. durch solche Erzeugnisse, die über bessere Eigenschaften als die gegenwärtig auf dem Markt befindlichen verfügen. Damit orientiert Schumpeter auch in diesem Fall auf das Durchsetzen des technischen Fortschritts, wobei die dominierende Rolle der Produkt- und Prozeßinnovation deutlich wird. Im Grunde genommen läuft die Schumpetersche Argumentation auf nichts anderes hinaus als auf die Forderung, erweiternde Produkt- oder Prozeßinnovationen durchzusetzen. Er hebt damit die Notwendigkeit der Verdrängung der Konkurrenz als ein wesentliches Ziel der Innovation hervor und „begründet“ zugleich theoretisch den Konkurrenzkampf und die ökonomische Expansion des Kapitals.

Der vierte Fall, Eroberung einer neuen Bezugsquelle von Rohstoffen oder Halbfabrikaten, ist in zwei Richtungen zu betrachten. Einmal kann es sich darum handeln, Rohstofflagerstätten auszubeuten, die vorher auszubeuten nicht möglich war, da die technischen Voraussetzungen fehlten bzw. für diese Rohstoffe noch keine Verwendungsmöglichkeit geschaffen war. Zum zweiten kann es sich um die Anwendung von Halbfabrikaten als Substitut für einen bisher gebrauchten Arbeitsgegenstand handeln, der weniger gute Eigenschaften aufzuweisen hat. In beiden Richtungen wäre das Ergebnis wiederum nur durch eine Innovation zu erreichen. Zugleich können beide Voraussetzungen für neue Innovationen sein (insbesondere was die zweite Richtung betrifft).

Der Fall fünf scheint nun zunächst wenig mit technischem Fortschritt und Innovation in Verbindung zu stehen. Betrachtet man jedoch Schumpeters Monopolauffassung, so ändert sich dies sofort. Für Schumpeter ist vor allem derjenige ein Monopolist, der für eine gewisse Zeit mittels technischen Fortschritts seinen Konkurrenten überlegen ist. Wer also eine Monopolstellung schafft oder durchbricht, muß sich unbedingt des technischen Fortschritts, der Innovation bedienen.

Die Klassifikation der Innovation durch Schumpeter zeigt, daß die bürgerliche Ökonomie auf diesem Gebiet einen gewissen kontinuierlichen Erkenntniszuwachs zu verzeichnen hatte, der sich auch in der Folgezeit fortsetzte. Die Notwendigkeit dazu ergab sich aus dem Verlangen der Monopolbourgeoisie

---

<sup>37</sup> Ebenda, S. 100 f.

nach wirtschaftspolitischen Rezepten und Hinweisen, die ihren Profitinteressen dienten und damit der Kapitalverwertung. Dieser Erkenntniszuwachs ist jedoch kein geradliniger Prozeß, sondern infolge des Wirkens der politisch-ideologischen Funktion der bürgerlichen Ökonomie sehr widerspruchsvoll und vom Ergebnis her begrenzt.

Bei Schumpeter zeigt sich dies insbesondere in seiner Auffassung über die Rolle der Erfindung im Innovationsprozeß. Zunächst ver-[40]weist er darauf, daß die Erfindung und die Innovation zwei verschiedene Kategorien sind und daß die Erfindung nur dann einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung leistet, wenn sie in den Innovationsprozeß eingebettet ist; nach Schumpeters Auffassung ist dies jedoch ein Sonderfall, der nicht typisch ist für die wirtschaftliche Entwicklung. Diese These glaubt er dann mit Beispielen aus dem 19. Jahrhundert abstützen zu können.

Es ist jedoch gerade für das beginnende 20. Jahrhundert typisch, daß die Zahl der Erfindungen zunimmt, daß sie Ausgangspunkt von Innovationen sind. Lenin verwies auf die große Bedeutung, die der Erfindung im Monopolkapitalismus zukommt. „Auch andere als die obengenannten Trusts beschäftigen sog. developing engineers (Entwicklungsingenieure), welche die Aufgabe haben, neue Herstellungsverfahren zu erdenken und technische Verbesserungen auszuprobieren. Der Stahltrust zahlt seinen Ingenieuren und Arbeitern hohe Prämien für Erfindungen, welche geeignet sind, den technischen Gütegrad eines Betriebes zu steigern oder die Gestehungskosten zu erniedrigen.“<sup>38</sup>

Hier wird deutlich, welche Rolle der Erfindung als Ausgangspunkt für eine Innovation zukommt. Schumpeter hat dies nicht sehen wollen, denn sie paßte nicht in sein Konzept, das auf die Verteidigung des Unternehmers als Träger der Innovation gerichtet war. Für Schumpeter war die Innovation diesem Ziel untergeordnet. Es kam ihm vor allem darauf an, die Apologetik des Unternehmers möglichst überzeugend vorzutragen. Zu diesem Zweck hat Schumpeter auch seine nachfolgenden Werke auf den Grundlagen, die er in der „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“ gelegt hatte, aufgebaut, wie er überhaupt alle späteren Werke nur als Ergänzung seiner ursprünglichen Auffassung gesehen haben will. Insbesondere in den „Konjunkturzyklen“ (1939) vertieft Schumpeter in einigen Richtungen seine Auffassungen zur Innovation, so daß dort bereits erste Ansätze der Unterscheidung in Basisinnovation und Folgeinnovation festzustellen sind. Der Grundtenor bleibt aber auch hier, daß der Unternehmer Träger der Innovation und folglich jeden Fortschritts sei.

Solche „Unternehmertheorien“ sind an sich nicht neu, denn bereits Sombart und Mitscherlich versuchten, den Unternehmer als Träger des Fortschritts zu glorifizieren. Dennoch muß an dieser Stelle auf die Schumpetersche Unternehmerauffassung näher eingegangen werden, da sie einige neue Aspekte beinhaltet, die sie in gewissem Maße über alle vorangegangenen hinausheben und für die gegenwärtige Apologetik besonders attraktiv machen.

[41] Zunächst faßt Schumpeter den Unternehmer als Wirtschaftssubjekt auf, dessen „Funktion die Durchsetzung neuer Kombinationen ist und (der) dabei das aktive Element“ darstellt.<sup>39</sup> Der Unternehmer zeichnet sich dabei durch seine Führerschaft aus, die darin besteht, daß er mittels Intellekt, Willenskraft usw. seine wichtigste Funktion wahrnimmt, die Durchführung von Innovationen. Für Schumpeter ist die Führungsfunktion hierbei wichtiger als die Eigentümerfunktion. „Eigentum am Betrieb – oder überhaupt irgendwelches ‚Vermögen‘ — ist für uns kein wesentliches Merkmal.“<sup>40</sup> Diese Argumentation war von besonderer Bedeutung für die Verteidigung des Unternehmers und ist es heute in bezug auf die Rolle der Manager.<sup>41</sup> Hier liegt der wesentliche Grund für die Vorzugsstellung, die Schumpeters Konzept vom Unternehmer in der bürgerlichen Ökonomie und in den Auffassungen der Unternehmervverbände einnahm und einnimmt, da seine Unternehmer „keine Klasse im Sinne der sozialen Erscheinung (sind), die man im Zusammenhang mit ‚Klassenbildung‘, ‚Klassenkampf‘ usw. meint. Die Erfüllung der

<sup>38</sup> W. I. Lenin, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, a. a. O., S. 208

<sup>39</sup> J. A. Schumpeter, *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, a. a. O., S. 111.

<sup>40</sup> Ebenda, S. 112.

<sup>41</sup> Vgl. J. Burnham, *Das Regime der Manager (The Managerial Revolution)*, Stuttgart 1951.

D. M. Gvišiani hat die Apologetik in der daraus entwickelten Theorie des Managements einer umfassenden marxistisch-leninistischen Kritik unterzogen: Vgl. D. M. Gvišiani, *Management – Eine Analyse bürgerlicher Theorien von Organisation und Leitung*, Berlin 1973, S. 231 ff. und 253 ff.

Unternehmerfunktion schafft klassenmäßige Positionen für den erfolgreichen Unternehmer und die Seinen, ... aber sie bedeutet an sich ebensowenig eine Klassenposition, als sie eine voraussetzt.“<sup>42</sup>

Der Schumpetersche Unternehmer ist demnach ein „klassenloses Wesen“, das sich aus allen sozialen Klassen und Schichten rekrutiert. In den „Konjunkturzyklen“ hat Schumpeter diese These dann auch explizit formuliert: „Es ist eine historische Tatsache, daß Unternehmer aus allen Klassen hervorgehen, die zur Zeit ihres Auftauchens gerade bestehen. Ihre Stammbäume zeigen die verschiedensten Ursprünge – Arbeiterschaft, Aristokratie, Freie Berufe, Bauern und Grundbesitzer, Handwerker, alle haben Anteil an der Bildung eines Typus, der soziologisch nicht einheitlich ist.“<sup>43</sup>

Im Gegensatz zu Schumpeter erscheint der Unternehmer bei Mitscherlich und besonders bei Sombart als der „Erfolgs-Kapitalist“. Sombart verlieh dem Ausdruck, indem er feststellt, „daß die treibende Kraft im kapitalistischen Wirtschaftsprozeß das Interesse des Unternehmers an seinem Geschäft, die Sorge um das Wohlergehen der Unternehmung ist“.<sup>44</sup>

Während bei Schumpeter das Unternehmen erst Ergebnis der schöpferischen Tätigkeit des Unternehmers ist, richtet sich das Handeln des Sombartschen Unternehmers auf die Erhaltung und Vergrößerung seines Unternehmens. Schumpeter verringerte mit seiner Unternehmerauffassung die Angriffsfläche, die solch eine „Elite-Theorie“ immer bietet, und hatte damit „eine theoretisch goldene [42] Brücke (zum) Kleinbürgertum geschlagen, eine Brücke, die bis hinüber zu den Rechtssozialisten reichte und die seitens dieser Kreise auch betreten wurde“.<sup>45</sup> Folglich war seine Theorie besonders gut für die Apologetik des Monopolkapitalismus geeignet, denn nach Schumpeter kann jeder Unternehmer werden, der über die Voraussetzungen dafür verfügt, d. h., er muß eine „Führernatur“ besitzen. Unternehmer zu sein wird als eine Gabe der Natur erklärt. Wer die Voraussetzungen hat, wird Unternehmer, wer nicht, wird eben keiner. Mit der Gesellschaftsordnung hat das gar nichts zu tun, meint Schumpeter. Unternehmer gäbe es im Kapitalismus ebenso wie im Sozialismus. Schumpeter gelingt es jedoch trotz aller apologetischen Einfälle nicht, zu bemänteln, worum es ihm einzig und allein geht: nämlich um die Verteidigung des Monopolkapitalismus.

Um seine Apologetik abzurunden, bemüht er sich noch um eine „Widerlegung“ der kapitalistischen Ausbeutung und eine Erklärung der Krisen. Beide Versuche stützen sich auf die Innovationsauffassung und die Thesen zum Unternehmer. Das Thema Ausbeutung versucht Schumpeter mit seiner Theorie vom Unternehmergewinn zu widerlegen, und er will „beweisen“, daß Ausbeutung eine marxistische Erfindung sei. Seine Gedankengänge sind dabei folgende: Der einzig mögliche Gewinn, so argumentiert Schumpeter, der in der „dynamischen Gesellschaft“ entstehen kann, ist der Unternehmergewinn. Dieser entsteht, da der Unternehmer über besondere Fähigkeiten verfügt und diese in der Wirtschaft zur Geltung bringt, indem er neue Kombinationen durchsetzt. „Er (der Unternehmergewinn) ist der Preis, mit dem in der kapitalistischen Gesellschaft erfolgreiche Innovation bezahlt wird, und ist seinem Wesen nach zeitlich beschränkt.“<sup>46</sup> Damit gehört der Unternehmergewinn dem Unternehmer als „Lohn“ seiner Arbeit und ist durchaus nicht Ergebnis der Ausbeutung. Wenn also außer dem Unternehmergewinn kein Gewinn weiter zu verzeichnen ist, so ist auch niemand ausgebeutet worden; jeder erhält nur seinen Anteil.<sup>47</sup> Soweit die Gedankengänge Schumpeters, der mit dieser

---

<sup>42</sup> J. A. Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, a. a. O., S. 116.

<sup>43</sup> J. A. Schumpeter, Konjunkturzyklen, Bd. 1, Göttingen 1961, S. 112.

<sup>44</sup> W. Sombart, Der kapitalistische Unternehmer, a. a. O., S. 706.

<sup>45</sup> K. Braunreuther, Der moderne Bourgeoisozialismus des Joseph Alois Schumpeter, in: Wirtschaftswissenschaft, 3/1957, S. 422.

<sup>46</sup> J. A. Schumpeter, Konjunkturzyklen, a. a. O., S. 113.

<sup>47</sup> Wie aktuell diese These auch in der Gegenwart noch ist, beweisen zahlreiche Schriften und insbesondere ihre Verbreitung von der Schulbank an. So wird beispielsweise in den „Wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Grundinformationen“, herausgegeben von der „Bundesarbeitsgemeinschaft Schule – Wirtschaft“, als „Sachinformation“ erklärt: „Der Unternehmer strebt jedoch nicht nur einen kostendeckenden Preis an, sondern darüber hinaus einen Überschuß der Preise über die Kosten. Diesen Überschuß kann man als Unternehmergewinn bezeichnen.“

Vgl.: Th. Brinkmann, Unternehmensgewinn – Motor des Fortschritts oder Ausbeutung?, in: Wirtschafts- und gesellschaftspolitische Grundinformationen, Köln, 9/1976.

Eine Erklärung des Begriffs „Ausbeutung“ fehlt völlig.

flachen vulgärökonomischen Theorie auf die Produktionsfaktorentheorie von J. B. Say zurückgeht. Dabei zeigt sich, daß der Schumpetersche Unternehmergewinn nichts anderes ist als eine vulgärökonomische Deutung des Extramehrwerts und daß Schumpeter weder das Wesen der Ausbeutung noch das Wesen der Mehrwertproduktion verstanden hat.

Nachdem er das Nichtvorhandensein der Ausbeutung „bewiesen“ hat, gibt er noch eine „Erklärung“ der „periodischen Konjunkturschwankungen“ (Theorie der Krisen), die in bezug auf die Entstehung [43] der Krisen einer gewissen Originalität nicht entbehrt. Der Krisenzyklus ist nach Schumpeter nicht Ergebnis des spontanen Wirkens der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus, der Nichtbeherrschung der Elemente des Produktionsprozesses, sondern findet seine Erklärung in den Unternehmern und der Innovation. Die Unternehmer treten scharenweise auf, und es kommt zu einem Prozeß der Einpassung des Neuen und der Anpassung der Volkswirtschaft an das Neue, der Liquidation.. . Dieser Prozeß ist das Wesen der periodischen Depression ...“<sup>48</sup> Da aber, so meint Schumpeter, das Neue oder die neuen Kombinationen für die wirtschaftliche Entwicklung und damit für den Fortschritt notwendig sind, muß man die Krise hinnehmen. Und er stellt befriedigt fest: „In der Depression steigt die Kaufkraft der Lohneinheit“ und ist „... das Realeinkommen der Arbeiterschaft noch immer höher, nicht nur als im vorhergegangenen näherungsweise Gleichgewichtszustand, sondern auch als im Aufschwung“.<sup>49</sup>

Diese Auffassung ist so unrealistisch und konstruiert, daß selbst bürgerliche Theoretiker sie heute gern „übersehen“, wenn sie sich mit den aktuellen Krisenerscheinungen und Vorschlägen zu ihrer Überwindung beschäftigen und dabei auf Schumpeter zurückgreifen. Das Bemühen Schumpeters, mit allen Mitteln seine Unternehmerapologetik zu stützen und auszubauen, ist bemerkenswert. Es zeigt sich, daß selbst ein bürgerlicher Theoretiker wie Schumpeter, den wir zu Recht als einen der intelligenten und darum nicht immer leicht zu durchschauenden Apologeten bezeichnen, in seinen Auffassungen Gedanken verarbeitet, die zu den flachsten der Vulgärökonomie gehören. Ihm war jedes Mittel und jeder Weg recht, um möglichst wirkungsvoll seine Gesamtkonzeption vorzutragen. Darunter litt zwangsläufig die Herausarbeitung pragmatischer Orientierungen. Es kann deshalb Helmstädter zugestimmt werden, wenn er im Hinblick auf die wirtschaftspolitische Bedeutung der Schumpeterschen Auffassung feststellt: „Fragen wir uns, was uns Schumpeters Innovationstheorie heute noch zu bieten hat, so führt die Antwort kaum über die Feststellung hinaus, daß eben Innovationen eine Grundvoraussetzung wachsender Wirtschaften sind.“<sup>50</sup> Diese Einschätzung trifft in gleichem Maße auf Sombart und Mitscherlich zu. Dabei bleibt jedoch zu berücksichtigen, daß sowohl Schumpeter als auch Sombart und Mitscherlich den realen Prozeß der stürmischen technischen Entwicklung im Monopolkapitalismus als Basis für ihre wichtigsten Thesen nahmen, um ihren Auffassungen zumindest einen Schein von Realitätsbezogenheit zu geben. Das Schwergewicht ihrer Gedanken lag [44] aber nicht auf dem Erteilen tiefgreifender Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung des Kapitalismus, so daß die Bedeutung ihrer Auffassungen für die heutige bürgerliche Ökonomie nicht in erster Linie in wirtschaftspolitischen Orientierungen zu suchen ist. Von Bedeutung ist vielmehr die politisch-ideologische Funktion, die Unternehmerapologetik, wenngleich diese auch in bürgerlichen Kreisen keinen ungeteilten Beifall erhalten hat und einer z. T. überzeugenden Kritik unterzogen wurde (z. B. von Sweezy, Schätzle, Redlich u. a.). Trotz dieser Einschränkung ist sie heute wieder von großer Bedeutung, die mit der wachsenden Kritik realistischer Kreise an der „Managerherrschaft“ und der Selbstherrlichkeit des Unternehmertums zunimmt.

Die Kritik am Unternehmer als Repräsentant des Privateigentums erfordert somit eine verstärkte Apologetik von seiten der bürgerlichen Ideologie.

Eine führende Rolle bei der Verteidigung des Unternehmers nahmen und nehmen die Unternehmerverbände ein. Der ehemalige Vorsitzende der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) Otto A. Friedrich leitete die ideologische Gegenoffensive der Monopole Ende der sechziger Jahre vor allem damit ein, daß er eine stärkere Orientierung auf den Kapitalismus verlangte, d. h., die

<sup>48</sup> J. A. Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, a. a. O., S. 362.

<sup>49</sup> Ebenda, S. 362 f.

<sup>50</sup> E. Helmstädter, Die Innovation als Element der wirtschaftlichen Expansion, in: Innovation in der Wirtschaft, München 1970, S. 21.

Bourgeoisie verlangte eine Manipulierung der Bevölkerung, bei der stärker die angeblichen „Vorzüge“ des kapitalistischen Systems betont werden sollten.

Ein wesentlicher Gesichtspunkt hierbei ist das praktische Scheitern der Konvergenztheorie. Diese hatte sich für die Monopolbourgeoisie als zweischneidiges Schwert erwiesen. Der Grundgedanke der Konvergenztheorie, das Konvergieren der beiden Systeme – Sozialismus und Kapitalismus —, erforderte eine weitgehende Negierung der bestimmenden Rolle der Eigentumsverhältnisse durch die Ideologen des Kapitals und folglich eine Negierung des Unternehmers als personifiziertes Kapital. Nachdem die ideologische Zielstellung dieser Theorie nicht erreicht wurde, die Initiative in der ideologischen Auseinandersetzung in den Händen des Sozialismus verblieb, erkannte die Monopolbourgeoisie die Gefährlichkeit der Negierung der bestimmenden Rolle der Eigentumsverhältnisse für ihre Machtposition und begann darum auch ihre „gesellschaftspolitische Auferstehung“ mit der Apologetik des Privateigentums. „Der zentrale gesellschaftspolitische Angriff richtet sich heute gegen das Privateigentum an Produktionsmitteln. Dieses Eigentum ist der Eckpfeiler einer freien Ordnung.“<sup>51</sup> Friedrich argumentiert weiter, daß die für eine „freie [45] Marktwirtschaft“ notwendige Risikobereitschaft des Unternehmers mit der Negierung der Rolle des Privateigentums verlorengehe. Einige Theoretiker, so meint Friedrich, versuchten hierfür Ersatzimpulse anzubieten. „Galbraith bietet ihn an in Form der Technostruktur, einer anonymen Verbindung von wissenschaftlichem Knowhow, politischem Staatsinteresse, öffentlichen Investitionen und den entsprechenden Wirkungen eines auf Erhaltung des Produktionspotentials bedachten Managements. Über die eigentliche Triebfeder, die unterhalb der Technostruktur wirkt und Impulse gibt, sagt er nichts. Ähnlich ergeht es auch anderen Utopien, die glauben, in einem freien System könne man auf die Funktion des privaten Unternehmers und auf die wirtschaftlichen Initiativen selbst verzichten.“<sup>52</sup>

Es besteht kein Zweifel daran, daß die hier von Friedrich angesprochene Auffassung von Galbraith nur Oberflächenerscheinungen und in keiner Weise die objektiven Entwicklungsprozesse widerspiegelt. Zu vermerken bleibt jedoch, daß Theoretiker wie Galbraith in ihren Auffassungen an objektive Prozesse und Erscheinungen – wie zum Beispiel die wachsende Bedeutung des wissenschaftlich-technischen Personals im Produktionsprozeß – anknüpfen, wenn sie diese auch zum Teil verzerrt und undialektisch wiedergeben.

Wie ist dagegen die Position Friedrichs zu bewerten? Seine Alternative – die tragende Rolle des Unternehmers – ist Utopie und ignoriert bewußt die objektive Realität, die darin besteht, daß die Lohnarbeiter des Kapitals im weitesten Sinne – einschließlich der Intelligenz – den technischen Fortschritt tragen.

Ähnlich wie Friedrich argumentierte auch sein Nachfolger im Amt, der ehemalige BDA-Vorsitzende Hanns M. Schleyer, indem er den Unternehmer als Träger des Fortschritts glorifizierte. „Wir werden auch weiterhin die private Eigentumsordnung und die Spielräume für unternehmerische Privatinitiative nachhaltig verteidigen. Sie ist eine wichtige Basis für Freiheit, Leistung und Fortschritt. Wir werden energisch Front machen gegen jeden Versuch, die Entscheidungsfähigkeit der Unternehmer und Eigentümer weiter einzuschränken.“<sup>53</sup>

Dieser von Schleyer gegen die Gewerkschaften gerichtete Angriff verdeutlicht, schärfer noch als bei Friedrich, die bourgeoise Zielstellung der Unternehmer- und Eigentumsapologetik. Bemerkenswert ist dabei die Konsequenz, mit der die Apologetik betrieben wird. „An der Eigentumsfrage scheiden sich nicht nur die Geister, sondern auch die Systeme. Die These von der Konvergenz ist deshalb ein Widerspruch in sich selbst.“<sup>54</sup>

Die Bourgeoisie ist sich offensichtlich bewußt geworden, daß sie [46] die Manipulation der Werk-tätigen ihrer Länder stärker als bisher auf die Verteidigung ihrer Machtpositionen richten muß, daß sie versuchen muß, in der Auseinandersetzung mit ihren Kritikern offensiv zu werden.

---

<sup>51</sup> O. A. Friedrich, Unternehmerpolitik – kapitalistisches Reizklima, in: Der Arbeitgeber, Düsseldorf, 22/1971, S. 936.

<sup>52</sup> Ebenda.

<sup>53</sup> H. M. Schleyer, Für Stabilität selbst verantwortlich, in: Der Arbeitgeber, a. a. O., 10/1977, S. 433.

<sup>54</sup> O. A. Friedrich, Unternehmerpolitik – kapitalistisches Reizklima, a. a. O., S. 936.

Insbesondere unter den Bedingungen der gegenwärtigen zyklischen Krise und der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus wird dies für sie notwendig und in ihrer Argumentation auch deutlich. Ernst zu nehmender Ausdruck dafür ist auch die Erklärung der „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ zu gesellschaftspolitischen Grundfragen, die Ende 1974 von der Mitgliederversammlung dieser Unternehmerorganisation beschlossen wurde.<sup>55</sup> Das gegenwärtige und künftig notwendige Verhalten der Unternehmer wird hier in drei Schwerpunktkomplexen festgeschrieben: Danach geht es, wie es im Vorwort heißt, darum, „... die gesellschaftspolitischen Entwicklungslinien auszuloten, das vorhandene *Theoriedefizit* aufzuarbeiten (Hervorhebung – *d. Verf.*) und ein gesellschaftliches Ordnungsbekanntnis der Unternehmer zu formulieren, das den Rahmen für ihr sozial- und gesellschaftspolitisches Handeln in der Zukunft absteckt“.<sup>56</sup>

Dem entspricht eine wahre Flut apologetischer Schriften, mit der die öffentliche Meinung zugunsten der Unternehmer beeinflusst werden soll.<sup>57</sup>

Den Auftrag, an die „Front der Öffentlichkeit“ zu gehen, formuliert ein Unternehmervertreter wie folgt: „Wir müssen davon ausgehen, daß der Unternehmer seine Führungsrolle nur rechtfertigen und bewahren kann, wenn seine Interessen ein Spiegelbild der Interessen der Gesellschaft sind. Daß das so ist, gilt es durch das eigene Verhalten zu demonstrieren und zugleich im Dialog mit der Öffentlichkeit überzeugend darzustellen. Dann werden nicht nur die Kritiken am marktwirtschaftlichen System und an der unternehmerischen Leistung weitgehend ins Leere stoßen.“<sup>58</sup>

In ähnlicher Weise argumentiert der ehemalige Vorsitzende des BDI Berg, der von den Unternehmern verlangt, daß sie in die ideologische Offensive gehen und dabei nicht nur die Kritik an ihnen zurückweisen, sondern zugleich für die „Leistungsgesellschaft“ wirken und dabei ihre überragenden Führeigenschaften einsetzen.<sup>59</sup>

In diesen Auffassungen kommen, wenn auch nicht immer vordergründig, die unwissenschaftlichen „Theorien“ Sombarts, Mitscherlichs und Schumpeters zum Ausdruck. Nicht immer tritt dabei der apologetische Charakter so deutlich hervor wie etwa bei Streißler, der die kapitalistische Gesellschaft als Gesellschaft der Fähigsten bezeichnet. [47] „Die Leistungsgesellschaft ist von Vorteil vor allem für die Fähigen, sie dient der Entfaltung von Verantwortungsbewußtsein, von Führerpersönlichkeiten. Die Leistungsgesellschaft ist eine Gesellschaft der ‚Besten‘ und für die ‚Besten‘, genauer der Bestleistenden. ... Die Leistungsgesellschaft dient aber auch einer Gerechtigkeitsidee, der Chancengleichheit des wirtschaftlichen und sozialen Aufstiegs wie des Abstiegs.“<sup>60</sup>

Gegenwärtig wird die Unternehmerapologetik offensichtlich in zwei Richtungen betrieben. Die Argumentation von Streißler, deren „theoretische“ Grundlagen in den Auffassungen Schumpeters liegen, ist charakteristisch für die Richtung, die den Unternehmer als klassenloses Wesen glorifiziert und sich damit einen breiten Spielraum zu verschaffen sucht, während die zweite – an Sombart und Mitscherlich orientierte – Unternehmerrichtung den Unternehmer als personifiziertes Kapital betrachtet und entsprechend verteidigt. Diese zweite Richtung hat, insgesamt gesehen, gegenwärtig offensichtlich den Vorzug erhalten, da sie das Privateigentum an den Produktionsmitteln als Grundlage des Kapitalismus direkt verteidigt und diese Verteidigung den Unternehmern aus den bereits erwähnten Gründen gegenwärtig notwendiger erscheint. Typisch für diese direkte Verteidigung sind die Auffassungen der bereits zitierten ehemaligen Vorsitzenden der Arbeitgeberverbände Friedrich und

<sup>55</sup> Vgl. Erklärung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zu gesellschaftspolitischen Grundfragen, Köln 1974.

<sup>56</sup> Ebenda, S. 7.

<sup>57</sup> Vgl. H. M. Schleyer, Das soziale Modell, 1973; H. Kohl, Zwischen Ideologie und Pragmatismus, 1973; H. Dichgans, Die Welt verändern – Reform oder Revolution, 1974; J. Ponto, Wirtschaft auf dem Prüfstand, 1975; R. Barzel, Es ist noch nicht zu spät, 1976; H. J. Abs, Lebensfragen der Wirtschaft, 1976; G. Baur u. a., Unternehmerstrategie im Wandel, Schriftenreihe Führung und Organisation der Unternehmung, Bd. 24, Bern/Stuttgart 1976; H. B. Giese!, Unternehmungswachstum und Wettbewerb, Baden-Baden 1975.

<sup>58</sup> W. Oehme, An die Front der Öffentlichkeit, in: Der Arbeitgeber, Düsseldorf 1976, S. 609.

<sup>59</sup> F. Berg, Unternehmer – Marketing für unsere Wirtschaftsordnung, in: Der Arbeitgeber, Düsseldorf 1972, Nr. 6, S. 224 f.

<sup>60</sup> G. Streißler, Diskussionsbeitrag auf dem Kongreß des Arbeitgeberverbandes, in: Der Arbeitgeber, Düsseldorf 24/1971, S. 1095.

Schleyer. Dazu sind aber auch eine ganze Anzahl von bürgerlichen Ökonomen zu zählen, von denen hier stellvertretend der Arbeitskreis HAX der Schmalenbach-Gesellschaft erwähnt werden soll. Die Argumentation dieses Arbeitskreises richtet sich in erster Linie auf die Hervorhebung der angeblich entscheidenden Rolle des Unternehmers als Innovator, indem behauptet wird, daß der Unternehmer nur Erfindungen realisiert, die wirtschaftlich möglich sind, „denn Erfinder sind, gerade weil sie von ihrer technischen Idee besessen sind, meist wenig geeignet, ihre Idee in der technischen und wirtschaftlichen Wirklichkeit zu realisieren“.<sup>61</sup> Diese Auffassung ist die beinahe wörtliche Wiedergabe der Gedanken Sombarts, der bereits sechzig Jahre zuvor feststellte: „Als Erfinder-Unternehmer fühlt er (der Unternehmer) sich nun nicht befriedigt wie der reine Erfinder, wenn er eine Erfindung gemacht hat: es treibt ihn, ihr in tausendfältiger Gestalt Leben zu verleihen.“<sup>62</sup> Nicht die Erfindung, sondern deren wirtschaftliche Umsetzung, nicht die Invention, sondern die Innovation im engeren Sinne sowie die Diffusion sind das Werk, welches den Unternehmer als solchen auszeichnet.

Genau diese These ist es, die heute von der Mehrzahl der bürger-[48]lichen Ideologen vertreten wird, wenn sie auf die Bedeutung des Unternehmers zu sprechen kommt. Hier zeigt sich ähnlich wie in der Argumentation, die an Schumpeter orientiert ist, der Vulgarismus der bürgerlichen Ökonomie in besonders krasser Weise.

An dieser Feststellung ändern auch die Versuche nichts, die darauf abzielen, entsprechend den staatsmonopolistischen Bedingungen, die Verteidigung des Unternehmers mit der wirtschaftspolitischen Rolle des Staates zu verbinden. Dabei erhält der Staat die Funktion der Erweiterung und Sicherung der Betätigungsräume des Unternehmers, d. h. im Klartext, daß der Staat in stärkerem Maße als bisher das mit der Innovation verbundene Risiko tragen soll, während die Unternehmer sich den Profit aneignen. So billigt Friedrich bei seiner Verteidigung der „freiheitlichen Marktordnung“ dem Staat gewisse Planungsfunktionen zu. „Dazu (zur Verteidigung der freien Marktwirtschaft) benötigen wir gewiß ein hohes Maß an vorausschauender Planung, von Niveau- und Struktursteuerung durch den Staat. Die Marktwirtschaft ist in diesem Bereich nicht nur ergänzungsbedürftig, sondern auch ergänzungsfähig. Aber ohne die Entfaltungskraft der privaten Unternehmerinitiative geht es dabei nicht.“<sup>63</sup> Ähnlich gelagert war die Argumentation Schleyers, der die Verantwortung des Staates für die Schaffung von Rahmenbedingungen zur Entfaltung der „innovatorischen Kräfte“, der Unternehmer als Innovatoren hervorhob. „Sollen sich die innovatorischen Kräfte entfalten, muß die Politik die entsprechenden Rahmenbedingungen setzen. Das heißt: mehr Sicherheit für privatwirtschaftliche Risikokräfte ...“<sup>64</sup>

Nicht nur bei diesen Argumentationen fällt auf, daß in der Unternehmerapologetik eine Schwerpunktverlagerung erfolgt ist. Untersucht man die Auffassungen zur Rolle des Unternehmers Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre (also in der Zeit, da die BRD-Wirtschaft noch in der Konjunkturschwelge) im Vergleich zur Apologetik des Unternehmers ab Mitte der siebziger Jahre, so wird deutlich, daß sich eine Verlagerung von der pauschalen, mehr oder weniger allgemein gehaltenen Unternehmergeglorifizierung auf das angebliche Kerngebiet „unternehmerischer Tätigkeit“, die Gestaltung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, vollzogen hat. Offensichtlich ist das die Reaktion der Monopolbourgeoisie und ihrer Ideologen auf die Krise des Kapitalismus, insbesondere auf die Krise der staatsmonopolistischen Regulierung und die sich anschließenden Versuche des Staates, durch umfassendere Stützungsmaßnahmen diese Krise zu überwinden, was gleichbedeutend mit einem weiteren Absinken der Bedeutung des Unternehmers ist und damit verschärfter [49] Ausdruck des parasitären Charakters des Imperialismus. Besonders charakteristisch für diese Schwerpunktverlagerung waren Äußerungen Schleyers, der keine Gelegenheit verstreichen ließ, um die tragende Rolle des Unternehmers in bezug auf die Innovation zu betonen. Er orientierte damit die bürgerliche Ökonomie auf eine stärkere Nutzung der Thesen Sombarts und Schumpeters. Gleichzeitig sollte und soll die bürgerliche Ökonomie diese Thesen und den Leitgedanken von Schleyers Unternehmerapologetik mit Argumenten

<sup>61</sup> Arbeitskreis HAX: Arbeitskreis der Schmalenbach-Gesellschaft, zitiert bei: M. R. Felde, Problematik der Innovationsentscheidung industrieller Betriebe, Dissertation, Berlin (West) 1975, S. 25.

<sup>62</sup> W. Sombart, Der kapitalistische Unternehmer, a. a. O., S. 730.

<sup>63</sup> O. A. Friedrich, Unternehmerpolitik – kapitalistisches Reizklima, a. a. O., S. 938.

<sup>64</sup> H. M. Schleyer, Kapital und Arbeit, in: Der Arbeitgeber, 5/1977, S. 148.

und Statistiken versehen, d. h., sie soll der Unternehmerdiskussion einen wissenschaftlichen Anstrich verschaffen.

In diesem Sinne versucht zum Beispiel Felde<sup>65</sup> den Unternehmer als Innovator dahin gehend aufzuwerten, daß er die These vom „lernenden Unternehmer“ aufstellt. Seiner Meinung nach bedarf der Unternehmer eines „Fingerspitzengefühls“, welches ihm anzeigt, ob eine Invention eine Innovation werden kann oder nicht. Dieses „Fingerspitzengefühl“ gilt es für den Unternehmer zu erarbeiten. Gegenwärtig, so führt Felde aus, sind 70 bis 80% aller Aufwendungen für Produktinnovationen Fehlaufwendungen<sup>66</sup>, weil das richtige „Fingerspitzengefühl“ nicht vorhanden sei. Felde argumentiert weiter: „Da Produktinnovationen durch ein hohes Maß an ökonomischer Unsicherheit gekennzeichnet sind, hängt die Bereitschaft, neue Produkte zu entwickeln und einzuführen, vor allem davon ab, wie sich der Einzelne in einer Ungewißheitssituation verhält.“<sup>67</sup>

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Ungewißheitssituation so weit wie möglich durch den wissenden Unternehmer zu beherrschen. Trotz aller apologetischen Einfälle und Versuche, seiner „Theorie“ einen wissenschaftlichen und sachlichen Rahmen zu geben, besagt sie doch nicht mehr, als daß der Unternehmer der Innovator ist, der Träger des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Diese Auffassung ist genau wie die des Arbeitskreises HAX auf dem Niveau Sombarts stehengeblieben und eine Form der Verteidigung und gesellschaftlichen „Aufpolierung“ des Unternehmers.

Weniger modifiziert, dabei mit der gleichen Zielstellung, sind die Auffassungen des Direktors des Instituts für Weltwirtschaft der Universität Kiel, Giersch, der die Rolle des Unternehmers nicht nur zu verteidigen sucht, sondern auf ihre angeblich steigende Bedeutung hinweist. „Die Chancen des Wirtschaftswachstums in der Zukunft liegen für Länder wie die Bundesrepublik in einem technischen Fortschritt auf breiter Front. Denn noch zeichnen sich große neue Industrien, die an die Stelle der traditionsreichen, aber mehr und mehr in Bedrängnis geratenen Branchen treten, nicht ab. Außer Forschern [50] und Ingenieuren brauchen wir dazu mehr noch als in der Vergangenheit wagemutige Unternehmer, die bereit sind, mit technisch Neuem in marktwirtschaftliches Neuland vorzustoßen. Wer in diesem Sinne etwas unternimmt und gegen vielfältige Widerstände durchzusetzen versucht, geht Risiken ein, gegen die man sich nicht versichern kann. Weil man sich nicht versichern kann, braucht die Gesellschaft Unternehmer. Als Anreiz für das Wagnis und als Ausgleich für das Risiko offeriert die Marktwirtschaft den Gewinn.“<sup>68</sup>

Diese unter der Bezeichnung „„Beispiel“ Sowjetunion“ abgefaßte Auffassung ist sowohl in apologetischer als auch in pragmatischer Hinsicht interessant. Sie ist pragmatisch insofern interessant, als hier die Forderung der Monopole nach Entwicklung und Regulierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf allen entscheidenden Gebieten (also keine Beschränkung der Regulierung auf einzelne Gebiete, zum Beispiel Atomforschung) zum Ausdruck kommt.

Die Apologetik dieser Auffassung besteht in erster Linie in der Aufwertung und damit Verteidigung des Unternehmers und des Privateigentums an den Produktionsmitteln (dazu nutzt Giersch verschiedene, von Schumpeter bereits gebrauchte Argumente, wie: Überwinden von Widerständen, Gewinn als Lohn für Innovation). Zugleich kommt im Zusammenhang mit der Überschrift die gesamte Breite und Zielstellung der Unternehmerdiskussion bürgerlicher Prägung zum Ausdruck. In anderen Worten ausgedrückt heißt doch diese Äußerung, daß Fortschritt, Leistung usw. nur unter den Bedingungen des Privateigentums gedeihen könnten und daß der Sozialismus unfähig sei, diesen Fragen Aufmerksamkeit zu schenken, d. h. unfähig, Fortschritt, Leistung usw. zu realisieren. An Stelle einer umfassenden Polemik mit dieser antikommunistischen Auffassung wird hier nur auf die erreichten Fortschritte des Sozialismus verwiesen, die überzeugend diese primitive Äußerung widerlegen.

In den genannten Theorien gelten Leistung, Fortschritt nur als Ergebnis der besonderen „Führungseigenschaften“ des Unternehmers, insbesondere „innovativer Fähigkeiten“. Die Arbeiter, Wissenschaftler,

<sup>65</sup> M. R. Felde, Problematik der Innovationsentscheidung industrieller Betriebe, Dissertation, Berlin(West) 1975.

<sup>66</sup> Ebenda, S. 4 f.

<sup>67</sup> Ebenda, S. 2 f.

<sup>68</sup> H. Giersch, „Beispiel“ Sowjetunion, in: Der Arbeitgeber, Düsseldorf, 13/1975, S. 525.

Techniker usw., die die zum Teil beachtlichen Fortschritte in Wissenschaft und Technik hervorbringen, werden ignoriert, indem sich die Unternehmer deren Arbeitsergebnisse aneignen. Gerade die wirklichen Träger des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sollen deshalb durch die Unternehmerapologetik manipuliert werden. Dabei ist zu vermerken, daß die Ideologen der Bourgeoisie mit einigem, zeitweiligem Erfolg ihre Zielstellung realisieren konnten. In einer Umfrage, die „Der Arbeitgeber“ veranlaßt hatte, um das Unternehm[er]bild der BRD-Arbeiterklasse zu ermitteln, wird die Wirkung dieser Beeinflussung deutlich, selbst wenn man die bürgerliche „Meinungsforschung“ mit Einschränkungen betrachten muß. Die am häufigsten genannten Auffassungen waren zum Beispiel:

- „Unternehmer sind tüchtige Leute“
- „Ohne Unternehmer gäbe es keinen Wohlstand“
- „Sie tun viel für Wissenschaft und Forschung“.

Nur 4% der Befragten bezeichneten die Unternehmer als das, was sie sind, als Ausbeuter oder Kapitalisten.<sup>69</sup> Das Ergebnis spricht für sich und illustriert das Ausmaß, mit dem heute z. B. in der BRD die Unternehmerapologetik betrieben wird. Insbesondere unter der gegenwärtigen krisenhaften Entwicklung kam und kommt es zu einer verstärkten Manipulation der öffentlichen Meinung in bezug auf den Unternehmer. Welche Aktivitäten von seiten der Unternehmerverbände (als einer Richtung der Manipulation) unternommen werden, zeigt die seit 1974 vorgenommene Gründung von Unternehmer-Kontakt-Gruppen. „Sie sollen an der Basis, z. B. in örtlichen Vereinen, Verbänden und Clubs mit politischer, kultureller und gesellschaftlicher Zielsetzung, ferner in Gewerkschaften, Parteien, Kirchen, Schulen und Bildungsstätten, Jugendzentren und Medien des örtlichen Bereichs die unternehmerische Propaganda direkt an den Mann bringen – eine Notwendigkeit, die sich laut BDA aus dem zugespitzten Klima der BRD ergibt.“<sup>70</sup>

### 3.2. Neoschumpetersche Innovationstheorien zur Erklärung der aktuellen Krisenerscheinungen

Immer offensichtlicher reichen selbst bei den eifrigsten Verfechtern des „marktwirtschaftlichen Systems“ die Argumente nicht aus, um die tiefgreifende Krise der gegenwärtigen westlichen Gesellschaften auf herkömmliche Weise auch nur zu erklären, geschweige denn konstruktive Lösungs- und Auswege aufzuzeigen. Das schlägt sich am deutlichsten darin nieder, daß häufiger denn je von notwendigem Wandel philosophiert wird, aber Konsequenzen aus teilweise durchaus vorhandenen Einzeleinsichten kaum gezogen werden. So ist man sich in der bürgerlichen Theorie wie Praxis häufig einig, daß gegenwärtig eine totale Krise durchlebt wird, deren Ende ungeachtet aller Prophezeiungen längst nicht absehbar ist, hat aber stets nur apologetische Argumente zur Erklärung bereit, etwa nach der Formel „die Ölscheichs sind schuld an der Misere“, oder man spricht von einer „mon[etären] Depression“, deren Überwindung in Bälde absehbar sei. Obwohl die Totalität der Krise des kapitalistischen Systems insbesondere die traditionellen Werte in Zweifel stellt, wird in der Praxis nach wie vor an eben diesen traditionellen Wertmaßstäben der Profitmaximierung, der Marktexpansion, der Konkurrenzvorteile usw. gemessen und beurteilt. Man ist gleichermaßen häufiger als früher geneigt, über Grenzen des „marktwirtschaftlichen Mechanismus“ zu debattieren, wendet sich aber heftiger denn je gegen die kleinsten Versuche, Neuerungen im Interesse der Durchsetzung gesellschaftspolitischer Ziele *praktisch* durchzusetzen. Dem theoretischen Eingeständnis notwendiger Veränderungen steht praktisch das Festhalten am alten entgegen. Die ursächlich dafür maßgebliche, tiefgreifende Krise des gesellschaftlich überlebten kapitalistischen Systems als Ganzen widerspiegelt sich in einer Fülle apologetischer Theorien, die von Empfehlungen des „Nullwachstums“ oder „organischen Wachstums“ bis zu Visionen einer „postindustriellen Gesellschaftsordnung“ und mannigfachen anderen „Alternativen“ reichen, ausgenommen natürlich der einzig logischen Konsequenz: des Übergangs zu einer sozialistisch/kommunistischen Gesellschaftsordnung. In diesem bürgerlichen Theorienschwung zur Erklärung der Krisenerscheinungen, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, nehmen innovationstheoretische Interpretationen, die vom Charakter her als „neoschumpetersche“

<sup>69</sup> Das Bild vom Unternehmer und seine Bedeutung für die Wirtschaftsordnung der westlichen Welt, in: Der Arbeitgeber, Düsseldorf, 18/1970, S. 794.

<sup>70</sup> W. Simon, Macht und Herrschaft der Unternehmerverbände BDI, BDA und DIHT, Köln 1976, S. 147.

Ansätze zu bezeichnen sind, einen besonderen Platz ein. Deutlichster Beweis dafür ist die Tatsache, daß die Vertreter dieser Richtung mehr oder weniger direkt der These Schumpeters folgen: „Der fundamentale Antrieb, der die kapitalistische Maschine in Bewegung setzt und hält, kommt von den neuen Konsumgütern, den neuen Produktions- und Transportmethoden, den neuen Märkten, den neuen Formen der industriellen Organisation.“<sup>71</sup> Dabei wird unverblümt an die Schumpetersche Einschätzung angeknüpft, daß die Entwicklung der Wirtschaft eine komplexe, zyklische Bewegung darstelle, in der die stoßweise auftretenden Innovationen Ursache kultureller und längerfristiger Schwankungen von Krisen- und Prosperitätsphasen sind. Der Innovationsdynamik wird hier die Rolle des *entscheidenden Faktors* für den Zeitpunkt und Zeitraum sowie die Intensität von Konjunkturzyklen in der kapitalistischen Wirtschaft zugesprochen. Nicht der Grundwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise sei die Quelle aller zyklischen Überproduktionskrisen, sondern der Mangel an „gewichtigen Innovationen“. Die Stoßrichtung ist damit klar festgelegt. Indem man bei Marx eine Anleihe nimmt (Rolle des moralischen Verschleißes für die Periodizität der Krisen), [53] glauben diese Theoretiker das objektiv wirkende und von Marx entdeckte Krisengesetz wegdiskutieren zu können. Zu den engagiertesten Vertretern dieser „Theorie“, die selbst unter bürgerlichen Ökonomen und Konjunkturtheoretikern recht umstritten ist, zählen S. Kuznets<sup>72</sup> und G. Mensch.<sup>73</sup>

Als Beweise für die Richtigkeit der Erklärungen der nachweisbaren Konjunkturzyklen werden umfangreiche technisch-historische Studien angeführt und hinsichtlich ihrer Übereinstimmung bzw. Phasenverschiebung mit den Depressionsphasen analysiert. Die scheinbare wissenschaftliche Unanfechtbarkeit dieser Beweisführung lohnt es, ihre Voraussetzungen, Annahmen und Ergebnisse näher zu prüfen.

Als Beweis für „Innovationsreichtum“ einerseits, „Innovationsmangel“ andererseits dienen Analysen der Technikgeschichte von 1740 bis in die sechziger Jahre dieses Jahrhunderts. Die von Mensch ermittelte Häufigkeit von Basisinnovationen wird in Abb. 1 dargestellt.

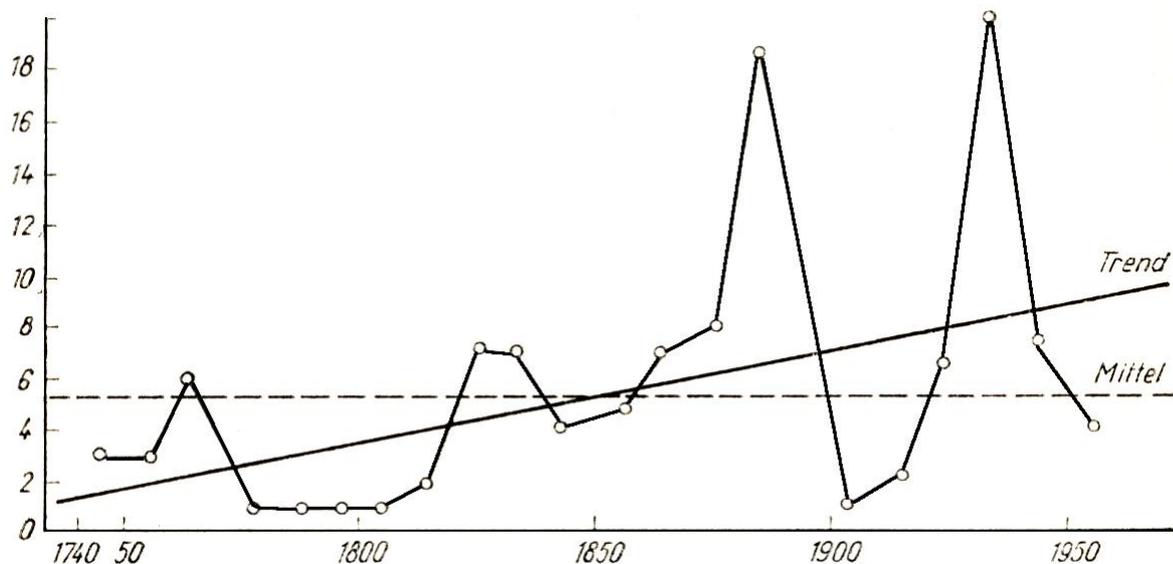


Abb. 1 Häufigkeit von Basisinnovationen in 22 Zehnjahresperioden von 1740 bis 1960 nach G. Mensch

Beleuchten wir zunächst diese Fakten im Lichte der dialektischen Vorgehensweise der Klassiker, so fällt auf, daß die von Marx als eigentlicher Ausgangspunkt der industriellen Revolution charakterisierte Basisinnovation, die Einführung der Werkzeugmaschine, von bürgerlichen Theoretikern als eine Neuerung „unter ferner liefen“ betrachtet oder ganz ignoriert wird.

„Die Maschine, wovon die industrielle Revolution ausgeht“, schrieb Marx, „ersetzt den Arbeiter, der ein einzelnes Werkzeug handhabt, durch einen Mechanismus, der mit einer Masse derselben oder

<sup>71</sup> J. A. Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Bern 1950, S. 137.

<sup>72</sup> S. Kuznets, *Economic Change*, New York 1953.

<sup>73</sup> G. Mensch, Zur Dynamik des technischen Fortschritts, in: *Zeitschrift für Betriebswirtschaft*, 5/1971; sowie G. Mensch, *Das technologische Part, Innovationen überwinden die Depression*, Frankfurt/M. 1975.

gleichartiger Werkzeuge auf einmal operiert und von einer einzigen Triebkraft, welches immer ihre Form, bewegt wird.“<sup>74</sup>

[54] Die Erfindung, industrielle Anwendung und kommerzielle Nutzung der Neuerungen von

J. Hargreaves	1767	Spinnmaschine (Jenny)
J. Watt	1769	Dampfmaschine
R. Arkwright	1769	Garnspinnmaschine durch Wasserkraft getrieben
S. Crompton	1775	Mule Spinnmaschine
E. Cartwright	1785	Mechanischer Webstuhl

u. a. stellten technologische Innovationen ersten Ranges zu ihrer Zeit dar, die fundamentale politökonomische Bedeutung hatten. Diese komplexe Bewertung technologischer Neuerungen ist unseres Erachtens der entscheidende Punkt für die Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Theorien zur sozialökonomischen Wirkung von Innovationen, wobei insbesondere die unübersehbare Fetischisierung der Rolle der neuen Technik bzw. der neuen Technologie entlarvt werden muß.

Das Leben beweist täglich neu, daß die isolierte Behandlung „technischer“ Probleme gegenüber den damit untrennbar verbundenen politischen, ideologischen und ökonomischen Problemen keine Lösung der gravierenden sozialökonomischen Widersprüche des kapitalistischen Systems und keine Antwort auf weltanschauliche Grundfragen einer wachsenden Zahl von Werktätigen aller Berufsgruppen, sozialen Schichten und Altersgruppen zu geben vermag. Folgt man lediglich dem bürgerlichen technizistischen Ansatz, können Fehler nur in begrenztem Maße nachgewiesen werden, etwa hinsichtlich der Exaktheit des Feststellens der Daten für Erfindungszeitpunkt, Ausbreitungsdauer und Adoptionsvolumen der Neuerungen. Aus marxistischer Sicht ist ein Streit hierüber wenig konstruktiv, denn zweifellos fehlt es der bürgerlichen Theorie diesbezüglich nicht an wissenschaftlicher Exaktheit und Kompetenz, sondern sind feststellbare Abweichungen und unterschiedliche Interpretationen eher der objektiven Exaktheit verwendeter Quellen und Statistiken geschuldet.

Viel wesentlicher ist dagegen die systematische Analyse der politökonomischen, sozialen und strukturellen Ursachen, Bedingungen und Konsequenzen technologischer Innovationen hinsichtlich ihres Progressivitätsgrades für die gesellschaftliche Entwicklung insgesamt. Im Selbstverständnis der „technizistischen“ Ideologie, die sich in ihrer klarsten Form in den USA Mitte der sechziger Jahre herausgebildet hat und ihren prägnantesten Ausdruck in Form der optimistischen Vorstellungen von den unbegrenzten Möglichkeiten neuer Technologien findet, werden derartige Grundfragen der gesellschaftlichen Zielorientierung und ganzheitlichen sozialökonomischen Be-[55]wertung der Forschungs- und Innovationspolitik, wenn überhaupt, lediglich partiell beantwortet. Hierbei wird nicht nach den objektiven Interessen der herrschenden Klasse zur Forcierung oder Reduzierung einzelner wissenschaftlich-technischer oder innovatorischer Arbeiten gefragt, sondern nach der Optimierung des Entscheidungsablaufes, nach dem günstigsten Weg zur Erhöhung der Rationalität.

Wer die Kriterien hierfür vorgibt und in wessen Klasseninteresse sie angewendet werden, gerät so leicht außerhalb des Blickwinkels der bestimmenden „Imperative der Technologie“, d. h. des „Wie“ im weitesten Sinne.

Die komplexe Wertung der politökonomischen, sozialen und ideologischen Ursachen und Folgen von Basisinnovationen und ihrer gesellschaftlichen Konsequenzen fehlt bei bürgerlichen Innovationsstudien, ungeachtet der Fülle analysierter Daten. Eine kritische Recherche von Erfindungszeitpunkt, Zeitraum bis zur individuellen Nutzung und Ausbreitungsgeschwindigkeit derjenigen Neuerungen, die beispielsweise von G. Mensch für die Ableitung seiner theoretischen Schlußfolgerungen benutzt werden, zeigt, daß hier kaum Angriffsflächen geboten werden, wenn man der technischen Einteilung der Innovationen ohne Beachtung der damit zwangsläufig verbundenen Einschränkungen folgt. Es fehlt aber die Herausarbeitung und Einordnung der entscheidenden Kettenglieder sowie der

<sup>74</sup> K. Marx, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 396.

objektiven Ursachen und Gesetzmäßigkeiten der Vergesellschaftung der Produktion, analog dem Marxschen Herangehen, in der Wechselwirkung zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse. Dementsprechend einseitig und auf Imperative der Technologie, Organisation usw. beschränkt bleiben die Einsichten.

Ausgehend von einer technisch-historischen Analyse in Verbindung mit wirtschaftlichen Krisen wird von G. Mensch eine Diskontinuitätshypothese entwickelt, die „einen dramatischen Wechsel zwischen Innovationsfülle und Innovationsmangel“ behauptet und zugleich die zyklischen Krisen des Kapitalismus bis zu den aktuellen besonderen Depressionserscheinungen der Gegenwart „technizistisch“ erklären soll. Im Klartext heißt das: „Die sich wandelnden Gezeiten, Innovationsfluten und -ebben, erklären den Wirtschaftswandel, nämlich Wachstums- und Stagnationsphasen“.<sup>75</sup> Die zyklischen Krisen in der Entwicklung des Kapitalismus, insbesondere die Krisenjahre um 1825, 1873 und 1929 sowie die gegenwärtigen, lang andauernden Depressionserscheinungen besonderer Art in allen imperialistischen Ländern, werden demzufolge völlig einseitig, nichtsdestoweniger jedoch mit Geschick und apologetischem Können allein auf den Man-[56]gel an technologischen Basisinnovationen zurückgeführt. Die gesellschaftlichen Verhältnisse, etwa die Eigentumsverhältnisse oder die Klasseninteressen der Monopolbourgeoisie, die den nicht zu übersehenden Mangel an grundlegenden technologischen Innovationen sowie wirklich bedürfnisgerechten Produkten im Kapitalismus verursachen, werden mit keinem Wort erwähnt und nicht ursächlich analysiert. Insbesondere fehlt eine differenzierte Einschätzung der manipulierenden Wirkungen des Monopols bei der Vorbereitung, Realisierung und Verbreitung von Innovationen, fehlt die Analyse der qualitativen und quantitativen Veränderungen im gesellschaftlichen Umfeld der kapitalistischen Innovationspolitik.

Gerade die sorgfältige Analyse der Wirkungen, die vom imperialistischen Monopol, von der ursächlich entscheidenden Krise im Funktionieren des monopolkapitalistischen Profitsystems, von der Unmöglichkeit einer gesamtgesellschaftlichen Planmäßigkeit der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ausgehen, fehlt bei bürgerlichen Innovationsstudien. Von daher gehen sie bewußt oder unbewußt am eigentlichen sozialökonomischen Kern der Krise des gesellschaftlichen Systems vorbei.

Neben einem partiell schnellen Fortschreiten der Technik sind Tendenzen einer verlangsamen und ungleichmäßigen Einführung neuer Technik bzw. der Stagnation in der Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts durch das Monopol typisch. Dies bestätigt erneut Lenins Erkenntnis, daß im Imperialismus die Technik zwar durch die Monopole in einem früher nicht gekannten Ausmaß stimuliert wird, die Monopole aber andererseits umfangreiche ökonomische Möglichkeiten besitzen, den technischen Fortschritt zu hemmen. Das drückt sich besonders in der hohen Anzahl von Patentanmeldungen aus, die kein anderes Ziel verfolgen, als Konkurrenten den Weg zu gleichartigen wissenschaftlich-technischen Lösungen zu verbauen (Sperrpatente, Wegelagererpatente). Dadurch ist eine Drosselung der für die Käufermassen wirklich interessanten qualitativen Verbesserungen leicht möglich. Selbst bürgerliche Theoretiker erkennen diese hemmende Wirkung: „Bei patentbedingten Machtpositionen ist für potentielle Konkurrenten aber der Abschreckungseffekt oft größer als der Anreiz zu Umgehungserfindungen. Dies ist insbesondere der Fall gegenüber Großunternehmen, die Besitzer einer Vielzahl von Patenten sind. Unter diesen Umständen zu Alternativerfindungen zu gelangen, die mit keiner der unzähligen patentierten Erfindungen der Großunternehmung kollidieren, ist für Konkurrenten sehr häufig fast unmöglich.“<sup>76</sup>

[57] Die Zahlenangaben über die wirkliche industrielle Verwertung von Patenten schwanken dementsprechend. Im Durchschnitt wurden in der BRD von 1950 bis 1966 32,7 Prozent der eingereichten Erfindungen patentiert, wiederum ein Drittel davon (nach anderen Angaben nur 20 bis 25 Prozent) erfuhren eine praktische Anwendung. „Der zu sichtbarem, direkt erfaßbarem wirtschaftlichem Erfolg führende Anteil wird bei etwa 1-3 Prozent der Erfindungen liegen.“<sup>77</sup>

<sup>75</sup> G. Mensch, Das technologische Part, a. a. O., S. 149.

<sup>76</sup> G. Unterburg, Die Bedeutung der Patente in der industriellen Entwicklung, Berlin(West) 1970, S. 175.

<sup>77</sup> Vgl. Managementenzyklopädie, Bd. 2, München 1970, S. 596.

Zahlreiche Studien belegen immer wieder, wie wenig „neuerungsbegierig“ die Großunternehmen im Vergleich zu privaten Erfindern oder kleineren Unternehmen sind. So kamen nach Angaben aus gleicher Quelle von 72 bedeutenden Erfindungen zwischen 1889 und 1929 nur 12 aus Großunternehmen, von 21 bahnbrechenden Erfindungen des 20. Jahrhunderts wurden nur 12 in Monopolen entwickelt, von 7 bedeutenden Erfindungen der Erdölindustrie zwischen 1946 und 1957 kam nur eine von den Monopolunternehmen, von 147 Erfindungen der Aluminiumindustrie kamen nur 17 aus den Laboratorien der Großunternehmen usw. Das sind Fakten, die die hemmende Wirkung monopolistischer Machtstrukturen unterstreichen und eine entscheidende Erklärung dafür geben können, warum die Vielfalt vorhandener Waren in den hochentwickelten Industrieländern über das wirkliche Fortschrittsniveau hinwegtäuscht. Zugleich wird damit deutlich, daß nur das Streben nach maximaler Kapitalverwertung die Strategie der Monopole in bezug auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt bestimmt. Die Bewegung der Innovationen im Kapitalismus – Innovationsmangel und Innovationshäufigkeit – wird somit durch nichts anderes bestimmt als durch das zwanghafte Wirken des ökonomischen Grundgesetzes des Kapitalismus und die Notwendigkeit, diesem zu entsprechen.

Drei Viertel aller neuen Technologien der nächsten beiden Jahrzehnte sind heute schon bekannt; dennoch fehlten auf den Konsumgütermessen kapitalistischer Länder wirkliche Neuheiten, schätzte die BRD-Wirtschaftszeitung „Wirtschaftswoche“ Anfang 1977 die Lage ein. Angesichts dieser Situation sind Eingeständnisse wie das, daß die von 200 elektrotechnischen Unternehmen auf der Düsseldorfer Fachmesse „Hifi ‘76“ angebotenen mehr als 6.000 verschiedenen Geräte sich in erster Linie durch einfache Modifikationen oder Farb- und Formveränderungen unterschieden, nur ein Zeichen für jene Situation, die von Mensch nicht unoriginell „technologisches Patt“ genannt wird.

Sie ist, wie der Terminus schon ausdrückt, dadurch gekennzeichnet, daß alle wesentlichen technologischen Möglichkeiten praktisch im [58] internationalen Maßstab von den ernst zu nehmenden Konkurrenten gleichermaßen beherrscht werden. Das Kapital kann in dieser Lage vor allem durch Verbesserungs- und insbesondere Scheininnovationen über eine bestimmte Periode Profit machen und erreicht sogar eine Beschleunigung des technischen Fortschritts im Rahmen der bestehenden Technologien, aber die technischen Produktivitätsfortschritte, primär in den großen Konzernen, überwiegen bei weitem den realen Produktfortschritt im Sinne verbesserter Bedürfnisbefriedigung und veränderter Ressourcen- und Umweltbedingungen. Obwohl also vor allem auf dem Wege erhöhter Werbe- und Reklameaufwendungen für scheinbar „neue“ Produkte begrenzte Umsatzerhöhungen erreicht werden, handelt es sich hier in Wahrheit nur um Atempausen auf dem weiteren Abstieg in die Krise, vor allem der Zunahme der Arbeitslosigkeit und Inflationsrate, für die bürgerliche Theoretiker das „technologisches Patt“ als wesentliche Ursache hervorheben. „Dabei läßt die zunehmende Nachfragesättigung auf den Märkten für die Standardgüter, auf deren Produktion die Wachstumsindustrien sich spezialisiert haben, eine immer kleinere Restnachfrage übrig, um die sich immer gigantischere Großbetriebe streiten.“<sup>78</sup> Mit anderen Worten: es fehlen in den Augen des Kapitals Innovationen, die einerseits neue Produktlinien oder Dienstleistungen für vorhandene Kaufkraft und Bedarfsträger eröffnen, andererseits höheres Profitwachstum gegenüber den traditionellen Bereichen sichern.

Hier wird in typisch monopolkapitalistischer Weise eine zweifellos in den hochentwickelten Ländern des Kapitals auf Einzelgebieten vorhandene relative Nachfragesättigung einseitig verabsolutiert. Unbestritten kann in vielen jungen Nationalstaaten und Entwicklungsländern zur gleichen Zeit nicht einmal das Existenzminimum gesichert werden und gehören selbst einfachste Konsumgüter „traditioneller“ Wachstumsindustrien zu seltenem Luxus für die große Masse der Bevölkerung, die in größter Armut und Rückständigkeit lebt. Der „Streit“ der Monopole um eine angeblich immer kleinere „Restnachfrage“ ist in Wahrheit ein Kampf um Maximalprofite in Verbindung mit einer erbarmungslosen Strategie der Ausplünderung der Entwicklungsländer. Eine am Monopolprofit orientierte imperialistische Strategie der internationalen Arbeitsteilung muß zwangsläufig die Konflikte verschärfen und im Interesse der Höchstprofite Hunger und ökonomische Rückständigkeit in den Entwicklungsländern ungeachtet partieller Fortschritte erhalten. In der Gegenwart bestätigen sich daher im Kampf um eine neue gleichberechtigte Weltwirtschaftsordnung die immer offensichtlicheren

<sup>78</sup> G. Mensch, Das technologische Part, a. a. O., S. 22.

Disproportionen im technisch-[59]ökonomischen Niveau sowohl innerhalb eines kapitalistischen Machtbereichs als auch zwischen den imperialistischen Hauptzentren und den Entwicklungsländern. Das kann in den hochentwickelten Ländern anhand der außerordentlich unterschiedlichen Wachstumsindizes einerseits der den technischen Fortschritt bestimmenden Branchen, wie z. B. der chemischen Industrie, der Elektrotechnik/Elektronik, dem Maschinen- und Fahrzeugbau, andererseits der von einer tiefgreifenden Stagnation befallenen Eisen- und Stahlindustrie, der Textilbranche, des Bauwesens usw. leicht nachgewiesen werden. Lenin wies bereits auf diese typisch kapitalistische Entwicklung hin „... zugleich bringt das beschleunigte Tempo der technischen Entwicklung immer mehr Elemente des Mißverhältnisses zwischen den verschiedenen Teilen der Volkswirtschaft, immer mehr Chaos und Krisen mit sich.“<sup>79</sup>

Während also einerseits im Interesse des Profits beachtliche Fortschritte in bestimmten Bereichen, gegenwärtig beispielsweise auf dem Gebiet der Mikroelektronik, erreicht werden, verschärfen sich gleichzeitig die Widersprüche und Ungleichmäßigkeiten des technischen Fortschritts unter kapitalistischen Bedingungen. Lenin hat auf diese Schwankungen im Tempo und in der Tiefe des technischen Fortschritts am Beispiel der Krise von 1873 bis 1900 hingewiesen und die Diskontinuität des technischen Fortschritts als eine für den Kapitalismus typische Tendenz herausgearbeitet. Bis in unsere Tage bestätigt sich daher immer wieder die einfache Wahrheit: Die Entwicklung und Nutzung neuer Technik trägt Klassencharakter. Im Kapitalismus ist sie der Profitmehrung sowie der verschärften Ausbeutung der Werktätigen untergeordnet, auch wenn manche bürgerlichen Theoretiker sich dieser Einsicht hartnäckig verschließen und nach verschiedenartigsten „neuen“ Interpretationen der „Furienwirkung“ kapitalistischer Rationalisierungsmaßnahmen suchen. Tribut des Fortschritts unter kapitalistischen Verhältnissen bleibt daher: „Fortschritt von Technik und Wissenschaft bedeutet in der kapitalistischen Gesellschaft Fortschritt in der Kunst der Schweißauspressung“<sup>80</sup> auf Grund des unversöhnlichen Gegensatzes zwischen Rationalität und Humanität im kapitalistischen System, für die wachsende Arbeitslosigkeit, Dequalifizierung, frühzeitiges Ausscheiden aus dem Arbeitsprozeß nur einige der wichtigsten Indikatoren sind. Zwangsläufig resultiert hieraus eine keineswegs unter kapitalistischen Verhältnissen zu negierende Diskontinuität des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Vorrangig werden immer jene Bereiche entwickelt, in denen der größte Profit erzielt werden kann. Die Verletzung der [60] proportionalen Entwicklung der Technik und damit der technischen Basis, die im Sozialismus überwunden werden muß und kann<sup>81</sup>, ist geradezu unvermeidlich. Daß es im Zuge der Genesis von Wissenschaft und Technik objektive, durch die differenzierten Schwierigkeiten im Erkenntnisprozeß in Verbindung mit dem jeweils entwickelten wissenschaftlich-technischen Potential bedingte, unterschiedliche Entwicklungsstufen der materiell-technischen Basis einer Gesellschaftsordnung gibt, wird damit keineswegs bestritten.

Es ist auch noch näher zu untersuchen, inwiefern derartige objektive Ursachen zu unterschiedlichen Neuerungsraten hinsichtlich der Intensität und Kontinuität führen können.

Unbestritten ist jedoch der gravierende Einfluß der gesellschaftlichen Verhältnisse auf die Vorbereitung, technische Realisierung und wirtschaftliche Verbreitung von Neuerungen, auf die es der Innovationsforschung in besonderem Maße ankommt.

Es ist nicht zu übersehen, daß das Kapital gerade in jüngster Zeit verstärkte Anstrengungen unternimmt, der Disproportionen im Innovationsaufkommen und dadurch bedingter Krisenerscheinungen Herr zu werden. Das widerspiegelt sich nicht allein im wachsenden Neuerungsdruck im internationalen Konkurrenzkampf, sondern auch in bestimmten Versuchen, durch staatliche Regulierungsmaßnahmen, insbesondere durch neuartige „Innovationshilfen“, Umorientierungen auf bisher wenig profitabel erscheinende Gebiete zu erreichen. Während Mensch in Erläuterung der Situation des technologischen Patts noch einfach formulierte: „Die Krisengefahr spitzt sich zu, die widerstreitenden Kräfte im Strukturwandel treffen härter aufeinander, und es werden die Neuerungen hervorgebracht,

---

<sup>79</sup> W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd. 22, a. a. O., S. 213.

<sup>80</sup> W. I. Lenin, Ein „wissenschaftliches“ System zur Schweißauspressung, in: Werke, Bd. 18, Berlin 1962, S. 589.

<sup>81</sup> Vgl. H.-D. Haustein, Die Proportionalität der technischen Basis im Sozialismus, Berlin 1975.

die einen Ausweg aus der Krise eröffnen“<sup>82</sup>, glaubt er heute offensichtlich selbst nicht mehr an die Funktionstüchtigkeit des so unterstellten Mechanismus. Zu eindeutig hat die andauernde Wirtschafts- und Gesellschaftskrise der letzten Jahre des Imperialismus bewiesen, daß ein „Krisenmanagement“ der staatlichen Behörden eine kapitalistische Weltwirtschaftskrise nicht verhindern konnte. Daher gehen die jüngsten Anstrengungen dahin, das theoretische Fundament für die Begründung der Notwendigkeit einer sogenannten „gemischtwirtschaftlichen Innovationspraxis“ zu liefern.

Darunter versteht einer ihrer exponiertesten Vertreter, G. Mensch, „jede Form des Zusammenwirkens privater und öffentlicher Aktivitäten bei der Vorbereitung, Durchführung und Vermarktung von Innovationen“.<sup>83</sup> Um die „Milliardenfrage“ – wohin investieren – im Interesse des Monopolkapitals richtig zu beantworten und zugleich [61] Arbeitsplätze für wenigstens einen Teil der aus den durchrationalisierten und umsatzmäßig stagnierenden Industriezweigen Entlassenen zu schaffen, wird das Heil in einer Verbesserung der staatlichen Innovationsförderung gesucht. Das neue, durch innovationstheoretische wie empirische Untersuchungen abgestützte und zur Diskussion gestellte Credo lautet: „*Innovative* Investitionen sind vielversprechender als Standard-Investitionen, die im Einzelfall für die Unternehmungen sicherer sein mögen. Da Innovationen mehr oder weniger weite Wachstumsspielräume eröffnen, bilden sie den Grundstock für weitere Investitionen. Die Innovationsförderung des Staates verspricht deshalb einen höheren Multiplikator-Effekt als die ungezielt verteilte Investitionsförderung nach dem Gießkannenprinzip.“<sup>84</sup> Für den Marxisten verbirgt sich hinter diesen neuen Anstrengungen eine bereits von Engels im „Anti-Dühring“ erkannte Gesetzmäßigkeit, die verlangt, den qualitativ neuen Bedingungen der Vergesellschaftung und der Entwicklung der Produktivkräfte zwangsläufig Rechnung zu tragen. Eine tatsächliche Anerkennung des gesellschaftlichen Charakters der Produktivkräfte steht jedoch der Konzentration der kapitalistischen Aneignung diametral entgegen. Ungeachtet dieser Konzentration einer monopolistischen Aneignung des geschaffenen Reichtums ist das Kapital nicht bereit, risikoreiche Innovationen ohne staatliche Hilfe zu finanzieren. Dabei geht es angesichts der leergefegten Staatskassen und wachsenden Verschuldungen in jüngster Zeit weniger um das Aufspüren *neuer* Finanzierungsquellen für Innovationen, sondern vielmehr um die Art und Weise der verbesserten Durchsetzung von Innovationen mit einer Hilfe des Staates, die zugleich als Selbsthilfe der Unternehmungen aufzufassen ist.

Die Innovationstheorie wird in diesem Umfeld immer stärker als eine „Theorie der Innovationshindernisse“ und wirtschaftliche „Institutionenlehre“ im Sinne theoretischer Reflexionen zur Aufbau- und Ablauforganisation „innovativer Unternehmen“ weiterentwickelt.

Die prononcierte Hervorhebung und Wiederentdeckung der Schumpeterschen These des schubweisen Durchbruchs von Innovationen und der Pausen zwischen den Innovationsschüben will Mensch anwendbar machen zur Überwindung der unübersehbaren Innovationshindernisse in Wirtschaft und Gesellschaft. Naturgemäß geht es im bürgerlichen Verständnis dabei stets nur um eine „marktkonforme Ergänzung der Globalsteuerung“, etwa durch Risiko-Kapitalbeteiligung (venture capital) des Staates bei Innovationsprojekten. „Dabei bleibt prinzipiell offen, ob ein neuer oder renovierter Markt hinterher privatisiert, sozialisiert oder in gemischtwirtschaftlicher Weise be-[62]trieben wird.“<sup>85</sup> Unter einem „neuen“ Markt wird hier ein durch Basisinnovationen ins Leben gerufener, endnachfrageerweiternder Nachfragesog verstanden, während ein „renovierter Markt“ Verbesserungsinnovationen im Rahmen bestehender Techniken oder Technologien erfaßt.

Vom theoretischen Hauptproblem her, der Erklärung des Innovationsmangels, handelt es sich im Prinzip um eine althergebrachte Keynesianische Fragestellung, nämlich die Erklärung der Investitionsschwächen als Schlüssel für die ökonomischen Probleme zu nutzen. Da die von Keynes empfohlenen Rezepte (Finanzierungshilfen des Staates) ihre Unzulänglichkeit hinreichend unter Beweis gestellt haben, muß nach neuen theoretischen Interpretationen und vor allem auch praktikablen

<sup>82</sup> G. Mensch, Das technologische Patt, a. a. O., S. 14.

<sup>83</sup> G. Mensch, Gemischtwirtschaftliche Innovationspraxis, Alternative Organisationsformen der staatlichen Forschungs- und Technologiepolitik. Schriften der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Nr. 132, Göttingen 1976, S. 1.

<sup>84</sup> Ebenda, S. 8.

<sup>85</sup> Ebenda, S. 7.

Vorschlägen gesucht werden. Hier offenbart sich die Rückbesinnung auf Schumpeter im doppelten Sinne als eine wahre Fundgrube. Zunächst wird realistischer eingestellten bürgerlichen Theoretikern die hemmende Wirkung des Monopols selbst bei gutwilliger Entschuldigung zahlreicher Negativposten immer offensichtlicher. Am deutlichsten offenbart sich das anhand der mangelnden Strukturflexibilität monopolistischer Märkte und der damit einhergehenden Eindämmung des Qualitätswettbewerbs bei zunehmender Standardisierung und überdurchschnittlicher Erhöhung der technologischen Fortschritte im Sinne von Rationalisierungsmaßnahmen mit allen negativen Begleiterscheinungen zuungunsten der Werktätigen und neuer Produkte für veränderte Bedarfswünsche. Da das Monopol die Rolle des Unternehmers als „Motor“ und entscheidender „Innovator“ eindämmt, kann der Ruf nach „innovationsfreudigen Unternehmern“ mit den alten Schumpeterschen Thesen nahezu nahtlos neu verknüpft werden, ohne sich in die Nähe einer Kritik des kapitalistischen Gesamtsystems zu begeben. Die Notwendigkeit von Veränderungen oder Modifikationen wird folglich stets im „marktwirtschaftlichen Sinne“ diskutiert, und die Rückversicherung auf Schumpeter hält eventuellen Verdächtigungen „von links“ noch immer stand. Zum anderen kann, gestützt auf Schumpeter, der Platz der kleinen und mittleren Unternehmen im Marktmachtkampf neu bestimmt werden – nämlich im innovativen Bereich.

Die bürgerliche Diagnose der aktuellen Instabilitäten und Beschäftigungsprobleme infolge eines unausgeglichenen Strukturwandels zugunsten des Monopols trägt ihrer Doppelfunktion voll Rechnung: Eingeständnis offenkundiger und unvermeidbarer Mängel im Sinne des Versagens bisheriger strukturpolitischer steuernder Eingriffe des Staates bei gleichzeitiger Rechtfertigung der existierenden Produktionsverhältnisse und Ableitung der inneren Widersprüche des kapitalistischen Systems aus mangelnder unternehmerischer Leistungsfähigkeit und -bereitschaft der Klein- und Mittelbetriebe sowie falschen oder unwirksamen Formen, Methoden und Instrumenten der staatlichen Innovations- und damit Investitionsförderung. Ein Taschenspielertrick apologetischer Meisterschaft: Anstatt danach zu fragen, *warum* Prozeßrationalisierungen und Scheininnovationen im Produktbereich Hand in Hand gehen, wird eine allgemeine Kluft zwischen „der gewandelten Bedarfsstruktur und der unangepaßten Angebotsstruktur“ konstatiert, die auf veränderte Wertvorstellungen bezogen, auf bestimmte Zielpräferenzen zurückgeführt wird.<sup>86</sup> Als ob im Kapitalismus nicht noch immer jede Marktische ihren Profitmacher gefunden und mehr als das tägliche Brot geliefert hätte!

Das Problem liegt folglich nicht in einem „mehr oder qualitativ anders“ in der Fülle der manipulierten Güterwelt, sondern im Fetischcharakter der kapitalistischen Warenproduktion selbst begründet und damit im Wesen des gesamten kapitalistischen Verwertungsprozesses, der durch das Monopol immer stärker disproportional verzerrt wird. Welche Märkte – und damit Gebrauchswerte – dem Verwertungsprozeß neu erschlossen werden, wird noch immer durch die diesem Mechanismus eigenen Gesetzmäßigkeiten bestimmt und keineswegs vom wirklichen Bedürfnis oder bloßen Bedarf des Verbrauchers. Ausschlaggebend für kapitalistische innovatorische Aktivitäten ist die durch den von Marx richtig bestimmten tendenziellen Fall der Profitrate bedingte Suche nach neuen profitableren Anlagemöglichkeiten des Kapitals. Auf diesem Wege ist bekanntlich noch immer jedes Mittel recht. Entscheidend ist und bleibt der Profit – wofür und in welche Richtungen „innoviert“ wird, ist dabei relativ belanglos, solange das Produkt, bzw. allgemeiner ausgedrückt die Technik, Profit erzielen hilft, der über dem Durchschnitt liegt. Naturgemäß werden vom Kapital hierbei risikoarme, verkaufswirksame „Scheininnovationen“ besonders bevorzugt.

Ein hervorragendes Beispiel liefert hierfür eines der Lieblingskinder der „freien Marktwirtschaft“ – die Autoproduktion. Eine Gruppe amerikanischer Wissenschaftler mehrerer Universitäten errechnete 1972 die Kosten der verschiedenen Veränderungen, die seit 1948 an den amerikanischen Autos vorgenommen worden sind. Sie ermittelten eine Belastung der amerikanischen Wirtschaft von mehr als 11 Mrd. Dollar, zwischen 1956 und 1970, wovon mehr als die Hälfte auf Vergrößerungen der Karosserie und die Steigerung der Motorleistung sowie auf den dadurch bedingten zusätzlichen Treib-[64]stoffverbrauch entfiel. Die Kosten bezahlte natürlich der Kunde als Verbraucher mit einer Durchschnittsrate von 700 Dollar beim Kauf und einem jährlichen Mehrverbrauch an Benzin von 40 Dollar.<sup>87</sup>

<sup>86</sup> Vgl. ebenda, S. 28.

<sup>87</sup> Vgl. H. Duve (Hrsg.), *Technologie und Politik*, Reinbek bei Hamburg 1975, S. 165.

Innovationen im Interesse der Verbraucher werden daher nachweislich im Kapitalismus jeweils nur unter Zugzwang durchgesetzt, wenn die Verwertungsbedingungen des Kapitals ernsthaft in Gefahr geraten, verstärkt besonders dann, wenn durch objektive Schranken wie die Energieverknappung, allgemeine Ressourcenbegrenztheit oder die chaotischen Umweltverschmutzungen neue Belastungen den tendenziellen Fall der Profitrate beschleunigen. Es reicht folglich nicht aus, wie von G. Mensch praktiziert, lediglich die unzureichende Übereinstimmung von Bedarf und Angebot zu konstatieren und an die Erklärung der Ursachen statt durch verwertungstheoretische Analyse, wie Marx, nur aus innovationstheoretischer Sicht heranzugehen nach dem Motto: „Sollte sich unsere von Theorie und Empirie gestützte Diagnose als richtig erweisen, so wird bei Fortdauer der obwaltenden Tendenzen (gemeint sind die Krisenerscheinungen – d. Verf.) der Marktprozeß von sich aus darauf drängen, diesen Nachhol- und Neubedarf durch eine Fülle von erwerbs- und wettbewerbswirtschaftlich machbaren Basisinnovationen zu befriedigen.“<sup>88</sup>

Hier wird, ungeachtet bestimmter auch bei G. Mensch nachweisbarer neuer innovationstheoretischer und -organisatorischer Einsichten, Ursache und Wirkung bewußt oder unbewußt vermengt. Nicht der „Marktprozeß“ (was im einzelnen darunter verstanden wird, bleibt übrigens offen), sondern ganz eindeutig der Verwertungsprozeß des Kapitals bestimmt Richtung und Intensität der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen und damit wirtschaftlichen Fortschritts. Nicht „erwerbs- und wettbewerbswirtschaftlich machbare“, sondern *profitable* Neuerungen bestimmen, wohin die Kapitale fließen. So sieht die Realität im Klartext marxistischer Analysen aus, wobei Marx die Versuche des Kapitals, dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenzuwirken, nicht umsonst als „Mysterium“ bezeichnet, „... um dessen Lösung sich die ganze politische Ökonomie seit Adam Smith dreht“.<sup>89</sup>

Weniger „innovationstheoretisch“ als vielmehr „politökonomisch“ interpretiert, enthüllt sich das ganze schubartige Durchsetzen von Basisinnovationen letztendlich als eine gewaltsame, konzentrierte Flucht des Kapitals angesichts der im Rahmen der erzielten Prozeßfortschritte und Marktsättigungen immer weiter tendenziell absinkenden und sich verschlechternden Verwertungsbedingungen.

[65] Diese eigentliche Ursache der Kapitalwanderungen bietet wenig Neuigkeitswert, neu ist dagegen die von G. Mensch in Erweiterung von Schumpeter vorgenommene Analyse des schubweisen, geballten Durchbruchs in neue Anlagensphären des Kapitals. Diese Erkenntnis ist auch für die marxistische Theorie von bestimmtem Interesse, insbesondere hinsichtlich der daraus abgeleiteten pragmatischen Schlußfolgerungen für die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen und die Neuformulierung einer staatlich gesteuerten Innovationspolitik als struktur- und stabilitätspolitische Aufgabe zur „Glättung“ der Neuerungsrate.

Ausgangspunkt für Überlegungen zur Neuformulierung der Ziele und Aufgaben staatlicher Einflußnahme auf die Innovationspolitik der Konzerne ist die seit Beginn der zweiten Hälfte der siebziger Jahre gewonnene Einsicht, „daß die direkte Innovationsförderung der vergangenen Dekade wenig dazu beigetragen hat, um die aufgerissene Kluft im gespaltenen Strukturwandel schließen zu helfen“.<sup>90</sup> Im Kern geht es hierbei um den anhand zahlreicher Statistiken nachweisbaren Sachverhalt, daß die staatliche F/E- wie Innovationsförderung auf wenige Branchen und innerhalb dieser wiederum auf wenige Konzerne konzentriert wurde, während kleine und mittlere Unternehmen der Masse der Wirtschaftszweige keine Förderung erfuhren.

Das Mißverhältnis wird augenscheinlich, wenn man bedenkt, daß in Unternehmen mit einem Umsatz unter 250 Mio. DM ca. 66 Prozent aller Beschäftigten der BRD-Industrie tätig sind, diese große Zahl von Betrieben aber nur maximal 20 Prozent der F/E-Aufwendungen als unentbehrliche Voraussetzung erfolgreicher Innovationen erbringen kann.<sup>91</sup>

Die dadurch zwangsläufig entstehende „technologische Lücke“ zwischen der Massenfertigung der Monopole auf der Grundlage von umfangreichen kapitalistischen Rationalisierungsmaßnahmen, von

<sup>88</sup> G. Mensch, Gemischtwirtschaftliche Innovationspraxis, a. a. O., S. 176.

<sup>89</sup> K. Marx, Das Kapital, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 223.

<sup>90</sup> G. Mensch, Gemischtwirtschaftliche Innovationspraxis, a. a. O., S. 60.

<sup>91</sup> Vgl. ebenda, S. 145.

Spezialisierung, Konzentration, Standardisierung und qualitätsvariabler, differenzierter Bedarfsbefriedigung durch flexible Klein- und Mittelbetriebe führt neben den hier zweifellos erreichten enormen „Prozeßfortschritten“ zu einer Zurückdrängung letzterer.

Immer stärker setzt sich die Erkenntnis durch, daß sogenannte „high technologies“ und Standardprodukte allein nicht ausreichen, um sich schnell wandelnde Bedarfsstrukturen effektiv zu befriedigen und vor allem den wachsenden Strom von Arbeitslosen aus stagnierenden Industriezweigen aufzufangen. Verstärkt wird dieser Effekt durch die abnehmende Innovationsfreudigkeit der großen Konzerne im [66] Rahmen bestehender, noch florierender gewaltiger Kapitalanlagen, die wiederum dem Verwertungsinteresse des Kapitals entspringt. So muß zwangsläufig die Forderung nach mehr Breitenwirkung der Innovationsförderung erhoben werden, was nicht nur Veränderungen im Rahmen der Mittelvergabe des Staates, sondern im gesamten Innovationssystem einschließlich der dazu entwickelten Instrumentarien verlangt. Dazu soll vor allem die *innovative Investition* gefördert werden, um eine bessere Ergebnisorientiertheit der Förderungsmaßnahmen zu erreichen und die bislang als außerordentlich gering eingeschätzte „Trefferquote“ direkter staatlicher Innovationsförderung im Rahmen von Großprogrammen (ca. 3 Prozent)<sup>92</sup> zu erhöhen.

Ausgangspunkt hierfür ist die nicht uninteressante Einschätzung einer Verschlechterung der Altersstruktur der Industrieanlagen der BRD auf Grund des fehlenden innovativen Elements. Waren 1965 nur 33,9 Prozent der Anlagen 11 Jahre alt oder älter, dagegen 37,5 Prozent der Anlagen 5 Jahre alt oder jünger, kehrte sich während der letzten 10 Jahre der Altersaufbau um, d. h., 1974 waren nur noch 30,2 Prozent der Industrieanlagen 5 oder weniger Jahre alt, aber 45 Prozent der Anlagen älter als 11 Jahre.<sup>93</sup>

Das unterstreicht einerseits die Versuche des Kapitals, den tendenziellen Fall der Profitrate durch bewußte Verschlechterung der organischen Zusammensetzung des Kapitals aufzuhalten, unterstreicht andererseits aber die Dringlichkeit der Neuformulierung theoretischer Grundlagen einer verbesserten praktischen Innovationsförderung, da eine derartige Politik unter „falschen Brüdern“ im Konkurrenzkampf schnell zu schwer aufholbaren technologischen Rückständen führen kann.

Mit den innovationstheoretischen Überlegungen dieser Schule sollen daher Grundlagen für eine Verbesserung der Strukturpolitik in „strukturerehaltender“ und „strukturergestaltender“ Richtung geschaffen werden.

Da die bürgerlichen Theoretiker die Gefahren einer solchen „Wegweiserfunktion“ ihrer Theorien erkennen, beeilen sie sich zu betonen: „Aber die Wissenschaft ist überfordert, wenn sie die normativen Gestaltungs- und Erhaltungsziele liefern soll. Das ist eine ihre Fähigkeit und Kompetenz übersteigende Aufgabe der politischen Konsensus-Bildung.“<sup>94</sup> Damit halten sich die bürgerlichen Theoretiker gewissermaßen den Rücken in jeder Richtung frei und ziehen sich auf die Position eines „objektiven“ Gutachters oder Beraters zurück. Ihre Thesen gegen die Großunternehmer, besonders in „vermachteten“ Märkten, hinsichtlich der hemmenden Wirkung zur Drosselung des [67] Qualitätswettbewerbs im Interesse der Kapitalverwertung bei eingeschränkter Innovationsbereitschaft können so auch ganz anders ausgelegt werden: Nicht die herrschenden Produktionsverhältnisse erzwingen objektiv eine derartige Tendenz, sondern eine falsche staatliche F/E- und Innovationsförderung – mit anderen Worten: subjektive Faktoren.

So hält G. Mensch dann auch neue Formen der indirekten *Projektförderung* von Innovationen für einen entscheidenden Schlüssel zur Überwindung der gegenwärtigen desolaten Lage. Dabei werden im wesentlichen folgende 4 indirekte Förderungsformen unterschieden:<sup>95</sup>

- *institutionelle Programmförderung*, verstanden als Finanzierung öffentlicher oder privater F/E-Institutionen, die auf Gebieten von „öffentlichem Interesse“ forschen

---

<sup>92</sup> Vgl. ebenda, S. 62.

<sup>93</sup> Vgl. E. R. Baumgart, Das reale Anlagevermögen der Industrie in der BRD auf Preisbasis 1970, in: DIW-Wochenbericht 45/75 vom 6.11.1975, S. 374, zitiert nach: G. Mensch, ebenda, S. 18.

<sup>94</sup> G. Mensch, ebenda, S. 20.

<sup>95</sup> Ebenda, S. 148.

- *allgemeine Anreizsysteme*, worunter dezentralisierte und dem Markt angepaßte Anreize für Innovationsziele und -initiativen verstanden werden, bei denen die Entscheidung über Art und Umfang der F/E den Unternehmen überlassen wird (wie z. B. Sonderabschreibungen für F/E, Zulagen zu F/E-Investitionen)
- *Beteiligungsfinanzierungen*, wobei öffentliche oder private Kapitalbeteiligungsgesellschaften<sup>96</sup> die Innovationsprojekte kleiner oder mittlerer Unternehmungen durch *finanzielle* Projektmiträgerschaft, Rückgarantien und -bürgschaften des Staates bei Refinanzierungsmöglichkeiten aus öffentlichen Mitteln unterstützen
- *Projekträgerschaft*, wobei die Innovationsprojekte direkt an bestimmte Institutionen zur Betreuung delegiert werden.<sup>97</sup>

Hauptziel aller Maßnahmen ist die Erhöhung der *Breitenwirkung*, um die Innovationsrate zu erhöhen.

Mensch geht dabei sogar noch einen Schritt weiter, wenn er betont: „Für die beschäftigungswirksame *Anpassung der Angebotsstruktur*, nämlich für die Steigerung der Rate der *Verbesserungsinnovationen an den Produkten in Wirtschaftszweigen mit geringer Intensität des Qualitätswettbewerbs*, wäre es deshalb ein Schritt in die richtige Richtung, wenn in der Innovationsförderung dem Kreise der kleinen und mittleren Unternehmungen eine gewisse Priorität eingeräumt werden würde.“<sup>98</sup>

Vom theoretischen Standpunkt her wird hier indirekt an Schumpeters These des innovativen Unternehmers angeknüpft, wenn eine größere Schwerpunktbildung auf Bereiche mittlerer Technologien *und* eine Ausdehnung des Kreises geförderter Unternehmungen begründet wird.

Ein derartiges Konzept vermeidet einerseits eine unmittelbare Ge-[68]sellschaftskritik am Wesen des Monopolkapitalismus, gestattet andererseits aber, die unumgänglichen Reformvorschläge in gewisser Weise überzeugend zu verpacken. Dabei ist bemerkenswert, daß die bürgerlichen Theoretiker die Innovationshemmnisse, über den finanzwirtschaftlichen Bereich hinausgehend, zu beseitigen versuchen. Als von besonderer Bedeutung wird hierbei das Einschalten von Projekträgerorganisationen erachtet, die auf *eigene* Rechnung (d. h. privater Kapitalmobilisierung zur Wahrung des Wesenszuges kapitalistischer Produktionsverhältnisse!) als Kapitalbeteiligungs-, Marketing-, Beratungsgesellschaften usw. bei Hilfe durch den Staat (insbesondere durch Risikogarantien) handeln können.

Des weiteren werden neuen Kooperationsformen im Sinne der weiter oben skizzierten „gemischt-wirtschaftlichen Innovationspraxis“ wesentliche Funktionen zur Verbesserung der Breitenwirkung, Effektivität und Intensität des Innovationsprozesses zugesprochen.<sup>99</sup> „Sie dienen dazu, Formen und Zusammenarbeit von privaten Unternehmungen untereinander und mit dem Staat zu finden, die geeignet sind, *organisatorische Lücken im Technologie-Transfer* und *strukturelle Hemmnisse gegen Innovationsvorhaben* zu überbrücken durch *geeignete organisatorische Maßnahmen*.“<sup>100</sup>

Darunter werden im einzelnen, je nach den Innovationsbereichen, die in technologische Großprojekte, mittlere Technologien und kleinere Erfindungen differenziert werden, solche Maßnahmen wie die Aushandlung von „joint ventures“ für Großprojekte oder die Schaffung von „mittelständigen Innovations-Konglomeraten“ (als vertraglich vereinbarte Kooperationen von Spezialunternehmen, die sich in ihrer Innovationsfähigkeit ergänzen), „mittelständigen Innovationskartellen“ (als vertraglich vereinbarte Kooperationen spezialisierter Unternehmen mit gleichem technischen Niveau) sowie Maßnahmen des Technologie-Transfers (z. B. über Entwicklungsgesellschaften) verstanden.

---

<sup>96</sup> Mensch weist darauf hin, daß die genaue Zahl der Kapitalbeteiligungsgesellschaften nicht bekannt ist, aber die Kreditanstalt für Wiederaufbau „förderte“ bis 1974 allein 19 derartige Gesellschaften mit Landesbeteiligung. 1975 wurde in der BRD die bisher bekannteste Kapitalbeteiligungsgesellschaft, die „Deutsche Wagnisfinanzierungsgesellschaft mbH“ gegründet.

<sup>97</sup> 1972 gab es erst 2 derartige Projekträger-Institutionen, 1975 waren es bereits 12 in der BRD, wie die DECHEMA, der DNA, die GfK, GMD oder die Stiftung „DESY“.

<sup>98</sup> G. Mensch, ebenda, S. 178.

<sup>99</sup> Der Behandlung diesbezüglicher Grundsätze widmet G. Mensch den gesamten II. Teil seiner Studie „Gemischtwirtschaftliche Innovationspraxis“, vgl. ebenda, S. 183 ff.

<sup>100</sup> Ebenda, S. 332.

Für die sogenannten „Erfinderunternehmen“ wird der Schwerpunkt in der Erhöhung der *Innovationsfähigkeit* durch verbesserte Innovationskonzepte gesehen, die durch gemeinschaftliche F/E-Einrichtungen, Transfer-Organisationen, „Industriepark-Modelle“ bzw. „Universitäts-Kooperations-Modelle“ und insbesondere flexible Organisationseinheiten mit Erfolgsverantwortung unter Abbau formaler und bürokratischer Strukturen charakterisiert sind.

Im Kern handelt es sich bei all diesen Maßnahmen um Versuche, den objektiv gewachsenen Vergesellschaftungsgrad der Produktivkraft Wissenschaft auf kapitalistische Weise zu beherrschen. Das Ge-[69]samtkonzept dieser Instrumentarien kann die Deformierung eines profitorientierten technischen Fortschritts in begrenztem Maße zweifellos mildern, aber diesen keineswegs grundsätzlich im Interesse der werktätigen Massen voranbringen.

### **3.3. Sozialpsychologisch und organisationssoziologisch orientierte innovationstheoretische Ansätze**

Das Entstehen der sozialpsychologisch und organisationssoziologisch orientierten Innovationstheorien ist eng mit der Herausbildung der „Human-relations“-Bewegung in der modernen bürgerlichen Management-Theorie verbunden. Indem prinzipiell neue Vorstellungen von den menschlichen Verhaltensmotiven erarbeitet wurden, die von den simplifizierenden Unterschätzungen des menschlichen Faktors abrückten und Probleme der „Gruppenbeziehungen“, der „Gruppennormen“, des „Konflikts und der Zusammenarbeit“, der „Kommunikationsschranken“ und „informalen Organisation“ aufgriffen, rückten zugleich auch allgemeine Verhaltenselemente und sozialpsychologische wie organisationssoziologische Faktoren stärker in den Mittelpunkt innovationstheoretischer Überlegungen. Charakteristisch für diese Überlegungen ist jedoch die Beschränkung auf eine intellektuelle Schicht, der entweder besondere innovative Fähigkeiten eingeräumt bzw. bei der die entscheidenden Innovationshemmnisse gesucht werden. Es wird also im wesentlichen sowohl von der Rolle der Arbeiterklasse im Innovationsprozeß als auch von Innovationshemmnissen in der Produktion durch die Unfähigkeit des kapitalistischen Systems, die Masse der schöpferischen Kräfte der Arbeiterklasse freizulegen, abstrahiert.

Wie in die Managementtheorie und -praxis im allgemeinen<sup>101</sup>, wurden auch in innovationstheoretische Konzepte neue, auf das menschliche Verhalten orientierte Elemente integriert. Das findet seinen Niederschlag in einer mehr oder weniger direkten ablehnenden Haltung gegenüber dem nur auf das „Technisch-ökonomische“ ausgerichteten innovationstheoretischen Ansatz.

Dabei richtet sich die Kritik zunächst gegen die Vernachlässigung der Untersuchung von Wirkungen und Folgen der Innovation in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen. „Die Verengung des Innovationsbegriffs auf das wachstumsorientierte Technisch-ökonomische hatte zur Folge, daß Wirkungen und Auswirkungen solcher Innovationen auf andere Bereiche nicht genügend untersucht worden sind.“<sup>102</sup>

[70] Neben dieser Kritik gibt es heute eine ganze Anzahl von Theoretikern, die den Begriff der Innovation für ihr Gebiet „pachten“ möchten. Die bürgerliche Innovationsforschung bezeichnet diese Richtungen als „nicht auf den ökonomisch-technologischen Sektor verengte“ Erklärung des Innovationsprozesses. In diesen Komplex sind auch die sozialpsychologischen und organisationssoziologischen Innovationsauffassungen einzuordnen. Einen besonderen Platz nehmen hier die „Marginalma-Theorie, die „Randgruppentheorie“, die „Dissatisfaktionstheorie“ und die „Promotorentheorie“ ein. Zentrales Anliegen dieser „Theorien“ ist die Frage nach den Ursachen, die zu Innovationen führen. Die sozialpsychologischen und organisationssoziologischen Innovationstheoretiker nehmen dabei die Frage nach den Personen, die innovatorisch tätig sind, sowie deren Beweggründe zum gemeinsamen Ausgangspunkt.

Damit wendet sich die bürgerliche Innovationsforschung einer Frage zu, die durchaus Bedeutung hat und daher in der marxistischen Theorie wie Praxis von jeher hohen Rang besitzt, wenn nur an die von den Klassikern des Marxismus-Leninismus entwickelten Kriterien einer entwickelten Persönlichkeit

<sup>101</sup> D. M. Gvišiani, Management – Eine Analyse bürgerlicher Theorien von Organisation und Leitung, Berlin 1973.

<sup>102</sup> F. R. Pfetsch, Zum Stand der Innovationsforschung, in: Innovationsforschung als multidisziplinäre Aufgabe, Göttingen 1975, S. 14 f.

im Vergesellschaftungsprozeß gedacht wird oder an die im real existierenden Sozialismus von jeher berücksichtigte Tatsache, daß materielle Stimuli *allein* als Leistungsmotiv nicht ausreichen und die Natur der menschlichen Bedürfnisse höchst unvollkommen reflektieren.

Bei allen sozial orientierten bürgerlichen Innovationsauffassungen zeigt sich, daß sie vom Prozeß der Vergesellschaftung, insbesondere in Forschung und Entwicklung<sup>103</sup>, abstrahieren und sich das Ziel setzen, immer eine bestimmte Gruppe von Menschen als die alleinigen Träger der Innovation zu bestimmen.

Analog zur „Human-relation“-Bewegung wird die alte „Hypothese des Gesindels“ durch die modernen sozialpsychologischen und organisationssoziologischen Theoretiker in eine „Hypothese der Herde“ umfunktioniert, deren soziale Demagogie darin besteht, relativ willkürliche Gruppeneinteilungen vorzunehmen. Dabei gehen einige Vertreter sozialpsychologischer Theorien im wesentlichen von der These der Existenz einer Gruppe von „marginalman“ aus. Sie besagt, daß Innovationen infolge der Randstellung, eines gewissen gesellschaftlichen „Abseits“ von Menschen, den zukünftigen oder potentiellen Innovatoren, entstehen. „Da der Begriff der Innovation per definitionem mit Änderung, Wandlung, d. h. Abgehen vom Gebräuchlichen, Herkömmlichen verbunden ist, sind die Personen, die die Innovationen tragen, je nach Grad der Nichtsystemkonformität ‚Außenseiter‘, ‚Ab-[71]weichter‘, so daß man in diesem Sinne innovatorisches Verhalten als Spezialfall von deviantem Verhalten werten kann.“<sup>104</sup>

Im Grunde genommen läßt sich daraus der Schluß ziehen, daß die „Marginalman“-Theorie die theoretische Grundlage der sozialpsychologischen Innovationsauffassungen ist.

Einer der ersten, die den Zustand der „Marginalität“ zum Ausgangspunkt der „Erklärung“ des Entstehens der Innovation eingeführt haben, war Robert K. Merton.<sup>105</sup>

Mertons Ausgangspunkt ist die Einteilung der Gesellschaft in verschiedene soziale Gruppen. Diese Gruppen sind gekennzeichnet durch bestimmte Auffassungen zum gesellschaftlichen Leben und charakteristische Verhaltensweisen in unterschiedlichsten Situationen. Merton ordnet die Mitglieder der Gesellschaft den verschiedensten Gruppen zu und nimmt an, daß sich diese Mitglieder mit den Normen ihrer sozialen Gruppe identifizieren, diese Normen und Verhaltensweisen in einer konkreten Situation jedoch mit den Verhaltensweisen der sozialen Gruppen vergleichen, denen sie nicht angehören. Ausgehend von der These, daß die Menschen immer zu der Gruppe tendieren, die ihnen die größten Privilegien bietet, unterscheidet Merton zwei Möglichkeiten. Zum einen kann sich bei dem oben beschriebenen Vergleich der Verhaltensweisen für ein Mitglied einer Gruppe ergeben, daß es zu der privilegierten Gruppe gehört. Seine Verhaltensweise wird sich dann an den Normen seiner Gruppe orientieren. Es kann aber auch vorkommen, daß ein Gruppenmitglied der Auffassung ist, daß die Normen der Gruppe, der es nicht angehört, der konkreten Situation besser entsprechen. In diesem Fall wird es seine bisherige soziale Gruppe verlassen und sich nach den Normen der sozialen Gruppen richten, die seiner Auffassung nach der Situation besser entsprechen. Derartige Gruppenmitglieder stehen relativ im „Abseits“, d. h., nach Merton besteht jetzt die Situation des „marginal man“.

Bereits dieser Ausgangspunkt, die Einteilung der Gesellschaft in bestimmte soziale Gruppen, ist subjektivistisch, wenn diese Gruppen nicht näher charakterisiert werden, insbesondere in ihrer Stellung zum Eigentum an Produktionsmitteln. Darauf verzichtet Merton jedoch, denn sonst müßte er zu der Erkenntnis gelangen, daß infolge der unterschiedlichen Besitzverhältnisse die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung im Kapitalismus ihre „sozialen Gruppen“ nie verlassen kann.

Neben der Negierung der Rolle des Eigentums bei der Bestimmung der sozialen Stellung im kapitalistischen System versucht Merton folgerichtig auch die Klassenstruktur der kapitalistischen Gesellschaft [72] zu leugnen. Seine Einteilung in soziale Gruppen, die sich durch nichts anderes unterscheiden als durch verschiedenartige Normen („Gruppenwerte“) und Verhaltensweisen in einer bestimmten

---

<sup>103</sup> Vgl. W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd. 22, a. a. O., S. 209.

<sup>104</sup> F. R. Pfetsch, Zum Stand der Innovationsforschung, a. a. O., S. 16.

<sup>105</sup> R. K. Merton, Social Theory and Social Structure, Glencoe 1964.

Situation, trägt apologetische Züge und ist dazu ausersehen, die wahre Klassenstruktur zu verdecken. Derartige Einteilungen sind bekanntlich nicht neu. Neu ist Mertons Versuch, mit derartigen Gruppeneinteilungen die Innovation zu erklären. Er hält die im Zustand der „Marginalität“ befindliche Person infolge ihrer Abseitsstellung, ihrer „Contra“-Stellung gegen die Normen und Verhaltensweisen der ehemaligen sozialen Gruppe und der noch nicht vollzogenen Integration in die neue soziale Gruppe für besonders geeignet, Innovationen durchzuführen. Nach Mertons Auffassung ist es nur möglich, Innovator zu werden, wenn man an die bestehenden Verhältnisse mit kritischer Distanz herangeht.

Sicher hat er recht, wenn er argumentiert, daß Innovationen nur dann möglich sind, wenn man das Bestehende zu verbessern versucht, wenn man sich mit dem Bestehenden nicht zufriedengibt. Gerade die sozialistische Gesellschaft beweist täglich, daß das Neue in großem Umfang durch die sozialistische Gemeinschaftsarbeit entsteht. Laut Mertons Theoriengebäude ist es jedoch unmöglich, daß im Sozialismus Innovationen verwirklicht werden, da eine Grundvoraussetzung für erfolgreiche innovatorische Tätigkeit die Existenz einer „offenen Gesellschaft“ sei. Bekanntlich widerspiegelt sich aber im Kopf der bürgerlichen Ideologen nur das kapitalistische System als eine „offene Gesellschaft“.

Insgesamt kann eingeschätzt werden, daß die Mertonsche These von der „Marginalität“ als Grundvoraussetzung für die Entstehung von Innovationen keine Erklärung im Sinne der Fragestellung nach den Ursachen und den Personen, die Träger der Innovation sind, zu geben vermag. Sie entbehrt weitgehend einer realistischen Grundlage und ist deshalb auch in der bürgerlichen Innovationsforschung auf Kritik gestoßen, wobei sich die Kritik nicht auf die Methode und Betrachtungsweise Mertons richtet, sondern lediglich auf den nach Meinung der bürgerlichen Ideologie zu hohen Allgemeinheitsgrad, der nicht in jedem Fall geeignet ist, konkrete Innovationsprobleme zu analysieren. Zugleich wird darauf verwiesen<sup>106</sup>, daß sich Mertons Innovationsauffassung auf Grund ihrer Allgemeinheit gut eignet, die verschiedenen Innovationsbereiche zu erfassen, und daß sie heute in der Soziologie als Ausgangspunkt für weitergehende Überlegungen häufig verwendet wird. „Als fruchtbar hat sich R. K. Mertons Verständnis der Innovation erwiesen, weil es sich [73]

- a) auf alle spezifischen Ausprägungen von Innovationen, seien es nun ökonomische und/oder technologische, politisch-staatliche, kulturelle oder soziale Innovationen, anwenden läßt und
- b) bereits einen Ansatz darstellt, das Phänomen Innovation in generalisierender Weise zu beschreiben und – ansatzweise wenigstens — zu erklären.“<sup>107</sup>

Auf Merton aufbauend entwickelte Fürstenberg eine sogenannte „Randgruppentheorie“, die davon ausgeht, daß Innovationen nur von Randgruppen der Gesellschaft ausgehen. Man kann „die Überlegung anstellen, ob nicht überhaupt der Durchbruch zu neuen Formen, Normen und Zielen sozialen Seins von relativen Randstellungen erfolgt“.<sup>108</sup>

Im Grunde geht Fürstenberg mit seiner Auffassung nicht über die von Merton getroffenen Aussagen hinaus. Er versucht lediglich, die Ursachen, die zu Randstellungen führen, zu klassifizieren. Nach Fürstenbergs Auffassung sind die Mitglieder sogenannter Randgruppen dadurch charakterisiert, daß sie sich nicht bzw. kaum mit der Gesellschaft, in der sie leben, verbunden fühlen und dadurch zu Innovationen neigen, die ihre Vorstellungen in die Gesellschaft hineinbringen sollen.

Ausgehend von den differenzierten Möglichkeiten, die soziale Integration, die Eingliederung des Individuums in einen vorgegebenen sozialen Zusammenhang zu stören, zu unterbrechen oder unwirksam zu machen, entwickelt Fürstenberg eine Klassifikation der verschiedenen Entwicklungsgründe für Randgruppenphänomene. Randgruppen entstehen danach durch:<sup>109</sup>

1. Unwirksamkeit des Sozialisierungsprozesses
2. Abbau der soziokulturellen Persönlichkeit
3. Veränderung der für das Individuum richtungweisenden Normen und Werte als Folge sozialen Wandels und sozialer Mobilität

---

<sup>106</sup> D. Walz, Grundlagen und Richtungen der Innovationsforschung, a. a. O.

<sup>107</sup> Ebenda, S. 27.

<sup>108</sup> F. Fürstenberg, Randgruppen in der modernen Gesellschaft, zitiert bei D. Walz, a. a. O., S. 54.

<sup>109</sup> Ebenda, Fußnote.

4. Kulturkontakte, die das Wertesystem einer Gesellschaft relativieren oder fragwürdig werden lassen.

Im Grunde genommen hat diese Einteilung keine Aussagekraft und dient eher der Verschleierung der „sozialen Konflikte“ des Kapitalismus als der Untersuchung der Innovationsursachen. Nicht irgendeine unbefriedigende oder unzufriedene Randgruppe bringt im Kapitalismus Innovationen hervor, sondern der im Interesse des Profits erfolgende konzentrierte und zielgerichtete Einsatz von Innovationspotential unter mehr oder weniger großer Ausbeutung der Werk tätigen von der F/E bis hin zur Marktumsetzung der Innovationsergebnisse. Daß dabei die Masse der schöpferischen Kräfte nicht wirksam [74] werden kann, liegt wesentlich darin begründet, daß der kapitalistisch genutzte wissenschaftlich-technische Fortschritt zu verstärkter Arbeitshetze führt und somit die Arbeiterklasse und die mit ihr verbundenen Klassen und Schichten zu Opfern der Innovationen stempelt.

Fürstenberg geht es jedoch nicht in erster Linie um technisch-ökonomische Innovationen, sondern um soziologische Neuerungen. Es ist Fürstenberg dabei jedoch nicht möglich, einen einigermaßen glaubwürdigen Beweis für seine Auffassungen zu erbringen. Es dürfte ihm auch bei größter Anstrengung nicht gelingen, in der kapitalistischen Gesellschaft durch seine These begründete Innovationen auf sozialem Gebiet zu finden. Wenn es auf diesem Gebiet Fortschritte in der Vergangenheit gegeben hat, so sind sie nicht auf die Tätigkeit irgendwelcher imaginärer Randgruppeninnovatoren zurückzuführen, sondern auf den erfolgreichen Klassenkampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten.

Fürstenberg, der einer der soziologischen „Vielschreiber“ der BRD ist, hat mit seiner „Theorie“ einen weiteren Versuch in der langen Kette von Versuchen und Varianten der „Erklärung“ der Innovation unternommen, die in ihrer Hauptrichtung auf die Rechtfertigung des kapitalistischen Systems zielen. Dabei bemüht er sich, die aus den unterschiedlichen Gründen mit dem kapitalistischen System unzufriedenen Teile der Bevölkerung, die im Grunde keinen Ausweg aus ihrer Lage finden und sich zu Randgruppen der Gesellschaft (aber nicht im Fürstenbergschen Sinne) entwickeln, als besonders wichtig, da innovatorisch, zu glorifizieren und ihnen damit den Blick für die Ursachen ihrer Lage zu trüben.

Fürstenberg läßt hier deutlicher als Merton apologetische Züge hervortreten, denn im Grunde genommen dient seine Theorie zu nichts anderem, als die bestehenden Verhältnisse in den kapitalistischen Ländern zu rechtfertigen.

Einen etwas anders gelagerten Versuch der „Erklärung“ der Entstehungsursachen der Innovation und der Innovatoren unternimmt Barnett mit seiner „Dissatisfaktionstheorie“.<sup>110</sup>

Nach Barnett ist das entscheidende Kriterium, das zur Innovation führt, das Mangelempfindnis einer bestimmten Person, die dann das unbefriedigte Bedürfnis durch eine Innovation stillt. Die „Dissatisfaktionstheorie“ ist damit nichts anderes als eine Spielart der „Marginalität“. Barnett hat zur „Erklärung“ der Innovation drei Thesen aufgestellt, die hier nur kurz skizziert werden sollen, da sie so wenig aussagen, daß selbst bürgerliche Ideologen sie als völlig unzureichend und nicht verwendbar bewerten. „Ein derart unspezifischer Dissatis-[75]faktionsbegriff, wie ihn Barnett verwendet, ist letztlich für die Innovationsforschung unbrauchbar ...“<sup>111</sup> Die erste These Barnetts besteht in der Feststellung, daß eine Person nur dann eine Innovation durchführen bzw. annehmen wird, wenn sie damit ein Bedürfnis besser befriedigen kann als mit einem vorhandenen, bisher genutzten Mittel. Sicher ist, daß die bessere Befriedigung der Bedürfnisse, wie schon Engels erkannte, einen entscheidenden Platz bei der Durchsetzung von Neuerungsprozessen einnimmt. Diesen Gedanken hat Barnett aber nicht im Sinn, seine Betrachtung ist relativ losgelöst von den gesellschaftlichen Verhältnissen, die letztendlich das Zustandekommen von Innovationen entscheidend beeinflussen. Es kann deshalb zugestimmt werden, wenn seitens bürgerlicher Theoretiker in bezug auf die erste Barnettsche These festgestellt wird: „Aus der ersten These als solcher ist nicht viel zu gewinnen, dazu ist sie einfach zu weit gefaßt“.<sup>112</sup>

Ähnlich allgemein ist auch die zweite These Barnetts gehalten, in der er behauptet, daß es „biographische Determinanten“ für die Entstehung der Innovation gäbe, „die charakteristischerweise

<sup>110</sup> H. G. Barnett, *Innovation, The Basis of Cultural Change*, New York/London 1953.

<sup>111</sup> D. Walz, *Grundlagen und Richtungen der Innovationsforschung*, a. a. O., S. 57.

<sup>112</sup> A. Kieser, *Die Diffusion von Neuerungen*, Tübingen 1967, S. 50.

Individuen eigen, die prädisponiert sind, ein Substitut einer gewohnten Idee anzunehmen, ferner, daß diese Determinanten aus Wechselwirkung und Anpassung des individuellen Selbstverständnisses mit Ereignissen der Lebensgeschichte hervorgingen“.<sup>113</sup> Die dritte These der Barnetttschen Innovationsauffassung wird in der bürgerlichen Innovationsforschung dieser Richtung schließlich als die Kernthese angesehen. Barnett vertritt hier die Auffassung, daß sich die Dissatisfaktion zu einer durchgängigen, ständigen Haltung entwickeln kann und damit bei den so charakterisierten Personen zu einer „Innovationsfreudigkeit“ führen wird, deren Ursachen einmal in wiederholten spezifischen Enttäuschungen wurzeln oder unter Indoktrination entstehen oder dem Zwang zur Generalisierung einer Haltung folgen, die von einer oder einigen intensiven oder längerwährenden Ernüchterungen („desillusionments“) herrührt“.<sup>114</sup>

Barnetts „Theorie“ ist ebensowenig geeignet, die Innovation zu erklären, wie das die Auffassungen von Merton und Fürstenberg sind. Kieser kritisierte die Auffassung Barnetts, indem er sie als „atomistisch-individualpsychologische Betrachtungsweise“ charakterisierte und feststellte, daß bei „...Barnett der marginale Mensch vorzugsweise als der ‚unfreundliche‘ Typ des frustrierten Nörgelers vorgestellt wird“.<sup>115</sup>

Diese durchaus richtige Kritik beschränkt sich aber wiederum nur auf die Analyse der Barnetttschen Auffassungen und geht, infolge der [76] klassenmäßigen Beschränktheit Kiesers, nicht den notwendigen Folgeschritt, zu erklären, worin die Funktion derartiger Theorien besteht.

Barnetts „Theorie“ zielt darauf ab, mit einer psychologischen Deutung der Innovation das Profitmotiv als grundlegende Ursache kapitalistischer Innovationspolitik zu verdecken. Wenn unter kapitalistischen Bedingungen die Frage der Bedürfnisbefriedigung bei der Durchsetzung der Innovation eine Rolle spielt, so doch nur unter Zugzwang der erforderlichen Verbesserung der Kapitalverwertung. Das ist aber kein „individualpsychologisches“ Moment, sondern ein objektiver, der kapitalistischen Produktionsweise eigener Prozeß, den die Klassiker des Marxismus/Leninismus aufgedeckt haben.

Eine Variante der „Dissatisfaktionstheorie“ bietet Hagen an.<sup>116</sup> Er stellt gleichfalls die Frage nach den Ursachen des technischen Fortschritts und zielt damit in die gleiche Richtung wie die übrigen Theoretiker dieser Schule. Zur Beantwortung stellt er jedoch eine etwas anders geartete Elitetheorie auf. „Die Untersuchung einer ganzen Reihe von Ländern, in denen der Übergang aus der traditionellen Phase in die Phase eines kontinuierlichen wirtschaftlichen Fortschritts stattfand, zeigt folgendes: Ein wesentlicher Ablösungsmechanismus des Wandels war jeweils ein historischer Umschlag, durch den eine oder mehrere Elitegruppen, die zwar nicht herrschten, aber zuvor in der sozialen Hierarchie einen gewichtigen Platz einnahmen (ich werde sie untere Elite nennen), an Respekt und Schätzung verloren haben.“<sup>117</sup>

Genau wie bei Barnett wird auch bei Hagen der Versuch deutlich, die Innovation aus sozialpsychologischer Sicht zu „erklären“, wobei Hagen sich nicht auf einzelne Personen beschränkt, sondern Schichten der Gesellschaft herausgreift, die einen „Statusentzug“ erlitten haben, d. h., einer Gruppe, die bisher wenig innovatives Interesse zeigte, wird „... das bisher beanspruchte Prestige streitig gemacht. Es ist wichtig festzuhalten, daß es sich um eine Situation handelt, in der eine Elitegruppe den Respekt, den sie einmal genoß, verloren hat. Was sind die Folgen?“<sup>118</sup>

Zunächst, so meint Hagen, werden diese Gruppen in Angst, Hilflosigkeit usw. schweben, um sich später jedoch zu Innovatoren zu entwickeln. „Es wird sich allmählich eine Gruppe schöpferischer, von den traditionellen Werten entfremdeter Personen bilden, die von brennendem Ehrgeiz getrieben werden, sich und ihrer Umgebung ihre Fähigkeiten zu beweisen; sie werden ein Aktionsfeld suchen, auf dem sie diese Beweise liefern können, wo sie insbesondere Macht erlangen und sich womöglich

<sup>113</sup> Ebenda, S. 51.

<sup>114</sup> Ebenda.

<sup>115</sup> Ebenda.

<sup>116</sup> E. E. Hagen, Traditionalismus, Statusverlust, Innovation, in: Theorien des sozialen Wandels, Köln/Berlin(West) 1970.

<sup>117</sup> Ebenda, S. 358.

<sup>118</sup> Ebenda.

in irgendeiner Weise an den Gruppen rächen [77] können, die für ihre Unterprivilegierung verantwortlich sind.“<sup>119</sup> Dieses Aktionsfeld sieht Hagen in der Wirtschaft, die nach seiner Auffassung ideal ist für „Innovationsfähige“, denn es gibt „... kaum einen besseren Weg zu Macht, Anerkennung und Selbstbestätigung als wirtschaftlicher Erfolg; die schöpferischen Individuen werden zu wirtschaftlichen Innovatoren“.<sup>120</sup>

Hagens Auffassung ist im Grunde genommen nichts anderes als eine bloße Wiederholung der Schumpeterschen Gedanken, nur daß er diese insofern „schöpferisch“ weiterentwickelt hat, als er die These vom Statusverlust eingeführt hat. Die Elitetheorie Hagens zielt in die gleiche Richtung wie alle speziell unter dem Gesichtspunkt der Innovation geschaffenen Elitetheorien. Sie soll die angebliche Notwendigkeit der Herrschaft der Monopolbourgeoisie mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen „beweisen“, eine Notwendigkeit, ohne die nach Auffassung der bürgerlichen Ideologie kein Fortschritt in Wissenschaft, Technik und Gesellschaft möglich ist.

Vergleicht man die Elitetheorie Hagens mit der Schumpeters, so kann festgestellt werden, daß die bürgerliche Ideologie eher einen Rückschritt in der Apologetik der Monopole getan hat, als daß es ihr gelungen wäre, eine wirksamere These aufzustellen. Dies verdeutlicht noch einmal den besonders krasen Vulgarismus der bürgerlichen Apologetik in bezug auf die direkte Verteidigung des Monopols.

Genau wie seinen Vorgängern ist es Hagen nicht gelungen, seine Theorie durch wirksame, realitätsbezogene Beispiele zu untermauern. Daran ändert auch der Rettungsversuch von Walz nichts, der offensichtlich diesen Mangel erkannt hat und ihn mit einem Beispiel aus der europäischen Geschichte beleben möchte. „Aus der europäischen Geschichte könnte man als ein Beispiel, das auf Hagens Theorie ‚paßt‘, die Ritter im 15. und 16. Jahrhundert in Ostpreußen erwähnen, welche ihren in jener Zeit aus einer Vielzahl von Gründen erlittenen relativen Statusentzug u. a. im ökonomischen Sektor kompensierten, indem sie zu Rittergutsbesitzern wurden.“<sup>121</sup> Wahrhaftig ein Vergleich, der dem Status bürgerlicher innovationstheoretischer Bemühungen einen Bärendienst erweist.

Am besten lassen sich die hier untersuchten sozialpsychologischen Innovationsauffassungen mit der Bemerkung Lenins über Schumpeters Unternehmerauffassung charakterisieren, der diesbezüglich feststellte: „Wie Durchsicht ergibt, nicht viel mehr als ‚soziologisches‘ Geschwätz.“<sup>122</sup>

Inhalt dieses Geschwätzes ist es, die Innovation als Ergebnis einer [78] bestimmten Gruppe von Menschen zu charakterisieren, die aus den unterschiedlichsten Gründen außerhalb der Gesellschaft stehen und somit eine kritischere Sicht haben als die „integrierten“ Gesellschaftsmitglieder. Dabei unterscheiden sich die einzelnen Auffassungen, von Merton bis Hagen, nur durch die unterschiedliche Wahl bzw. Entstehungsgeschichte „ihrer“ Innovatoren.

Die Vertreter der sozialpsychologischen Richtung knüpfen dabei an einzelne, individualpsychologisch durchaus interessante Gedanken an und versuchen, diese auf die Gesellschaft zu übertragen. Diese Methode ist alles andere als neu und wird in der bürgerlichen Ideologie seit mehr als einhundert Jahren angewandt. Ihrem Wesen nach sind diese bürgerlichen Theorien der Versuch, die Erkenntnisse der Naturgesetze als „Erklärung“ für die Entwicklung der Gesellschaft zu mißbrauchen.

Ziel dieses Geschwätzes ist es, die Triebkräfte kapitalistischer Innovationspolitik – maximale Kapitalverwertung und Systemstabilisierung – zu vertuschen und den Anteil der Arbeiterklasse am Innovationsprozeß zu leugnen. Damit wird deutlich, daß es diesen Auffassungen um eine Rechtfertigung des kapitalistischen Systems geht, daß ihre Urheber einen Beitrag zur Apologetik dieses Systems zu leisten haben, der allerdings wenig überzeugend ist und selbst von der oft gewiß nicht sehr anspruchsvollen bürgerlichen Ideologie lediglich als „Ansatzpunkt“, der weiterzuentwickeln ist, betrachtet wird. Eine „Weiterentwicklung“ auf der Basis dieser Auffassungen kann jedoch die prinzipielle Unfähigkeit der bürgerlichen Ideologie zur Schaffung einer „verbesserten“ Monopolverteidigung nicht

---

<sup>119</sup> Ebenda, S. 359 f.

<sup>120</sup> Ebenda.

<sup>121</sup> D. Walz, Grundlagen und Richtungen der Innovationsforschung, a. a. O., S. 57.

<sup>122</sup> W. I. Lenin, Hefte zum Imperialismus, in: Werke, Bd. 39, Berlin 1965, S. 52.

beheben und wird den hier besonders kraß hervortretenden Vulgarismus lediglich noch sichtbarer werden lassen.

Gegenwärtig spielt in den bürgerlichen Innovationsauffassungen die Frage nach der Möglichkeit einer hohen Innovationsrate eine besondere Rolle. Ihr wird auch in der bürgerlichen Organisationslehre wachsende Bedeutung beigemessen. Eine der Theorien, die sich mit organisationssoziologischen Aspekten der Innovation beschäftigen, ist die „Promotorentheorie“. Sie wird vor allem als innovationsförderndes Organisationskonzept<sup>123</sup>, als eine Ergänzung zu der traditionellen Leitungsstruktur, wie etwa der Stab-Linien-Struktur, betrachtet. Als Ziel der „Promotorentheorie“ gibt Witte, der sich in der BRD um diese Theorie und ihre Entwicklung besonders bemüht, das Streben nach dem „höchsten Innovationsgrad und der größten Problemlösungs-Umsicht“ an.<sup>124</sup> Die Promotorentheorie ist im Gegensatz zu den sozialpsychologischen Theorien eine auf pragmatische Erkenntnisse orientierte organisationssoziologische Auffassung, die eine Reihe interessanter Gesichtspunkte untersucht, zugleich aber wesentliche Mängel durch die Nichtbeachtung gesellschaftlicher Zusammenhänge als Folge der Unterordnung des Untersuchungsgegenstandes unter das treibende Motiv des Kapitalismus – die Realisierung von Profit – aufweist.

Im allgemeinen gehen die Vertreter der Promotorentheorie von der Tatsache aus, daß eine Vielzahl von Innovationen durch unterschiedliche Widerstände und Barrieren nicht zur Anwendung gelangen. Je nach Innovationsobjekt werden dabei unterschiedliche Innovationshemmnisse besonders hervorgehoben.

So unterscheidet Smelser beispielsweise sieben Schritte des Wandels oder der Handlungs- bzw. Einstellungsänderung, die sukzessive durchlaufen werden müssen, um Innovationen, d. h. Strukturveränderungen in der Gesellschaft, durchzusetzen.<sup>125</sup>

Hinsichtlich des Durchsetzens technologischer Innovationen ist folgende Rangfolge innovationsfeindlicher Faktoren ermittelt worden:<sup>126</sup>

(Die Zahlen widerspiegeln die relative Häufigkeit der Nennung hemmender Faktoren)

- 81 mangelnde Kommunikation, dazu starre Organisation
- 35 Kontrollschwierigkeiten für eingeleitete Maßnahmen
- 26 unzureichende Definition der Ziele
- 26 ungenaue Vorausschätzung des wirtschaftlichen Erfolges
- 19 Mangel an neuen Ideen, keine Kreativität
- 14 unzureichende Qualifikation der Mitarbeiter

Zu ähnlichen, wenn auch teilweise unterschiedlichen Faktoren für Innovationshemmnisse gelangen auch andere bürgerliche Theoretiker.<sup>127</sup> Für unsere Untersuchung ist vor allem wichtig, daß organisationssoziologischen Faktoren höheres Gewicht beigemessen wird als beispielsweise fehlendem Kapital. Eine Reihe empirischer Untersuchungen hat ferner gezeigt, daß Innovationen wesentlich von einzelnen Personen getragen werden, die sich für die Initiierung und Durchsetzung einer Innovation besonders einsetzen – den sogenannten Promotoren.<sup>128</sup>

Daraus wird der Schluß gezogen, daß sich eine Innovation nicht von selbst durchsetzen kann. „Wie die Betrachtung der Barrieren der Innovation gezeigt hat, entwickeln sich Innovationsprozesse nicht

---

<sup>123</sup> Ein typisches Beispiel dafür ist die Matrix-Organisation als ein Mehrlinienprozeß, das besonders für Produkt- und Prozeßinnovationen geeignet ist.

Vgl. J. Wild, Organisationsstrukturen, in: Management-Enzyklopädie, Erg. Bd., München 1973, S. 681 ff., sowie M. Dullien, Flexible Organisation, Opladen 1972, und A. Bernhard, Attraktive Möglichkeiten der Matrix-Organisation, in: Industrielle Organisation, 43/1974, S. 341 ff.

<sup>124</sup> E. Wirte, Organisation für Innovationsentscheidungen, Göttingen 1973, S. 28.

<sup>125</sup> Die Schrittfolge wird in der Literatur als  $\alpha$ -Effekt des Durchsetzens von Innovationen bezeichnet. Er beginnt mit der Beseitigung von Hindernissen, setzt sich über den Einstellungswandel und institutionellen Wandel bis zum Vorbereiten und verantwortlichen Realisieren von Neuerungen fort und endet mit der Gewöhnung an die Neuerung im alltäglichen Leben. Vgl. N. Smelser, Social Change in the Industrial Revolution, London 1959.

<sup>126</sup> Vgl. H. J. Warnecke, Innovationsentscheidungen bei unsicheren Erwartungen, in: Rationalisierung, 5/1977, S. 121.

<sup>127</sup> Vgl. A. Brandenburger u. a., Die Innovationsentscheidung, Göttingen 1975, S. 40 ff.

<sup>128</sup> Vgl. H. Geschka, Das Erfinden managen, VDI-Nachrichten, Nr. 26 vom 1. Juli 1977.

zwangsläufig und selbständig in Richtung auf den Entschluß zur Anwendung einer Neuerung, sondern werden durch Willens- und Fähigkeitsbarrieren behindert.“<sup>129</sup>

Für Witte bestehen diese Barrieren im subjektiven Handeln der jeweiligen Person, die entweder aus Unkenntnis kein Interesse (kei-[80]nen Willen) an der Innovation zeigt oder die durch fachliches Unvermögen (Unfähigkeit) nicht in der Lage ist, die Innovation zu nutzen. „Dementsprechend sind auch die Energien zur Überwindung der Barrieren an Personen (Energieträger) gebunden. Personen, die einen Innovationsprozeß aktiv und intensiv fördern, nennen wir Promotoren. Sie starten den Prozeß und treiben ihn unter Überwindung von Barrieren bis zum Innovationsentschluß voran.“<sup>130</sup> Bereits bei der Betrachtung dieser Ausgangspunkte der Promotoretheorie erweist sich die Abstraktion von den gesellschaftlichen Verhältnissen als ein wesentlicher Mangel. Witte erkennt nicht bzw. will nicht erkennen, daß es neben den angeführten subjektiven Barrieren weit wesentlichere Schranken für die Anwendung der Innovationen gibt, nämlich die zum Teil ablehnende Haltung der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften, besonders gegen solche Innovationen, die zu einer Verschärfung der sozialen Lage der Arbeiterklasse führen (resultierend aus der Anwendung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts als Mittel zur Erhöhung der Mehrwerttrate und damit dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenwirkend), und zum anderen die sich aus der Monopolstellung der wirtschaftsherrschenden Unternehmen ergebende Möglichkeit, den technischen Fortschritt künstlich aufzuhalten.<sup>131</sup> Auch unter den Bedingungen der Qualitätskonkurrenz nutzt das Monopol diese Möglichkeiten, wie die umfangreichen Bemühungen zeigen, durch neuartige Innovationshilfen kleineren und mittleren Unternehmen Chancen einzuräumen.

Entsprechend den Barrieren, die zu überwinden sind, unterscheidet Witte in Machtpromotoren (die „Energie“ der Macht einsetzen) und Fachpromotoren (die „Energie“ des Fachwissens einsetzen), um diese Barrieren zu überwinden. „Als Machtpromotoren bezeichnen wir diejenige Person, die einen Innovationsprozeß durch hierarchisches Potential aktiv und intensiv fördert. Definitionsmerkmale sind also eine bestimmte Position innerhalb der Aufbauorganisation und außerdem eine spezifische Verhaltensweise.“<sup>132</sup> Dabei ist die Position der Machtpromotoren durch ihre Fähigkeit (resultierend aus ihrer Stellung in der Leitungshierarchie) gekennzeichnet, den auftretenden Widerstand von Opponenten zu überwinden und die Innovationswilligen zu schützen. Die Tätigkeit des Machtpromotors ist in diesem Prozeß der Innovationsdurchsetzung nicht durch passives „Wohlwollen“ gekennzeichnet, sondern durch aktives Handeln im Interesse einer bestimmten Innovation.

Der Machtpromotor allein, so argumentiert Witte, ist kaum in der Lage, eine hohe Innovationsrate zu gewährleisten, da ihm das Fach-[81]wissen dazu fehlt. Er bedarf zur erfolgreichen Innovationsdurchsetzung des Fachpromotors. „Den Fachpromotor definieren wir als diejenige Person, die einen Innovationsprozeß durch objektspezifisches Fachwissen aktiv und intensiv fördert. Die hierarchische Position ist unerheblich.“<sup>133</sup>

Wichtig für die Bestimmung des Fachpromotors ist dabei die Notwendigkeit, ein Mindestwissen über das Innovationsproblem zu besitzen und dieses ständig zu erweitern. „Die prozeßtreibende Energie wird von seinem Fachwissen gespeist, das er ständig weiter vermehrt und gegenüber Innovationswilligen und Opponenten als Argumentationskraft einsetzt.“<sup>134</sup>

Neben dieser Unterteilung unterscheidet Witte auch noch die sogenannte Personalunion von Macht- und Fachpromotor. „Die Personalunion von Macht- und Fachpromotor bezeichnet diejenige Person, die einen Innovationsprozeß sowohl durch hierarchisches Potential als auch durch objektspezifisches Fachwissen aktiv und intensiv fördert.“<sup>135</sup>

<sup>129</sup> E. Wirte, Organisation für Innovationsentscheidungen, a. a. O., S. 15.

<sup>130</sup> Ebenda, S. 15 f.

<sup>131</sup> Vgl. W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd. 22, a. a. O., S. 281.

<sup>132</sup> E. Wirte, Organisation für Innovationsentscheidungen, a. a. O., S. 17.

<sup>133</sup> Ebenda, S. 18.

<sup>134</sup> Ebenda, S. 19.

<sup>135</sup> Ebenda.

Im Grunde genommen ist, und das gibt Witte auch zu, der Macht- und Fachpromotor in Personalunion nichts anderes als der Schumpetersche „dynamische Unternehmer“, der infolge seiner sozialen Stellung und seiner „Schöpferkraft“ die Innovationen vorantreibt. Witte ist in bezug auf diesen „dynamischen Unternehmer“ jedoch wesentlich realer als etwa der Geschäftsführer der IHK Koblenz, Mies, der völlig unzulässig verallgemeinert: „Wie die Untersuchung der IHK Koblenz ergab, befaßt sich in den Betrieben bis 5 Mio. DM Jahresumsatz der Unternehmer gewöhnlich selbst mit der Entwicklung neuer Verfahren und Produkte. Er ist in der Regel auch der Patentinhaber. Für seine Innovationen scheut er kein Risiko und keine Kosten.“<sup>136</sup>

Witte charakterisiert Auffassungen wie diese als unrealistisch und nicht mehr den Tatsachen entsprechend. „Als unrealistisch muß man dagegen heute die Einengung auf die Person des Unternehmers ‚im Singular‘ bezeichnen.“<sup>137</sup>

Um seine Auffassung zu stützen und zugleich die These von der überragenden Bedeutung des „dynamischen Unternehmers“ zurückzuweisen, gibt Witte die Ergebnisse seiner empirischen Innovationsanalyse in folgender Tabelle wieder:<sup>138</sup>

Die Tabelle zeigt, daß bei den erfolgreichen Innovationen die Machtpromotoren in den obersten Leitungsebenen angesiedelt waren, während die Fachpromotoren in der Masse im „Middle-Management“ einzuordnen sind. Zugleich verdeutlicht die Tatsache, daß nur 19 [82] von 269 erfolgreichen

*Tabelle 1: Innovation und hierarchischer Rang der Promotoren*

	Rang	Machtpromotor	Fachpromotor	Macht- und Fachpromotor
Top-Management	1	80	1	9
	2	25	2	7
Middle-Management	3	19	29	3
	4	0	89	0
Lower-Management	5	0	5	0
	6			

Innovationen durch die „dynamischen Unternehmer“ getragen wurden, die relative Unbedeutendheit und Überlebtheit dieser Unternehmer.

Aus seinen weiterführenden Analysen zieht Wirtz dann in bezug auf die neue, innovationsfördernde Struktur den Schluß, daß das „Promotoren-Gespann“ die neue, erfolversprechende Promotorenstruktur ist. Dieses „Promotoren-Gespann“ zeichnet sich nicht durch ein Unterstellungsverhältnis aus, sondern durch das gemeinsame Handeln von Macht- und Fachpromotor.

Witte hat in seiner „Theorie“ einige interessante Aussagen und Erkenntnisse entwickelt, die zweifellos für die Leitungspraxis gewisse Gültigkeit haben. Dennoch hat er mit seiner „Promotorentheorie“, ob gewollt oder ungewollt, eine weitere Variante bürgerlicher Elitetheorien geschaffen, die die Innovation in ihrer Vielfalt nur unzureichend charakterisiert. Damit soll die Rolle der Personen, die er unter dem Begriff „Promotoren“ zusammenfaßt, keinesfalls negiert werden, aber sie darf auch nicht verabsolutiert werden gegenüber allen Werktätigen, die an komplexen Neuerungsprozessen objektiv teilhaben. Eine Realisierung von Innovationen ohne Arbeiter und nur durch „Promotoren“ ist undenkbar. Witte hat zwar in gewisser Hinsicht den Vergesellschaftungsprozeß in seinen Auffassungen berücksichtigt, jedoch in seiner gesamten Konsequenz und Breite nicht erfaßt.

Damit widerspiegelt auch diese Theorie letztendlich ihre Klassenfunktion, wie jeder bürgerliche innovationstheoretische Ansatz. [83]

<sup>136</sup> W. Mies, Hoher Anteil am technischen Fortschritt, in: Der Arbeitgeber, Düsseldorf 1976, S. 11.

<sup>137</sup> E. Witte, a. a. O., S. 5.

<sup>138</sup> Ebenda, S. 19.

#### 4. Nutzung innovationstheoretischer Ansätze in kapitalistischen Unternehmensstrategien

Die Krise des monopolistischen Profitsystems zwingt das Kapital unausweichlich zu verstärkten Anstrengungen, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt rigoros zur Steigerung der Profite und rücksichtslos zu Lasten der Arbeiter und Angestellten, zur Absicherung der eigenen Machtposition im internationalen Konkurrenzkampf zu nutzen.

Daher besteht eine besonders wichtige Aufgabe der ideologischen Auseinandersetzung darin, die kapitalistischen Strategien und ihren Klassencharakter auf Unternehmensebene und in den betriebswirtschaftlichen wie leitungsorganisatorischen Kalkülen nachzuweisen.

Gerade unter letztgenannten Aspekten erwachsen der marxistisch-leninistischen Analyse und Kritik neue Aufgaben, auf deren Bedeutung Lenin im „Materialismus und Empirio-kritizismus“ nachdrücklich hinwies: „Die Aufgabe der Marxisten ist nun hier wie dort, zu verstehen, sich die von diesen ‚Kommis‘ (gemeint sind die bürgerlichen Professoren – *d. Verl.*) gemachten Errungenschaften anzueignen und sie zu verarbeiten (man kann zum Beispiel, wenn man die neuen ökonomischen Erscheinungen studieren will, keinen Schritt tun, ohne sich der Werke dieser Kommis zu bedienen) und zu *verstehen*, die reaktionäre Tendenz derselben zu verwerfen, der *eigenen* Linie zu folgen und *die ganze Linie* der uns feindlichen Kräfte und Klassen zu bekämpfen.“<sup>139</sup>

Wie groß die Bemühungen der imperialistischen Konzerne auf wissenschaftlich-technischem Gebiet in Gegenwart wie Zukunft sind, kann anhand der F/E-Ausgaben nachgewiesen werden.

In den gesamten Wissenschaftsaufwendungen der BRD (1977 insgesamt 36,7 Mrd. DM) nehmen die Aufwendungen für Innovationen den überragenden Platz ein.<sup>140</sup> Die F/E-Ausgaben wuchsen von 4,5 Mrd. DM 1962 auf 27,3 Mrd. DM im Jahre 1977, was einer durchschnittlichen Zuwachsrate von 13 Prozent entspricht, wobei die größten Raten von über 20 Prozent 1969 und 1970 erreicht wurden (1977 noch 5,3 Prozent Wachstum).

[84] Der Anteil von F/E am Bruttosozialprodukt (BSP) stieg damit von 1,3 Prozent 1962 auf 2,4 Prozent 1975 und betrug 1976 noch 2,3 Prozent. Im internationalen Vergleich ist dabei eine Abschwächung des allgemein überproportionalen Anstiegs erkennbar, wobei Japan und die BRD den Anteil der F/E-Ausgaben von Staat und Wirtschaft am BSP von 1969 bis 1976 steigerten, während für Frankreich, Großbritannien, Italien, die USA und Kanada stagnierende oder rückläufige Anteile typisch sind.

Japan und die BRD stellen dementsprechend im internationalen Konkurrenzkampf für die USA nach wie vor auf technologischem Gebiet die ärgste Konkurrenz dar.

Die Durchführung von Innovationsprojekten erfolgt im Wirtschaftssektor, dementsprechend werden die F/E-Ausgaben überwiegend in diesem Sektor verbraucht, ausgenommen Kanada, das seine Aufwendungen auf die Sektoren Wirtschaft, Staat und Hochschulen etwa gleichmäßig verteilt.

Das F/E-Potential wurde in allen Ländern (bis auf Kanada) unterschiedlich erhöht, wobei der stärkste Anstieg in Japan (von 1969: 392.236 auf 1975: 487.997 Mann) erreicht wurde. Bereits diese wenigen Fakten unterstreichen, in welchem Maße das Kapital die Monopolisierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Rahmen ihrer Gesamtstrategie verankert hat und welche Bedeutung einem leistungsfähigen Forschungs- und Innovationspotential für den Konkurrenzkampf und die Systemstabilisierung beigemessen wird.

Es ergibt sich die Frage, worauf konzentriert das Kapital seine Kräfte und mit welchem Ziel wird der wissenschaftlich-technische Fortschritt und damit die Innovationspolitik der Monopole gerade in der gegenwärtigen zyklischen und strukturellen Krise forciert?

---

<sup>139</sup> W. I. Lenin, Materialismus und Empirio-kritizismus, in: Werke, Bd. 14, Berlin 1964, S. 347.

<sup>140</sup> Vgl. Faktenbericht 1977 zum Bundesbericht Forschung. Eine Information des Bundesministers für Forschung und Technologie, Bonn 1977.

Die Beantwortung der Frage geht immer eindeutiger in folgende Richtung: „Zur Sicherung unserer wirtschaftlichen Zukunft, die insbesondere eine Frage der Wettbewerbsfähigkeit ist, müssen Innovationen in zunehmendem Maße richtig und schnell betrieben werden.“<sup>141</sup>

Dementsprechendes Gewicht wird seitens des Managements innovationstheoretischen Überlegungen zur Erhöhung der Innovationsrate im Interesse der Verwertungsbedingungen des Kapitals beigemessen. Dazu werden gemäß der langfristigen Unternehmensstrategie regelrechte Innovationsstrategien ausgearbeitet und Erfolge bzw. Mißerfolge derartiger Strategien sorgfältig ausgewertet.

Eine der bekanntesten empirischen Untersuchungen über technische Innovationen in 121 Unternehmen aus fünf Zweigen der USA-Indu-[85]strie (Eisenbahnen und Zulieferer, Zulieferer für Haushaltwarenprodukte, Computerindustrie und ihre Zulieferer) ergab für 567 technische Innovationen seit 1945, daß 58 Prozent der Innovationen zu marktfähigen Produkten, 24 Prozent zu neuen und verbesserten Technologien und 18 Prozent zu neuen Komponenten in vorhandenen Produkten führten. Rund ein Drittel aller Innovationen umfaßten Modifikationen, bei denen es vordergründig um schnell wirksame, oftmals scheinbare Verbesserungen im Interesse der Sicherung oder des Ausbaus von Marktanteilen und Profiten geht.<sup>142</sup>

Diese Untersuchungen unterstreichen den überragenden Rang der Produktneu- und -weiterentwicklung in der kapitalistischen Unternehmensstrategie. Analysen über die F/E-Ausgaben der US-Industrie und ihrer Zielorientierung bestätigen das Primat der Produktentwicklung, was keineswegs bedeutet, daß groß angelegte technologische Neuerungen nicht angestrebt werden, wenn entsprechende Produktinnovationen daraus zu erwarten sind, etwa wie im Falle der Mikroelektronik.

Die Betonung der Weiterentwicklung vorhandener Produkte ist dennoch offensichtlich, denn in der US-Industrie wurden 1975 z. B. 48 Prozent oder 11,9 Milliarden Dollar der gesamten F/E-Ausgaben dafür aufgewendet.

Die BRD-Zeitschrift „Absatzwirtschaft“ veröffentlichte Anfang des Jahres 1977 eine Analyse über die Erfolge der Einführung neuer Produkte. Von 100 untersuchten Produkten haben sich lediglich 5 Prozent als „Renner“ herausgestellt, die den erwarteten Absatz weit übertroffen haben, 20 Prozent der Produkte lagen ganz gut, weitere 20 Prozent entwickelten sich mäßig entsprechend den Vorstellungen des Kapitals, und über 50 Prozent der analysierten neuen Produkte waren reine Fehlschläge (Flops), die auf dem Markt überhaupt nicht ankamen. Für die Unternehmensführung wurde daraus das Ziel abgeleitet, zunächst 30 Prozent weniger Fehlschläge zu realisieren, um hierdurch erfolgreicher zu werden. Dies soll vor allem durch verbesserte Unternehmensstrategien erfolgen, d. h. durch sowohl marktgerechte Produkte als auch leistungsfähigere Technologien.

Das Wesen kapitalistischer Unternehmensstrategien kann gut anhand einer sogenannten „Markt-Technik-Matrix“ erörtert werden.<sup>143</sup> (vgl. Tabelle 2)

Während die Strategien der Marktintensivierung und der Markterschließung auf Basis der bisherigen Produkte bzw. Techniken, ohne technologische Innovationen, realisierbar sind, basieren die Produktentwicklungs- und die Diversifikationsstrategien unmittelbar auf wis-[86] senschaftlich-techni-

Tabelle 2: Markt-Technik-Matrix als Grundlage kapitalistischer Unternehmensstrategien

Technik (Produkte/Verfahren)	Marktaktivitäten	Auf bisherigen Märkten	Auf neuen Märkten
Mit bisherigen Produkten bzw. Technologien		<i>Marktintensivierung</i> verstärkte Bearbeitung bisheriger Märkte mit traditionellen Produkten	<i>Markterschließung</i> bisherige Produkte für neue Märkte
Mit neuen Produkten bzw. Technologien		<i>Produktentwicklung</i> neue Produkte für bisherige Märkte	<i>Diversifikation</i> neue Produkte für neue Märkte

<sup>141</sup> H. J. Warnecke, Innovationsentscheidungen bei unsicheren Erwartungen, a. a. O., S. 121.

<sup>142</sup> Vgl. dazu ausführlicher: W. D. Hartmann/W. Stock, Management von Forschung und Entwicklung, Zur Kritik der bürgerlichen Theorie und Praxis der Leitung industrieller Forschung und Entwicklung, Berlin 1976.

<sup>143</sup> Ebenda, S. 106.

schen Neuerungen und haben daher im allgemeinen wesentlich größere praktische Bedeutung als die erstgenannten Ansätze.

Die „Diversifikationen“ schließen wiederum mehrere Möglichkeiten ein, wie Tabelle 3 zeigt, wobei sich in der kapitalistischen Praxis besonders die „laterale Diversifikation“ günstig auf den Wachstumsprozeß der sie durchführenden Konzerne ausgewirkt hat im Vergleich zu Unternehmen, die andere Richtungen bevorzugen.

Die Analyse solcher Unternehmensstrategien in ihren Auswirkungen auf die Profitsicherung, das Unternehmenswachstum und den internationalen Konkurrenzkampf zeigt, daß diejenigen Konzerne, die das größte Umsatzwachstum und damit Profitwachstum erzielten, in der Regel auch hohe Innovationsraten, häufig auf dem Wege lateraler Diversifikation, realisieren. Also haben jene Konzerne die größten Vorteile im nationalen wie internationalen Konkurrenzkampf, die die höchsten Innovationsraten, gemessen am Anteil neuer Erzeugnisse am Gesamtumsatz/Jahr, realisieren.

So wird eingeschätzt, daß das durchschnittliche jährliche Wachstum des Anteils der neuen Produkte am Wert der realisierten Warenproduktion der verarbeitenden Industrie in den USA von 1967 bis 1978 3,35 bis 4,45 Prozent beträgt.<sup>144</sup> Ein vollständiger Sortimentsumschlag [87] vollzieht sich demnach

Tabelle 3

Produkte bzw. Leistungen	Für bisherigen Bedarf	Für neuen Bedarf
Innerhalb der bisherigen Branche	<i>Vertikale Diversifikation</i> Erweiterung der Produktionstiefe z. B.: Computerfirma produziert bisher von Vorlieferanten bezogene Bauelemente selbst	<i>Horizontale Diversifikation</i> Erweiterung der Produktionspalette für neue Funktionslösungen z. B.: Elektrofirma fertigt Mikroprozessoren für neue Bedarfsträger
Innerhalb neuer Branchen	<i>Strukturelle Diversifikation</i> Aufbau neuer Produktionen entsprechend strukturellen Veränderungen z. B.: Stahlrohrhersteller produzieren Kunststoffrohre	<i>Laterale Diversifikation</i> Vordringen in gänzlich neue Branchen und Anwendungsgebiete z. B.: Mineralölkonzerne engagieren sich in der Kerntechnik

nach 16 bis 21 Jahren, wobei in den einzelnen Branchen und Erzeugnissen erhebliche Unterschiede auftreten. Renommiertere Firmen verweisen darauf, daß 40 bis 60 Prozent ihres Produktionsprogramms nicht älter als fünf Jahre sind, wobei auf einzelnen Gebieten, wie mikroelektronischen Bauelementen, jährliche Innovationsraten von über 70 Prozent auch in Zukunft als eher zu niedrig geschätzt angesehen werden.<sup>145</sup>

Das sind nur wenige Zahlen, die anschaulich beweisen, wie ernst seitens der kapitalistischen Unternehmensführung innovationstheoretische Überlegungen hinsichtlich ihrer Praktikabilität für ein „Innovations-Management“ geprüft werden – das ist ein Grund mehr, derartige Theorien vom marxistischen Standpunkt aus mit aller Sorgfalt kritisch zu analysieren und im Leninschen Stil auszuwerten. Das Inno-[88]vations-„Management“ umfaßt hierbei alle Maßnahmen der Führung und Organisation einschließlich der Gestaltung von Planungs- und Entscheidungsabläufen von der *Ideensuche* über die *Ideenakzeptierung* und *-bewertung* bis zu möglichen *Problemlösungen in Varianten* und endet mit der *Realisierung der Neuheit auf dem Markt*.

Folgende Ziele sollen dabei mit Hilfe des besonders in letzter Zeit systematisch ausgebauten und wissenschaftlich profilierten Managements von Innovationsprozessen in Unternehmen erreicht werden:<sup>146</sup>

- Steigerung der Innovationsrate zur Erhöhung der absoluten Anzahl von Neuheiten
- Steigerung der Rate erfolgreicher Innovationen zur Verbesserung der Effektivität
- Beschleunigung von Innovationsprozessen durch Verkürzung der Vorbereitungs- und Realisierungszeiten
- Minimierung der Kosten von Innovationsvorhaben.

<sup>144</sup> Vgl. Autorenkollektiv, *Moderner Kapitalismus, Ökonomische Faktoren der Einführung neuer Technik*, Moskau 1977, S. 69.

<sup>145</sup> Vgl. *Innovation – Zukunft für Bauelemente*, in: *Industrielle Elektrik und Elektronik*, 1/2/1976, S. 4 f.

<sup>146</sup> Vgl. H. Geschka, *Das Erfinden managen*, a. a. O.

Auf die dazu im einzelnen angewandten modernen Management-Methoden soll hier nicht eingegangen werden.<sup>147</sup>

Wohl kaum eine Tatsache charakterisiert jedoch deutlicher die profitorientierte Ausrichtung der Innovationspolitik im kapitalistischen Industrieunternehmen als der Fakt, daß die Entfaltung jeglicher F/E-Aktivität ihre primäre *Ausgangsgröße im finanzwirtschaftlichen Kalkül bei der Budgetfestlegung* hat. Entgegen weitverbreiteten Auffassungen zeigt die Praxis kapitalistischer F/E-„Planung“ eindeutig, daß *nicht* ein F/E-Programm und die einzelnen Projekte den Ausgangspunkt für die Entwicklung des Innovationspotentials bilden. Vielmehr wirkt der finanzielle Haushalt programmbestimmend. So hat eine Befragung in der amerikanischen Industrie ergeben, daß rd. 3/4 der befragten Unternehmen die Mittel für F/E pauschal vorgehen, um erst dann Themen zu bestimmen.

Ein in bestimmter Höhe festgelegtes Budget wird in einem weiteren Entscheidungsprozeß auf einzelne laufende und neu ins Programm aufzunehmende Projekte aufgeschlüsselt und verteilt, deren Umfang und Anzahl durch diese Finanzsumme limitiert sind.

Die Suche nach einer rationalen Methode zur Fixierung des optimalen Forschungsbudgets als Grundlage der Planung von Innovationen wurde daher eine wichtige Frage im Entscheidungsprozeß des Unternehmensmanagements.

Infolge der hohen Unsicherheit und Unklarheiten über den zu erwartenden Nutzen von F/E-Projekten im kapitalistischen Reproduktionsprozeß ist gegenwärtig noch keine allgemein anerkannte Methode dafür entwickelt worden.

[89] Typisch für die gegenwärtige Praxis ist daher, daß in einem weitgehend empirischen Verfahren und unter Berücksichtigung einer gewissen Kontinuität die globale F/E-Budgetsumme bewilligt wird. Dabei wird davon ausgegangen, daß die Aufwendungen für F/E nach einfachen Erfahrungsregeln und gewohnheitsmäßigen Überlegungen festgesetzt werden, die sich im Laufe der Zeit langsam ändern und kurzfristig nur unter dem Druck von Versäumnissen und Marktverlusten geändert werden können.

Orientierungspunkte sind bestimmte externe außerbetriebliche sowie interne betriebliche Daten. Nach einer Befragung von 365 Unternehmen und der Auswertung von 629 Angaben sind dabei folgende Faktoren gemäß der Häufigkeit der Nennungen bestimmend: (Vgl. Tab. 4)

Besonders bemerkenswert an dieser empirischen Untersuchung ist, daß den Standards der Konkurrenz die geringste Bedeutung beigemessen wird. Das ist einerseits dadurch zu erklären, daß im Prinzip zum Erhalt der Konkurrenzfähigkeit in einzelnen Branchen objektiv ziemlich analoge Aufwendungen, gemessen am erwarteten Umsatz, notwendig sind, zum anderen den öffentlich ausgewiesenen F/E-Ausgaben der Konkurrenz in der Regel aus gutem Grund wenig Glauben geschenkt wird, da bewußte Täuschungen erwartet werden.

Feststehende Einflußgrößen sind demzufolge:

- die Zugehörigkeit des betreffenden Unternehmens zu einer bestimmten Branche bzw. einem Industriezweig;

Tabelle 4

Kriterium	Prozentsatz der Nennung zur Gesamtzahl der genannten Faktoren
– erwarteter Umsatz	20,3
– erwartete Gewinnentwicklung	18,4
– Summe geschätzter Kosten laufender und neuer Projekte	17,2
– zur Erhaltung der Forschungskapazität notwendiger Aufwand	14,6
– Gewinn des Vorjahres	10,7
– Umsatz	6,2
– F/E-Budget des Vorjahres	5,9
– sonstige	4,8
– Aufwand der Konkurrenz	1,9

Quelle: Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung, 24/1972, S. 81-90. [90]

<sup>147</sup> Vgl. W. D. Hartmann/W. Stock, Management von Forschung und Entwicklung, a. a. O.

- die Unternehmensgröße, primär bestimmt anhand der Umsatzgröße;
- die sogenannte Marktform, worunter die bürgerliche Ökonomie Strukturen des Marktes versteht, die sich, ausgehend von den Konzentrations- und Monopolisierungsverhältnissen, in verschiedenen Konstellationen auf der Angebots- und Nachfrageseite äußern.

Eine Durchsicht der amerikanischen Literatur und Statistiken beweist, daß der jeweilige Industriezweig eine entscheidende Determinante für Größe und Intensität industrieller Forschung und Entwicklung ist.

Im Rahmen von OECD-Untersuchungen zur Problematik der „technologischen Lücke“ sind – ausgehend von internationalen Vergleichen – die einzelnen Wirtschaftszweige hinsichtlich ihrer Forschungsintensität (F/E-Anteil am Umsatz) in folgende Gruppen eingeteilt worden:

Tabelle 5

sehr forschungsintensiv	forschungsintensiv, jedoch unterschiedlich	je-	durchschnittlich	nicht forschungsintensiv
Chemie und Pharmazie	Fahrzeugbau Maschinenbau		NE-Metalle Eisenmetalle	Textilindustrie
Elektrotechnik/ Elektronik (einschl. Instrumente)	verarbeitete Metalle Erdöl		andere Transportausrüstungen	Papierindustrie Lebensmittel und Getränke div. andere Industrien
Flugzeuge				

Die unterschiedlichen naturwissenschaftlich-technischen Voraussetzungen und Bedingungen für die Herstellung der betreffenden Produkte sind sicherlich ein entscheidender objektiver Faktor für die differenzierten F/E-Aufwendungen und Forschungsintensitäten. Die mit einer bestimmten Produktion korrespondierende technische Basis kann aber nicht nur im Sinne der Forschungsmöglichkeiten, sondern muß auch unter dem Aspekt der Forschungsnotwendigkeiten – bei kapitalistischer Konkurrenz – gesehen werden. Im Zusammenhang mit der jeweiligen Stellung und Funktion des Zweiges bzw. der Produktgruppen in der Volkswirtschaft ergeben sich unterschiedliche Ausstrahlungs- und Verwendungsmöglichkeiten, die ihrerseits bei dem betrachteten Zweig und seinen Erzeugnissen angesichts der Konkurrenzsituation zu einer spezifischen technischen Fortschrittsrate und den diese ermöglichenden F/E-Aufwendungen zur Befriedigung der Nachfrage führen.

Ausschlaggebend für die unterschiedlichen absoluten und relativen Forschungsaufwendungen sind damit die ökonomischen Ertragserwartungen (Profite) der kapitalistischen Unternehmen.

Erst im Zusammenhang mit der Vermittlung durch die Profiterwartungen und Profitmöglichkeiten von Produzenten *und* Abnehmern wird der reale technische Fortschrittsprozeß in den einzelnen Branchen bestimmt.

Die Konzentration von F/E-Aufwendungen in bestimmten Zweigen und Branchen ist damit ein Ausdruck der unterschiedlichen Erwartungen des Kapitals über den möglichen Umfang rentabler innovativer Investitionen zur Profitsicherung.

Generell ist festzustellen, daß das Budget nicht a priori als Prozentsatz des Umsatzes festgesetzt wird, sondern daß dieser Satz über komplex wirkende Faktoren, vor allem im Zusammenhang mit Profitchancen, Markterfordernissen, Konkurrenzverhalten, Geschäftsentwicklung usw. fixiert wird.

In diesem Sinne sind Korrelationsanalysen zu verstehen, die einen sehr engen Zusammenhang zwischen Umsatz und F/E-Aufwendungen ergeben haben.

Die Forschungsaufwendungen werden zur Erfüllung der unternehmensstrategischen Zielsetzungen eingesetzt. Sie werden erhöht, wenn die Umsatz- und Gewinnentwicklung eine bestimmte avisierte Höhe nicht erreicht, sie werden in der Regel aber nicht erhöht, wenn sich sehr günstige Entwicklungen in dieser Hinsicht einstellen und der Druck auf Forcierung des technischen Fortschritts folglich nachläßt.

Aber je nach den Konkurrenzverhältnissen und unternehmensinternen Bedingungen sind auch andere Reaktionen möglich. Wenn sich durch F/E finanzielle Erfolge einstellen, so kann diese Situation

ausgenutzt werden, um über eine verstärkte F/E die erreichte führende Stellung zu behaupten und auszubauen.

Unternehmen in einer schwierigen Lage neigen dagegen oftmals dazu, vorrangig in organisatorischen Veränderungen das Heilmittel zu sehen und weniger in einer Steigerung der F/E-Aufwendungen, die in der Regel erst langfristig – wenn überhaupt – wirken.

Vor allem für Klein- und Mittelbetriebe unter dem Druck ungünstiger Konjunkturbedingungen und Liquiditätsschwierigkeiten ist typisch, daß sie gerade an den langfristig oder ungewiß wirken-[92]den F/E-Aufwendungen im Interesse einer kurzfristig notwendigen Entlastung sparen und das kapitalistische Konkurrenzsystem sie damit einer wichtigen Stütze beraubt und sie zukünftig auf die „Hilfe“ der großen Monopole angewiesen sind.

In Zeiten des konjunkturellen Rückgangs bzw. bei nur auf das jeweilige Unternehmen bezogenen Umsatzeinbußen eine aufwendige F/E-Strategie dagegensetzen, ist und bleibt das Vorrecht der über entsprechende Finanzquellen verfügenden großen Monopole.

Analysen des Innovationspotentials – hier nur als Analysen der Kostenstruktur hinsichtlich Personal-, Sach- und Investitionskosten für F/E verstanden – zeigen ausgeprägte Unterschiede je nach Branche (vgl. Tabelle 6).

*Tabelle 6:* Prozentuale Aufteilung der F/E-Aufwendungen ausgewählter Wirtschaftszweige nach Ausgabearten 1971 (Angaben in Prozent)

Wirtschaftszweig	Personalkosten	Sachkosten	Investitionen
Chemische Industrie	59	26	15
Elektrotechnik	55	36	9
Straßenfahrzeugbau	49	33	18
Maschinenbau	59	32	9
Feinmechanik/Optik	66	27	7
Industrie ges.	54	33	13

*Quelle:* RKW-Handbuch Forschung, Entwicklung, Konstruktion, Berlin(West) 1976, Abschnitt 4520, S. 8.

Da mehr als die Hälfte aller Kosten für F/E die sogenannten „Personalkosten“ umfassen, erklärt sich auch der Druck, den das Kapital auf diesen Posten ausübt.

Gleichzeitig muß dies beim Vergleich der eingangs genannten Höhen von F/E-Budgets beachtet werden, da die Gehaltserhöhungen für die in F/E Beschäftigten zu jährlich 3-5-prozentigen Steigerungen des F/E-Budgets führen, ohne daß damit Kapazitätserweiterungen verbunden sind.

Der Umstand, daß sich das Innovationsmanagement beim Nachweis des Nutzens der F/E-Aktivität in hohem Maße subjektiver Schätzungen bedienen muß, trägt dazu bei, daß die verschiedenen Abteilungen intensiv um die knappen Finanzmittel konkurrieren. Die F/E-Abteilungen der kapitalistischen Unternehmen müssen sich – ungeachtet ihrer strategisch entscheidenden Funktion – in ihren Ansprüchen gegen [93] die spezifischen Interessen anderer Bereiche (z. B. Produktion, Vertrieb) bzw. gegen konkurrierende Investitionen und deren erwartete Profitraten durchsetzen.

Der Entscheidungsprozeß zur Festlegung des F/E-Budgets weist folglich eine ausgeprägt subjektive Komponente auf. Das Austragen entsprechender Konflikte und Interessenwidersprüche vor dem Hintergrund unsicherer Erwartungen über den Nutzen der eingesetzten F/E-Mittel und damit eines nicht eindeutig bestimmbar „optimalen“ Weges zur Profitmaximierung erweist sich als immanentes Moment bei der Festlegung und Durchsetzung der Unternehmens- und damit auch der Innovationsstrategie kapitalistischer Firmen und Monopole.

Zugleich unterstreicht diese Tatsache einmal mehr, daß die Entwicklung neuer innovationstheoretischer Ansätze nicht zufällig, sondern eher zwangsweise unter dem Druck wachsender Probleme im Kernbereich des Kapitalismus – auf Unternehmensebene – erfolgt. Ausdruck dieser wachsenden Probleme ist auch das Bemühen der Theoretiker, neue Auswege aus der festgefahrenen profitorientierten Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik zu finden. Während im Brooks Report der OECD

Anfang der siebziger Jahre, „Science, Growth and Society“, die *erste* Generation der Wissenschaftspolitik als eine vordergründig wachstumsorientierte Forschungs-, Technologie- und Bildungspolitik charakterisiert wird, ziele die sogenannte *zweite* Generation der Wissenschaftspolitik auf eine stärkere Integration der Wissenschaft und Technologie in die Sozialpolitik hin, um „Disparitäten in der regionalen und Arbeitsmarktentwicklung“ zu vermeiden. Naturgemäß übernimmt alle Risiken dieser Veränderungswünsche in der Innovationspolitik der Staat, sprich: der Steuerzahler.

Solange F/E für Kriegstechnik und Rüstungsinnovationen jedoch noch schneller und höheren Profit bringen als die angestrebten F/E-Leistungen für solche Gebiete wie Gesundheit, Bildung, Wohnungsbau, städtischer Massentransport usw., sind alle Aktivitäten in eine stärker sozial orientierte Innovationspolitik der Unternehmer zumindest mit Skepsis zu betrachten. Als Maxime gilt nach wie vor: „Der industrielle Wettbewerb ist durch eine Innovationskonkurrenz gekennzeichnet, bei der die raschere Beherrschung der besseren Technologie über den wirtschaftlichen Erfolg entscheidet.“<sup>148</sup> Angesichts solcher Eingeständnisse ist es daher sehr zweifelhaft, inwiefern es im Kapitalismus überhaupt gelingen kann, über sektoral steuernde Eingriffe hinaus in die privatmonopolistische Innovationspolitik einzugreifen, um von gesellschaftlichen Bedürfnissen und Nutzenskalkülen [94] ausgehend größere Planmäßigkeit und Kontinuität, vor allem im Aufkommen an Basisinnovationen, zu sichern.

Die verstärkten bürgerlichen Anstrengungen eines „technology assessment“ (Technologie-Bewertung) können nicht über die systembedingte Schwäche kapitalistischer Innovationspolitik hinwegtäuschen. Die schwergewichtige Orientierung auf Schein- und Verbesserungsinnovationen führt langfristig unausweichlich zu künstlicher Branchenaufblähung, bis auch noch so ausgeklügelte Verbesserungen und Raffinessen die stagnierende Nachfrage nicht mehr beleben. Der gegenwärtige Kapitalismus offenbart, daß der Umfang der Investitionen und das ökonomische Wachstum hinter den Möglichkeiten des technischen Fortschritts zurückbleiben. Ursache dafür ist einmal, daß große gesellschaftliche Ressourcen im aufgeblähten Bereich der Rüstungsproduktion oder prestigeorientierten Raumforschung zweckentfremdet genutzt werden und auch ein „Spin-off“-Prozeß als Übertragungsmechanismus so gut wie nicht zum *sozialen* Fortschrittsprozeß beiträgt.

Zum anderen bringt das durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse bedingte Profitstreben Mechanismen hervor, die auch bezüglich des im „zivilen“ Bereich angelegten F/E-Potentials nur eine unzureichende, disproportional verzerrte, nicht den eigentlichen gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechende Nutzung dieser gesellschaftlichen Potenzen zulassen.

Daß selbst bürgerliche Autoren diese Widersprüche erkennen, wird immer offensichtlicher, wobei sie zwangsläufig zu solchen Eingeständnissen kommen wie: „Die sozialistische Planwirtschaft neigt generell eher zur Durchführung von Basisinnovationen. Die Investitionsprioritäten sind zugunsten der Einrichtung neuer Industrien und Dienstleistungssektoren gesetzt ...“<sup>149</sup>

Der gewöhnliche Alltag im gegenwärtigen Kapitalismus (Stagnation, Inflation, Massenarbeitslosigkeit, Preistreiberei) unterstreicht nachdrücklich, daß bei dem erreichten hohen Stand der Produktivkraftentwicklung die Kapitalverwertung immer mehr dadurch gesichert werden muß, daß den Erfordernissen der Vergesellschaftung von Produktion und Wissenschaft im industriellen Innovationsprozeß entsprochen wird, was infolge der privatkapitalistischen Eigentumsverhältnisse objektiv nur eingegrenzt möglich ist.

[95]

---

<sup>148</sup> Bundesbericht Forschung V, Bonn 1975, S. 15.

<sup>149</sup> C. D. Stolze, Bestimmungsfaktoren des Innovationsprozesses in Großunternehmen, Dissertation, TU, Berlin(West) 1976, S. 22.

## 5. Gesellschaftlicher Wandel des Kapitalismus als Folge „politischer Innovationen“?

Versuche zur „Erklärung“ gesellschaftlicher Entwicklungsrichtungen als Folge der Innovation gibt es im Grunde seit Schumpeter, der als erster bürgerlicher Ökonom, in seiner Arbeit „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“ (1942), von der gesetzmäßigen Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus sprach: „... die sozialistische Leitung wird sich vermutlich dem Kapitalismus der Großunternehmung ebenso überlegen erweisen, wie der Kapitalismus der Großunternehmung sich jeder Art Konkurrenzkapitalismus überlegen gezeigt hat.“<sup>150</sup> Schumpeter deutet hier an, daß er diese Entwicklung als Schlußfolgerung verstanden wissen will, die sich aus dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt und damit aus der Weiterentwicklung der Produktivkräfte ergibt. Nach seiner Auffassung tendiert im Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung der technische Fortschritt, die Innovation, immer mehr zur Verselbständigung im Sinne einer Trennung vom Unternehmer. „So zeigt der wirtschaftliche Fortschritt die Tendenz, entpersönlicht und automatisiert zu werden. Büro- und Kommissionsarbeit haben die Tendenz, die individuelle Aktion zu ersetzen.“<sup>151</sup> Die Ursachen dafür sind, so meint Schumpeter, vor allem in einer veränderten Gestaltung der ersten und zweiten Phase des Innovationsprozesses zu suchen (also in der Invention und der Innovation im engeren Sinne). „Denn einerseits ist es heutzutage viel leichter als in der Vergangenheit, Dinge zu tun, die außerhalb der vertrauten Routine liegen: das Erfinden selbst ist zur Routine geworden. Der technische Fortschritt wird in zunehmendem Maße zur Sache von geschulten Spezialistengruppen, die das, was man von ihnen verlangt, liefern und dafür zu sorgen haben, daß es auf die vorausgesagte Weise funktioniert.“<sup>152</sup>

Aus dieser Entwicklung schlußfolgert Schumpeter, daß sich die Unternehmerfunktion erübrigt, ihre Rolle im Prozeß der Innovation durch Ingenieure, Forscher, Arbeiter usw. ersetzt wird, die jetzt die Träger des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sind, denn die [96] Unternehmer, die ja an die Erfüllung der Unternehmerfunktion gebunden sind, werden mit dem Verlust dieser Funktion überflüssig.

Diese Auffassung scheint zunächst nichts anderes als der längst fällige Nachholbedarf Schumpeters in bezug auf die Gestaltung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus zu sein. Darum geht es ihm jedoch nicht in erster Linie. Sein Ziel ist es, dem kapitalistischen System, nachdem er erkannt hat, daß es historischen Charakter hat, bei der Verlängerung seiner Existenz zu helfen und eine revolutionäre Umgestaltung in den Ländern des Kapitals so lange wie möglich hinauszuzögern. Dazu entwickelt er eine Konzeption, die im folgenden dargelegt werden soll und die mit aller Schärfe verdeutlicht, daß Schumpeter wohl erkannt hat, daß die kapitalistischen Produktionsverhältnisse die Entwicklung der Produktivkräfte hemmen, daß er aber die Dialektik zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen als Entwicklungsgesetz der menschlichen Gesellschaft negierte, um es durch die einseitige Verabsolutierung der Evolution zu ersetzen. Schumpeter hat zweifellos erkannt, daß die stürmische Entwicklung der Produktivkräfte auf den Überbau nicht ohne Einfluß bleiben kann. Seine Zielstellung ist damit umrissen. Er versucht diesen Einfluß im Interesse der Bourgeoisie zu interpretieren und verweist zugleich auf die Notwendigkeit, den Überbau den Veränderungen im System der Produktivkräfte anzupassen.

Ausgangspunkt der Schumpeterschen Entwicklungstheorie ist die Feststellung, daß die Bourgeoisie mittel- und unmittelbar von den Unternehmern abhängt.<sup>153</sup> Seine Schlußfolgerungen lauten dann: „... wenn die kapitalistische Entwicklung – der Fortschritt – entweder aufhört oder vollständig automatisiert wird, wird sich die wirtschaftliche Grundlage der industriellen Bourgeoisie letzten Endes auf Gehälter reduzieren, wie sie für gewöhnliche Verwaltungsarbeit bezahlt werden ... Da die kapitalistische Unternehmung durch ihre eigensten Leistungen, den Fortschritt zu automatisieren, tendiert, so schließen wir daraus, daß sie sich selbst überflüssig zu machen, unter dem Druck ihrer eigenen

<sup>150</sup> J. A. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Bern 1950, S. 313.

<sup>151</sup> Ebenda, S. 216.

<sup>152</sup> Ebenda, S. 215.

<sup>153</sup> Vgl. ebenda, S. 217.

Erfolge zusammenzuberechnen, tendiert. Die vollkommen bürokratisierte industrielle Rieseneinheit verdrängt nicht nur die kleine oder mittelgroße Firma und expropriert ihre Eigentümer, sondern verdrängt zuletzt auch den Unternehmer und expropriert die Bourgeoisie als Klasse ...“<sup>154</sup>

Schumpeters Auffassung läuft im Grunde auf nichts anderes hinaus, als auf die These, daß der Kapitalismus infolge seiner inneren Widersprüche durch bestimmte technisch-technologische Entwicklungen [97] „automatisch“ in den Sozialismus transformiert werde. Das Ziel, das Schumpeter mit dieser These verfolgt, ist offensichtlich. Indem er seine Auffassung mit einem scheinobjektiven Anstrich versieht, glaubt er eine wirkungsvolle Möglichkeit gefunden zu haben, um den Klassenkampf als Triebkraft für die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus zu leugnen und damit die Existenz der „Expropriateure“ verlängern zu können. Schumpeter verdeutlicht zugleich das Erkennen einer Problematik, die in der Gegenwart wieder hochaktuell ist – die sozialen Probleme und Dimensionen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Diese Problematik konnte durch den sich dynamisch entwickelnden wissenschaftlich-technischen Fortschritt nicht gelöst werden, sondern erfuhr im Gegenteil eine weitere Verschärfung. Eine in bourgeoisen Köpfen sich daraus ergebende „Einsicht“ ist, daß man die soziale Dimension des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in die Regulierung einbauen muß und nun daher dem System eine bestimmte technisch bedingte Wandlungsfähigkeit unterstellen kann.

Das von Schumpeter vorgenommene Auseinanderreißen der Einheit von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen und die Verabsolutierung von Wissenschaft und Technik im Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung verdeutlicht, daß er auch einer der Väter jener bürgerlichen Gesellschaftstheorien ist, die die zukünftige Entwicklung der Systeme in Richtung sogenannter „Industriegesellschaften“, „postindustrieller Gesellschaften“ usw. sehen.<sup>155</sup>

Insgesamt gesehen ist die Schumpetersche „Gesellschaftstheorie“ eine Interpretation einiger Erscheinungen des materiell-gesellschaftlichen Lebens, insbesondere des Innovationsprozesses, die von ihm im Interesse der Bourgeoisie vorgenommen wurde und die bereits das Wissen der Bourgeoisie um ihre Überlebtheit in sich trägt.

Braunreuther ist daher zuzustimmen, wenn er feststellt: „Man kann dieses Buch („Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“ – *d. Verf.*) Schumpeters als einen Abgesang der Bourgeoisie betrachten. Diesen Abgesang für die zur Zeit bestehenden Hauptländer des Kapitalismus noch vor dem Finale angestimmt zu haben, muß als unzweifelhaftes Verdienst Schumpeters angesehen werden.“<sup>156</sup>

Neben den Versuchen der bürgerlichen Ideologen, über die Entwicklung von Wissenschaft und Technik die Wandlungsfähigkeit des überlebten kapitalistischen Systems zu „beweisen“, gibt es in der BRD seit etwa 1970 verstärkt die Tendenz der Systemstabilisierung durch Innovationsversuche im Überbau, in Ideologie, Politik usw.

Im Grunde genommen zeigt sich hier, analog zur Eigentums- und Unternehmerapologetik, die Unzufriedenheit der Monopolbourgeoisie [98] mit den Ergebnissen der bisherigen Verteidigung des Kapitalismus. Sie verlangt in stärkerem Maße als bisher eine Verteidigung des Gesamtsystems Kapitalismus, d. h. also Verteidigung der ökonomischen Basis und des politischen Überbaus mittels einer „offensiven“ Diskussion.

Die Einführung des Begriffs „politische Innovation“ ist vor allem unter diesem Aspekt zu sehen. Es kommt der bürgerlichen Ideologie gegenwärtig darauf an, ihre Gesellschaftstheorie nicht nur als Reaktion auf die technischen und technologischen Veränderungen in der Basis darzustellen, sondern dem politischen Überbau, d. h. dem kapitalistischen Staat, der kapitalistischen Ideologie usw., eine eigene Entwicklungsfähigkeit im Sinne einer Höherentwicklung zuzuschreiben. Dabei wird angestrebt, die partiell hohe Innovationsfähigkeit in der materiell-technischen Basis als eine allgemeine, auf das Gesamtsystem ausdehnbare Innovationsfähigkeit und damit besonders im politischen Überbau eine Wandlungsfähigkeit zu unterstellen. Es geht ihr vordergründig darum, eine Theorie des

---

<sup>154</sup> Ebenda.

<sup>155</sup> Vgl. G. Rose, Industriegesellschaft und Konvergenztheorie, Berlin 1974; D. Berger/R. Mocek, Bürgerliche Gesellschaftstheorien, Berlin 1976.

<sup>156</sup> K. Braunreuther, Der moderne Bourgeoisozialismus des Joseph Alois Schumpeter, a. a. O., S. 424.

„gesellschaftlichen Wandels“ des Kapitalismus im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts zu schaffen, ohne dabei das kapitalistische System in ihren Theorien verwerfen zu müssen. Für die Realisierung dieser Zielstellung erscheint der bürgerlichen Ideologie der Terminus „Innovation“ besonders geeignet, da sich mit ihm Begriffe wie „neue Qualität“ und „Fortschritt“ verbinden. Welche Gedanken und Hoffnungen sich in den bourgeoisen Köpfen damit verbinden, ist offensichtlich.

Die bürgerliche Ideologie hat mit der Einführung der Innovation in die Politik nicht nur einen weiteren Beitrag zur Inflation dieses Begriffs geleistet, sondern auch wesentlich zu seiner inhaltlichen Entleerung beigetragen. Walz schätzt in diesem Zusammenhang ein, daß die Anwendung der Begriffe „Innovation“, „Innovatoren“ usw. in der Politik, so wie dies gegenwärtig betrieben wird, eine Form der „Etikettierung“ von Prozessen ist, die lediglich etwas anders als bisher ablaufen, ohne den Charakter der Neuheit zu besitzen, während sie ihrem Wesen nach unverändert sind.<sup>157</sup>

Gegenwärtige Hauptrichtungen, in denen „politische Innovationen“ mit der Zielrichtung „gesellschaftlicher Wandel“ besonders entwickeln werden, sind Probleme der gesellschaftlichen Planung, Fragen der Außenwirtschaft sowie der Parlamentsreform. In allen diesen Strömungen wird nach Mitteln und Wegen gesucht, die als „politische Innovation“ eine systemstabilisierende Wirkung haben. Einen zentralen Platz nehmen in diesen Versuchen alle Fragen der politischen Planung ein. Hier zeigt sich sehr anschaulich, daß die Bourgeoisie [99] begriffen hat, welche Vorzüge mit der gesellschaftlichen Planung verbunden sind, und daß sie diese Vorzüge gern in ihr System integrieren möchte.

Ausgangspunkt der verstärkten Beschäftigung mit Fragen der Planung politischer Prozesse ist die Krise des kapitalistischen Systems. Verschärft wird der Planungszwang dadurch, daß die Bourgeoisie mit den bisherigen Mitteln und Methoden die alten Zielstellungen nicht mehr in gewünschtem Maße realisieren kann. Selbst bürgerliche Theoretiker sehen die Ursache für den Übergang zu verstärkter Beschäftigung mit der politischen Planung und der „politischen Innovation“ in der „Systemkrise 1967/68 ...“, die die Notwendigkeit wirksamer Methoden der Vorhersage und Steuerung sozio-ökonomischer Entwicklungen deutlich gemacht hatte“.<sup>158</sup>

Generell kann eingeschätzt werden, daß in der Diskussion zu Fragen der politischen Planung in der BRD gerade die beiden Aspekte *Vorhersage und Steuerung* maßgebliche Funktionen einnehmen, was bei den gegenwärtigen Krisenerscheinungen nur allzu verständlich ist. Zugleich kommt in der Diskrepanz zwischen theoretischen Forderungen und der kapitalistischen Wirklichkeit die ganze Problematik und Schwäche der bürgerlichen „Polit-Innovations“-Versuche zum Ausdruck.

Die prinzipielle Nichtbeherrschung und Nichtplanbarkeit der gesellschaftlichen Entwicklung im Kapitalismus läßt sich auch nicht dadurch wegdiskutieren, daß Analogien zwischen sozialistischen Gesellschaftstheorien und bürgerlichem gesellschaftstheoretischem Wunschdenken konstruiert werden. Zwischen der Realität marxistisch-leninistischer Theorien und den die Realität verzerrt wiedergebenden bürgerlichen Auffassungen zur Entwicklung der Gesellschaft gab und gibt es kaum Berührungspunkte. Daran ändert auch Naschold nichts, wenn er feststellt, daß die Plandiskussion sowohl in den sozialistischen als auch in den kapitalistischen Ländern eine herausragende Bedeutung erlangt habe und durchaus keine „Modeerscheinung“ sei. „Sie bildet vielmehr die in diesen Ländern zu beobachtende reale Entwicklungstendenz ab, die Steuerkapazität des ‚politischen Systems‘ (des ‚Staates‘) den sich verändernden sozial-ökonomischen Erfordernissen anzupassen. Planung muß dann als die bisher letzte und damit auch am weitesten fortgeschrittene politische Problemlösungsstrategie dieser Gesellschaften angesehen werden.“<sup>159</sup>

Abgesehen davon, daß unsere Probleme und die Wege zu ihrer Lösung von denen der kapitalistischen Gesellschaft so grundverschieden sind wie die beiden Gesellschaftssysteme, zielt die Auffassung [100] von Naschold ganz offensichtlich auf die bereits angedeutete „offensive“ Gesellschaftsdiskussion. Er

<sup>157</sup> Vgl. D. Walz, Grundlagen und Richtungen der Innovationsforschung, S. 26.

<sup>158</sup> H. Schatz, Systemimmanente Grenzen politischer Planung in der BRD. Zum Problem von Strukturinnovationen im Bereich von Bundesregierung und Bundesverwaltung, in: Gesellschaftlicher Wandel und politische Innovation, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft, 4, Köln/Opladen 1972, S. 153.

<sup>159</sup> F. Naschold, Zur Politik und Ökonomie von Planungssystemen, in: ebenda, S. 13.

will hier die Planung als „politische Innovation“ verstanden wissen, deren Aufgabe er für das kapitalistische System darin sieht, Lösungsmöglichkeiten für die Gegenwart und Zukunft zu suchen, die die Erhaltung des kapitalistischen Systems garantieren und zugleich sogenannten „sozialen Konflikten“ entgegenwirken. Gleichzeitig sieht Naschold in der Analyse von Planungssystemen und damit in der Untersuchung politischer Innovationen die Möglichkeit, eine Gesellschaftskonzeption aufzustellen, die über die bisherigen Gesellschaftstheorien bürgerlicher Prägung hinausgeht, indem sie ein zuversichtliches und optimistisches Bild der real existierenden kapitalistischen Gesellschaft entwirft. „Bildet Planung, wie oben argumentiert wurde, in der Tat die am weitesten fortgeschrittene Problemlösungsstrategie gegenwärtiger politischer Systeme, dann kann die Untersuchung von Planungssystemen einen wichtigen Beitrag zur Einschätzung der Entwicklungstendenzen gegenwärtiger Gesellschaftsformationen darstellen. Denn sowohl die ‚bürgerliche‘ als auch die ‚marxistische‘ Gesellschaftstheorie sieht in der gegenwärtigen Gesellschaftsformation kapitalistischer Systeme eine qualitativ heute gesellschaftliche Entwicklungsstufe, die begrifflich mit Kategorien wie ‚postindustriell‘, ‚post-modern‘, ‚technotronic society‘ einerseits oder ‚spätkapitalistisch‘, ‚staatsmonopolistischer Kapitalismus‘ andererseits zu erfassen versucht wird“<sup>160</sup>, die aber, so Naschold, theoretisch zu kurz gefaßt und zu einseitig sind.

Naschold unternimmt hier den untauglichen Versuch, die marxistische Kapitalismuskarakteristik mit bürgerlichen Gesellschaftsauffassungen gleichzusetzen, die sich als Fehlspekulation erwiesen haben. Im Grunde läuft seine „Einschätzung“ der bisherigen Gesellschaftstheorien auf die Feststellung hinaus, daß sowohl die marxistische als auch die bürgerliche Gesellschaftstheorie eine Fehleinschätzung der kapitalistischen Entwicklung gegeben haben und daß der Kapitalismus noch in hohem Maße „lernfähig“, sprich „anpassungsfähig“ sei. Nascholds Interpretationsversuch ist damit nichts anderes als ein Versuch, die Dialektik zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen, die sich infolge der harten gesellschaftlichen Realität nicht mehr negieren läßt, in einem für die Bourgeoisie optimistischen Bild darzustellen und zugleich auf die Möglichkeiten der Entwicklungsfähigkeit des Planungssystems als Rahmen der besseren gesellschaftlichen Beherrschung der Produktivkräfte zu verweisen.

Ähnlich sieht Wettmann die Rolle der Planung als „politische Innovation“ für den gesellschaftlichen Wandel. „Die neuere Planungs-[101]forschung stellt deshalb zunehmend die Frage nach Instrumenten politischer Steuerung, die der orientierungslosen Drift sozialen Wandels eine Zielrichtung, dem politischen System eine bestimmte Innovationsrate, den sozio-ökonomischen Prozessen eine erhöhte politische Rationalität in Hinblick auf Fragen des Freiheitsgewinns, Macht- und Güterverteilung garantieren.“<sup>161</sup>

Genau wie die anderen Theoretiker verdeutlicht Wettmann, daß es der bürgerlichen Ideologie vor allem darum geht, mit der Planung der gesellschaftlichen Entwicklung die das System immer wieder erschütternden Klassenkämpfe in den Griff zu bekommen, ohne dabei die Macht- und Herrschaftsverhältnisse anzutasten.

Die gesamte Diskussion zu den Fragen der politischen Planung verdeutlicht das objektive Unvermögen der bürgerlichen Ideologie, die gesellschaftlichen Prozesse in ihr genehme Bahnen zu lenken. Der Ruf nach Steuerinstrumenten ist nichts anderes als der augenscheinliche Ausdruck dieses Unvermögens, das die gesamte bürgerliche Gesellschaftstheorie kennzeichnet, sobald sie sich ihrer apologetischen Funktion zuwendet.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Auffassung eines Bonner Regierungsvertreters zur Stoßrichtung „politischer Innovationen“ in der Gesellschaft. Nach diesen Auffassungen macht es eine umfassende Planungsforschung „... erst verständlich, daß die Gefahren und Fehlentwicklungen der Gesellschaft nicht in mangelnder wirtschaftlicher Stabilität, in ökonomischen Systemimperativen, in der ‚Ohnmacht‘ des Staates, der Parteienpolarisierung und der Macht der pluralistischen Gruppen gesehen werden, sondern bei denjenigen Gruppen und Individuen, die gerade diese inhaltlichen

<sup>160</sup> Ebenda, S. 14.

<sup>161</sup> R. Wettmann, Aufbauprobleme staatlicher Planung, in: ebenda, S. 17.

Prinzipien eines pluralistischen Ordnungsmodells radikal in Frage stellen: die sog. Linke, vor allem auf den Universitäten der BRD“.<sup>162</sup>

Was bei anderen Ideologen nicht so vordergründig zum Ausdruck kam, wird hier explizit formuliert. Es geht neben anderen bereits genannten Zielen auch darum, mit allen Mitteln (auch des Rechtsabschwenkens) eine massive Unterdrückung demokratischer Kräfte anzustreben. Aus dieser Sicht betrachtet, sind die Berufsverbote in der BRD in den Augen der sie rechtfertigenden Ideologen mit Sicherheit eine „politische Basisinnovation“.

Im folgenden soll aus der Vielzahl von Beiträgen der bürgerlichen Ideologie zum Problem des „gesellschaftlichen Wandels“ mittels „politischer Innovation“ die Auffassung Nascholds herausgegriffen und in einigen Grundzügen dargelegt werden, da sie weitestgehend repräsentativ für diese bürgerliche Innovationsströmung ist. Nascholds [102] Ausgangspunkt ist gekennzeichnet durch die Feststellung, daß die Untersuchung von Planungssystemen einen Beitrag zum Erkennen der gegenwärtigen und zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklung leisten muß. „Die Analyse von Planungssystemen sollte damit in der Lage sein, einen Beitrag zur treffsicheren Einschätzung dieser unterschiedlich beurteilten neuartigen Gesellschaftsformation abzugeben.“<sup>163</sup>

Es zeigt sich, daß bereits der Ausgangspunkt Nascholds wenig geeignet ist, die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft zu analysieren, denn das Planungssystem allein leistet noch keinen Beitrag zur Analyse der Gesellschaft, geschweige denn zur Analyse künftiger Entwicklungen. Darum geht es ihm auch gar nicht. Die Zielstellung ist vielmehr die Suche nach Möglichkeiten, wie das bestehende kapitalistische System besser gesichert werden kann und wie der Staat als Interessenvertreter der Monopole seinen diesbezüglichen Aufgaben in Gegenwart und Zukunft besser gerecht werden kann. Es wird offensichtlich, daß diese Konzeption aus der Unzufriedenheit der Monopolbourgeoisie mit den Ergebnissen der bisherigen bürgerlichen Gesellschaftstheorien resultiert. Folgerichtig entwickelt Naschold seine Auffassungen auf einer Kritik bisheriger Gesellschaftstheorien. Dabei kommt er zu dem Schluß, daß sowohl die Theorien von der „post-industriellen“, der „post-modernen“ u. a. Gesellschaften als auch die Theorie vom „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ den gegenwärtig sich vollziehenden Prozessen nicht gerecht werden. Seiner Auffassung nach sind sie „theoretisch zu kurz gegriffen“, da sie „nur Teilaspekte der gegenwärtigen Gesellschaftsformation und speziell des politischen Systems erfassen können“.<sup>164</sup>

Bezogen auf die bürgerlichen Gesellschaftstheorien „industrieller“ u. a. Prägung ist dem, was Naschold zum Ausdruck bringt, zunächst zuzustimmen. Zweitens muß eindeutig festgestellt werden, daß er an Stelle der marxistisch-leninistischen Theorie vor allem pseudomarxistische, linksopportunistische Auffassungen wie die von Ch. Neusüß betrachtet, während er sich beim real existierenden Sozialismus praktische Anleihen in Sachen Planung holt. Nascholds Kritik, daß die bisherigen bzw. gegenwärtig vorherrschenden Gesellschaftstheorien „theoretisch zu kurz gegriffen“ seien, mündet letztendlich in der Feststellung, daß der Kapitalismus der Gegenwart nur eine historische Stufe in der Gesamtentwicklung des kapitalistischen Systems ist und zwar keinesfalls die letzte. „Denn bei der generellen Einschätzung der gegenwärtigen Gesellschaft, besonders ihrer politischen Dimension, wird in der Regel die augenblicklich bestehende Formation als entwicklungslogisch notwendige Endphase kapitalistischer Gesell-[103]schaftsformationen angesehen, statt auch noch diese Zustandskonstellation als spezifische historische Phase/Etappe zu betrachten.“<sup>165</sup>

Hier wird noch einmal deutlich, welches Ziel sich Naschold gestellt hat, und so verwundert dann auch seine selbstgestellte (zumindest dem Schein nach) anspruchsvolle Aufgabe einer Einschätzung der Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Gesellschaft nicht. „Die ... Ausführungen stellen den Versuch dar, die gegenwärtigen Entwicklungstendenzen vor allem des politischen Systems in kapitalistischen Gesellschaften ... strategisch treffsicher einzuschätzen.“<sup>166</sup>

---

<sup>162</sup> P. Grottian, Zum Planungsbewußtsein der Bonner Ministerialbürokratie, in: ebenda, S. 147.

<sup>163</sup> P. Naschold, Zur Politik und Ökonomie von Planungssystemen, a. a. O., S. 14.

<sup>164</sup> Ebenda, S. 40.

<sup>165</sup> Ebenda.

<sup>166</sup> Ebenda, S. 40 f.

Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, formuliert er drei Ausgangsthesen, aus denen sich dann die „politische Innovation“ ableiten läßt:

1. Dominantes Merkmal politischer Systeme der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftsformation ist die zunehmende Vergesellschaftung der politischen Steuerungsprozesse.
2. In der Entwicklung ist diese Art Vergesellschaftung politischer Steuerungsprozesse die letztmögliche Form der Steigerung politischer Steuerkapazität innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsformation. Es sind aber weitere Ausbreitungen und Differenzierungen möglich.
3. „Das zentrale Folgeproblem dieser Entwicklung ... liegt in der grundlegenden Ambivalenz aus ökonomischen und systemischen Notwendigkeiten heraus auf eine Steigerung der Partizipation im Sinne der Vergesellschaftung politischer Steuerungsprozesse abzielen ...“<sup>167</sup>

Von diesen Thesen ausgehend kommt Naschold zu der Schlußfolgerung, daß die systemstabilisierende und zukunftsweisende „politische Innovation“ in der Mobilisierung der Mitarbeit aller Teile der kapitalistischen Gesellschaft an der Erhaltung und Entwicklung des Kapitalismus besteht. „So verbleibt als zentrales Potential der Kapazitätsausweitung des politischen Systems nur noch die Steigerung seiner Eigenvarietät durch die Aktivierung und Mobilisierung der Produktivkraft politische Partizipation.“<sup>168</sup> Hier kommen sowohl die Erkenntnis der Bourgeoisie über die wertvolle und sich ständig weiterentwickelnde Mitarbeit der Werk tätigen in den sozialistischen Ländern bei der Gestaltung ihrer Zukunft als auch die Ratlosigkeit der bürgerlichen Ideologie in den Fragen der Mittel- und Methodenwahl zur Rettung ihres Systems zum Ausdruck. Sie ist gezwungen, sich bei der täglich praktizierten sozialistischen Demokratie eine Anleihe zu holen. Dabei vergißt Naschold als echter bourgeoiser Ideologe jedoch nicht, die sozialistische Demokratie zu verleumden und in ihr Gegenteil zu verkehren. „In der politischen und wissenschaft-[104]lichen Diskussion wird politische Partizipation in der Regel entweder als Mittel zur Manipulation von Massenloyalitäten angesehen oder in entgegengesetzter Interpretation als zentrales Element der allgemeinen gesellschaftlichen Demokratisierungsprozesse.“<sup>169</sup>

Gerade was hier der sozialistischen Demokratie unterstellt wird, ist *sein* erklärtes Ziel. Die erhoffte Wirkung der Partizipation sieht Naschold gerade in der Integration der Arbeiterklasse in das kapitalistische System und damit in der Sicherung der Loyalität dieser revolutionärsten und für die Bourgeoisie gefährlichsten Klasse.

Allerdings bleibt auch Naschold nicht verborgen, daß eine Teilnahme der Bevölkerung an der Lösung gesellschaftlicher Aufgaben unter kapitalistischen Bedingungen mit Schwierigkeiten verbunden ist. „Die grundlegende Problematik dieser neuen staatlichen Regulierungssysteme liegt in der begrenzten Steuerbarkeit der neuen Produktivkraft Partizipation, im Unsicherheitsfaktor menschlicher Bedürfnis- und Motivationsbildung.“<sup>170</sup>

Für besonders prekär hält er die nicht hundertprozentig auszuschaltenden Störungen in der Steuerung, die leicht zu einer Opposition gegen die Staatsmacht führen können und die sich „zur Gegenmachtbildung ausweiten“<sup>171</sup> können.

Im Grunde genommen wird hier deutlich, welchen Widerspruch die „Theorie“ Nascholds enthält. Auf der einen Seite möchte er das kapitalistische System erhalten, indem er empfiehlt, durch „staatliche Steuerung“ zu erreichen, daß sich die Bevölkerung der kapitalistischen Länder mit ihrem System identifiziert, zum anderen ist diese Identifizierung nicht möglich ohne ein Mindestmaß an politischer Bildung (Repolitisierung), die wiederum die Gefahr des Erkennens des antagonistischen Charakters der bürgerlichen Gesellschaft durch die Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterklasse, in sich birgt und damit die Gefahr für die weitere Existenz des kapitalistischen Systems. Naschold kommt deshalb um die Erkenntnis nicht herum: „Das politische System steht somit bei seinen Regulierungsstrategien stets

---

<sup>167</sup> Ebenda, S. 41.

<sup>168</sup> Ebenda, S. 42.

<sup>169</sup> Ebenda, S. 43.

<sup>170</sup> Ebenda, S. 45.

<sup>171</sup> Ebenda.

vor dem Dilemma, daß es zur effektiven planvollen Steuerung prinzipiell, wenn auch sektoral verschieden, auf die Aktivierung und Partizipation der Betroffenen mit unterschiedlichem Intensitätsgrad angewiesen ist und deshalb zumindest partiell deren Bedürfnislage entsprechen muß.“<sup>172</sup>

Damit müßte er, wäre er nicht auf ein bestimmtes Ziel in seinem Denken ausgerichtet, zu der Schlußfolgerung gelangen, daß die Konzeption der „politischen Partizipation“ an der prinzipiellen Unmöglichkeit der Interessenübereinstimmung zwischen den beiden sich [105] antagonistisch gegenüberstehenden Klassen, der Arbeiterklasse und der Klasse der Bourgeoisie, scheitern muß und die gegenwärtige bürgerliche Gesellschaft die unmittelbare Vorbereitung der sozialistischen Revolution ist. Doch weit gefehlt. Naschold setzt sich ja das Ziel, eine „treffsichere“ Einschätzung der weiteren Entwicklung des Kapitalismus zu geben, eine Einschätzung, die nachweisen soll, daß die gegenwärtige bürgerliche Gesellschaft eine „spezifische historische Phase! Etappe“ der kapitalistischen Gesellschaft sei. Das Nascholdsche Zukunftsmodell sieht dann auch durchaus optimistisch aus. „Im Rahmen der absehbaren Bedingungskonstellationen der gegenwärtigen Gesellschaftsformation erscheint ... die ... Entwicklungsvariante einer ‚sozialdemokratischen Pazifizierungsstrategie‘ bei permanenter Ausbalancierung der labilen, gegenläufigen Strukturentwicklungen als die wahrscheinlichste Entwicklungstendenz.“ Diese Entwicklungsvariante „... kann im Versuch einer gesamtgesellschaftlichen Pazifizierungsstrategie liegen, die in der Regel eine Verbindung von Erhaltung bestehender ökonomischer und politischer Machtstrukturen und kompensatorischen Strategien mit ihren segmentierenden und pazifizierenden individualisierenden Folgewirkungen darstellt, Folgewirkungen traditioneller Wohlfahrtsstaats- und Sozialstaatspolitik, in der regulativen Behandlung von Problemen wie Mitbestimmung und Vermögensbildung oder in verstärkter Entwicklung spezifischer Kollektivglieder“.<sup>173</sup>

Die Bemühungen Nascholds und anderer bürgerlicher Gesellschaftstheoretiker sind vor allem unter zwei Aspekten zu sehen. Zum einen, und das ist ihr Hauptanliegen, versuchen sie möglichst effektvolle Varianten zur Sicherung und Stabilisierung des kapitalistischen Systems zu erarbeiten. Dies kommt in den Auffassungen zur „politischen Innovation“ vordergründig zum Ausdruck und ist prinzipiell vom marxistischen Standpunkt aus zurückzuweisen. Zum anderen offenbart das Bemühen um ein „Management by participation“ im Rahmen des kapitalistischen Systems die Erkenntnis, daß sich Wissenschaft und Technik langfristig und in der Zukunft nur gesamtgesellschaftlich beherrschen lassen. Diese Erkenntnis fand ihren sichtbarsten Ausdruck im Ankauf des sowjetischen volkswirtschaftlichen Bilanzmodells durch die Regierung der USA. In den Auffassungen Nascholds kommt am deutlichsten zum Ausdruck, daß das Kapital wohl erkannt hat, worin die Vorzüge des Sozialismus bestehen, und daß es sich diese Vorzüge im Interesse der Erhaltung seines Systems zu eigen zu machen versucht. Daß das Kapital dazu nur begrenzt in der Lage sein kann, braucht an dieser Stelle nicht weiter betont zu werden.

[106] Für die Zukunft ist zu erwarten, daß im Rahmen des kapitalistischen Systems weitere Anstrengungen unternommen werden, um Fortschritte bei der Beherrschung der sich immer schneller entwickelnden Produktivkräfte zu erreichen. Diese Anstrengungen und partiellen Fortschritte, die dem Kapital im Rahmen seiner Möglichkeiten und Grenzen gelingen, müssen ernst genommen werden und verlangen weitergehende marxistische Analysen.

---

<sup>172</sup> Ebenda.

<sup>173</sup> Ebenda, S. 48.